



FREIHEIT

BRAUCHT

SICHERHEIT

**Jahresbericht
2023**

INHALT

1. DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Wir über uns	8
Cafe Kyiv 2023 – Politik trifft Kunst und Kultur	10
Die Politische Meinung – Antwort auf die mediale Kurzatmigkeit	12
Was sagt eigentlich Uganda zum Systemkonflikt?	14
Forschung fördern – ein Blick auf die Arbeit der drei Promotionskollegs der Konrad-Adenauer-Stiftung	16
Gemeinsam #GegenJudenhass	18
KAS in Zahlen	20
Preisträgerinnen und Preisträger 2023	24

2. UNSERE SCHWERPUNKTTHEMEN

Unsere Schwerpunktthemen	28
Näher gerückt	30
Sicherheit in Europa – nur mit einer starken Rüstungsindustrie	32
Schutz Kritischer Infrastruktur – mit gesamtgesellschaftlicher Resilienz gegen den Totalausfall	34
Identitätspolitik gegen die Mitte	36
Unterwegs mit dem Demokratie-Bus – im Zeichen von „Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.“	38
„Linke Organisationen bilden in Lateinamerika eine ideale Einflugschneise für demokratiezersetzende Narrative“. Ein Interview mit Sebastian Grundberger	40
The Power of Crisis: Energie der Zukunft – Ruf nach mehr Freiraum für Innovation	42
Summer School auf Norderney: Inseln im Klimawandel – eine ganz besondere gesellschaftspolitische Herausforderung	44
Wandel durch Handel in der internationalen Klimapolitik	46

3. FELLOWSHIP 2023

„Europa macht mir Hoffnung – und dass es jetzt überhaupt staatliche Abkommen gibt“. Ein Interview mit Prof. Dr. Antje Boetius	50
---	----

4. BERICHT AUS DEN HAUPTABTEILUNGEN 54

Geschichtsbewusst – das neue Public-History-Portal der Konrad-Adenauer-Stiftung	56
Zwischen Ernst und Humor – Konrad Adenauer im Spiegel der Karikaturen.	58
Ein Interview mit Matthias Krüger	
ChancenZeit 2023 – ein Jahr des Engagements und der Gemeinschaft	60
Relaunch Adenauer Campus	62
Die Republik Moldau – entschlossen auf Kurs in die Europäische Union	64
„Was im Sahel passiert, betrifft uns unmittelbar“. Ein Interview mit Ulf Laessing	66
Der georgische Geist und die europäische Idee – ein Stipendiat und eine Stipendiatin über die Perspektiven Georgiens mit Blick auf die EU	68
„Es gibt kein unpolitisches Schreiben“. Ein Interview mit Dana Vowinckel	70
Sehen und gesehen werden – Generationen verbindet mehr	72
Staatsmodernisierung – Demokratie effektiv gestalten	74

5. BESONDERE JAHRESTAGE 76

75 Jahre Israel – im Rückblick ein traumatisches Gedächtnisjahr und eine Herausforderung für die Politische Bildung	78
Vom Krisenjahr 1923 ins 21. Jahrhundert – Bedrohung und Selbstbehauptung der liberalen Demokratie	80
Sehnsucht nach Freiheit – 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953	82

6. NAMEN, DATEN, FAKTEN 84

Vermögensrechnung	86
Ertrags-/Aufwandsrechnung	87
Gesamtübersicht der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben	88
Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen	89
Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	90
Mitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	92
Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	94
Mitglieder des Kuratoriums	95
Gremien der Begabtenförderung	96
Fast wieder Normalität – der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung	97
Die Villa La Collina in Cadenabbia – Tagungs- und Urlaubsort mit Geschichte	98

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

alte und neue Krisen, Konflikte und Kriege haben das Jahr 2023 und seine Agenda dominiert und in unserer Arbeit eine entsprechend große Rolle gespielt.

Die Ukraine kämpft weiterhin gegen die Invasion Russlands und für die Freiheit in Europa. Noch immer spüren auch wir hierzulande die Auswirkungen des Krieges. Wir dürfen uns niemals an diesen Zustand gewöhnen und in unserer Unterstützung für die Ukraine nachlassen. Anlässlich des ersten Jahrestages der Invasion durch Russland und der von Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ haben wir Ende Februar 2023 das „Cafe Moskau“ in Berlin für eine Großveranstaltung in „Cafe Kyiv“ umbenannt und uns mit einer außergewöhnlichen öffentlichen Beteiligung der vielfältigen Geschichte, der leidvollen Gegenwart und der Zukunft der Ukraine gewidmet.

Am 7. Oktober 2023 erreichten uns unvorstellbar grausame und unerträgliche Bilder und Berichte aus Israel. Palästinensische Hamas-Terroristen aus dem Gazastreifen hatten israelische Zivilistinnen und Zivilisten mit unvorstellbarer Brutalität überfallen, über 1.200 Menschen ermordet und etwa 240 entführt. Derlei menschenverachtende Verbrechen an Jüdinnen und Juden hat es seit der Shoah nicht mehr gegeben. Mehr denn je ist es unsere Pflicht, dass wir Israel nicht nur mit Worten unsere uneingeschränkte Solidarität versichern, sondern dass auch unser Land mit Taten deutlich macht, was Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsräson konkret bedeutet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre guten Beziehungen zu Israel und dessen Botschaft genutzt, um praktische Unterstützung für die damit verbundenen Anliegen zu leisten.

Die direkten Auswirkungen des Konflikts sind gegenwärtig weltweit zu spüren. In Deutschland mussten wir wieder einmal erkennen, dass Antisemitismus nicht nur in zugewanderten Bevölkerungskreisen besonders virulent ist, sondern auch in vielen anderen Gesellschaftsgruppen inzwischen offen zutage tritt. In unserem Land werden wir keinen Antisemitismus dulden, unabhängig davon, ob er einheimisch oder zugewandert ist.

Seit über 40 Jahren arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Auslandsbüro in Israel. Wir werden weiterhin alles dafür tun, um Israel vor Ort zu unterstützen. Die Lage in der Region sowie unsere Arbeit dort werden sich in nächster Zeit verändern. Eines aber bleibt: Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird auch künftig an der Seite Israels stehen.

Angesichts der Kriege in der Ukraine und in Israel haben sich unsere drei Schwerpunktthemen – Freiheit braucht Sicherheit, Demokratie braucht Mitwirkung, Nachhaltigkeit braucht Innovation – erneut in höchstem Maße bewährt. In diesen unruhigen Zeiten verleihen sie unserer Arbeit Orientierung und ermöglichen uns, unsere Positionen gezielt der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Dazu trug auch unsere KAS-Fellow 2023 bei, Frau Prof. Dr. Antje Boetius, Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts/Helmholtz-Zentrums für Polar- und Meeresforschung sowie Professorin für Geomikrobiologie an der Universität Bremen. Die mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftlerin hat uns neue Perspektiven auf zentrale Zukunftsfragen eröffnet und uns darin unterstützt, politische Antworten zu formulieren, die wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ansprüchen Rechnung tragen.

Besondere Jubiläen boten uns in diesem Jahr Gelegenheit, aus dem Blick zurück Betrachtungen für die Gegenwart anzustellen. Am 5. Januar haben wir den 147. Geburtstag unseres Namensgebers genutzt, um an die Gründung des Staates Israel vor 75 Jahren mit dem neuen Botschafter des Landes zu erinnern. Ebenfalls im Januar erinnerten wir an die Unterzeichnung des für die deutsch-französischen Beziehungen wichtigen Élysée-Vertrages

vor 60 Jahren. Des Weiteren haben wir den 175. Jahrestag des Zusammentretens der Frankfurter Nationalversammlung, die 100. Wiederkehr des Krisenjahres 1923 sowie den 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 mit vielfältigen Maßnahmen begleitet sowie an die historischen Ereignisse mit dem Ziel erinnert, Lehren für Gegenwart und Zukunft aus ihnen abzuleiten.

Das Jahr 2023 war erneut ein sehr herausforderndes Jahr. Umso dankbarer sind wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement über das gesamte Jahr hinweg. Ebenso danken wir allen Mitgliedern unserer Gremien für die konstruktive Zusammenarbeit. Allen Förderinnen und Förderern des Freundeskreises, den Spenderinnen und Spendern, Sponsorinnen und Sponsoren sowie Partnerinnen und Partnern danken wir herzlich für ihre ideelle wie finanzielle Unterstützung. Unseren vielen Partnern im In- und Ausland danken wir für die bewährte Zusammenarbeit.

Wir werden weiterhin alles dafür tun, dem Vertrauen, das Sie uns und unserer Arbeit entgegenbringen, gerecht zu werden. Wir setzen auch künftig auf Ihre Unterstützung, die uns die bevorstehenden Aufgaben mit Selbstbewusstsein und Zuversicht angehen lässt.

Berlin/Sankt Augustin,
im November 2023



Prof. Dr. Norbert Lammert



Michael Thielen



DIE KONRAD ADENAUER- STIFTUNG



WIR ÜBER UNS

Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in 18 Politischen Bildungsforen und Regionalbüros aktiv ist. Rund 100 Auslandsbüros betreuen weltweit Projekte in mehr als 120 Ländern.

Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor.

National und international setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlagen des politischen Handelns erarbeiten wir wissenschaftliche Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf Tagungen und Kongressen bringen wir Menschen zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Unsere rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland besuchen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. In den Jahren 2020 und 2021 haben wir – bedingt durch die Coronapandemie – unser Angebot im Bereich der digitalen und hybriden Veranstaltungen stark ausgebaut. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus unserer Nachbarschaft in Mittel- und Osteuropa sowie aus anderen Weltregionen, fördern wir ideell und materiell.

Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten – inzwischen mehr als 16.000 seit 1965.

Ausstellungen, Lesungen und Preise ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich unseren Literaturpreis. Junge Journalistinnen und Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise einsetzen. Bei unserem denkt@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der Diktatur des Nationalsozialismus und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Den Nutzerinnen und Nutzern stehen über 18 laufende Kilometer Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 200.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.



CAFFE KYNIB 2023

POLITIK TRIFFT KUNST UND KULTUR

— Von Julius Elstermann, Sophie Steybe und Kristin Wesemann

Anlässlich des ersten Jahrestages des Überfalls Russlands auf die Ukraine haben wir in einer Kunstaktion und zusammen mit vielen Partnern das geschichtsträchtige Berliner „Cafe Moskau“ für vier Tage in das „Cafe Kyiv“ verwandelt.

„Wer angesichts von Gewalt seine Neutralität erklärt, unterstützt den Angreifer. Das mag zwar nicht die Absicht sein, aber das ist die Wirkung!“ – mit diesen Worten eröffnete Prof. Dr. Norbert Lammert das „Cafe Kyiv“ am 27. Februar 2023.

Mit über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, 33 Partnerorganisationen, 53 Programmhilights und mehr als 2.000.000 Menschen, die wir über die Social-Media-Kanäle der Stiftung erreicht haben, war und ist das „Cafe Kyiv“ sicherlich die bedeutendste Ukraine-Veranstaltung Europas. Unter dem Titel „Wir wählen die Freiheit“ fanden ganztägig nicht nur Workshops und Diskussionen statt, den ganz besonderen „Cafe Kyiv“-Charakter machte die Mischung von politischen Inhalten mit Angeboten aus Kunst und Kultur und einem Pop-up-Markt sowie Kulinarischem aus. Neben Themen wie Freiheit, Europa, Sicherheit und Wiederaufbau ging es darum, die Ukraine in Form von Kunstausstellungen, Filmen, Küche und Geschichte neu kennenzulernen und mit Menschen aus der Ukraine zu diskutieren.

Vielfältige und starke politische Stimmen wie Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Ivanna Klymush-Tsintsadze, Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, Rastislav Kácer, Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakei, Roderich Kiesewetter MdB, Tomáš Kafka, Botschafter der Republik Tschechien, Ralf Fücks, Leiter des Zentrums Liberale Moderne, Galyna Grygorenko, stellvertretende Ministerin für Kultur der Ukraine, oder Fredrik Löjdquist, Direktor des Stockholm Centre für Eastern European Studies, diskutierten in den vier Hauptpanels „Freedom to be secure: Warum die Ukraine und die Freiheit gewinnen müssen“, „Freedom to be sustainable: Economic Development and Recovery“, „Freedom to be democratic – Kyiv statt Moskau – Perspektiven einer neuen deutschen und europäischen Ostpolitik“ und „Freedom to be free: Wir wählen die Freiheit“.

Neben meinungsstarken Debatten fanden unterschiedliche Workshops sowie Lesungen, beispielsweise von Michael Zeller und Oksana Zabuzhko, und Filmvorführungen wie *Life to the Limit* statt. Ukrainische Kunst konnten die Besucherinnen und Besucher nicht nur live bewundern, per VR-Brille war es ihnen auch möglich, ukrainische Museen zu besuchen. Handwerklich Begabte flochten traditionelle Blumenhaarkränze, andere stöberten auf dem Pop-up-Markt nach Schmuck und Bekleidung. Die verschiedenen Essensstände nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit auf eine kulinarische Reise durch

die verschiedenen Regionen der Ukraine. Für den Abschluss des Tages im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine sorgten die ukrainische Sängerin Tankataka und Musikerinnen und Musiker, die mit dem Requiem *Lullaby for Mariupol* aller Opfer der russischen Aggression gedachten.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und dem zehnten Jahrestag des Euromaidan lassen wir in unseren Anstrengungen für eine freie Ukraine nicht nach und werden auch 2024 ein „Cafe Kyiv“ auf die Beine stellen.



DIE POLITISCHE MEINUNG

ANTWORT AUF DIE MEDIALE KURZATMIGKEIT

— Von Konstantin Otto

„Geistige Auseinandersetzungen gehören zum Leben; und sie sind notwendig zu jedem Fortschritt.“ Dies schrieb Konrad Adenauer, der auch in unserer Zeitschrift publizierte. Die Aufgabe ist bis heute geblieben; die Themen und ihre Vermittlung haben sich jedoch verändert. Die Printausgaben der *Politischen Meinung* sind der Ankerpunkt, aber längst nutzt die Zeitschrift digitale Zugänge: über den eigenen Blog und alle sozialen Kanäle.

Wir schätzen das Bewährte, wahren die geistige Orientierung und suchen nach dem Neuen – ob methodisch oder thematisch. Wir entdecken junge Autorinnen und Autoren. Und wir pflegen unsere Community. Facettenreich und interdisziplinär debattieren wir über aktuelle Themen.

Unsere Bilderstrecken sind wie ein Gang durch eine Galerie. Die Künstlerinnen und Künstler – oft große Namen – schätzen, wie wir sie im Heft präsentieren: nicht als Illustration, sondern als eigenständige inhaltliche Beiträge.

2023 sind sechs Ausgaben erschienen:



Kinder – Ohne Lobby?

mit Beiträgen von Sabine Walper, Helen Knauf, Christian Schneider, Silvia Breher, Musa Deli, Heinz Hilgers und anderen



Neues Denken – Wo kommt es her? Wo will es hin?

mit Beiträgen von Christian Bermes, Antje Boetius, Wolfgang Ullrich, Jackie Thomae und anderen



Personal – Gefragt wie nie

mit Beiträgen von Elke Hannack, Andrea Nahles, Jutta Rump, Thomas Straubhaar und anderen



Autorität – Wer bestimmt und warum?

mit Beiträgen von Tilman Allert, Norbert Lammert, Dieter Thomä, Amelie Duckwitz, Tamina Kutscher, Annekathrin Kohout und anderen



Körper – Kontroversen um Leib und Leben

mit Beiträgen von Jörg Scheller, Katajun Amirpur, Vera King, Aleksandra Marchenko, Mikita Franko, Barbara Zehnpeffnick und anderen



Himmel – Perspektiven nach und von oben

mit Beiträgen von Josef Aschbacher, Claudia Kleinert, Joachim Kügler, Irmgard Marboe, Juliana Süß und anderen

Auf blog.politische-meinung.de

... führen wir unsere Themen in **Kampagnen fort** wie „Freund der Helfer“. Die Redaktion ließ Sticker anfertigen, nachdem wir Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute thematisiert hatten. Die Anstecker wurden deutschlandweit intensiv nachgefragt, besonders nach den Silvesterkrawallen 2022. Begleitet wurde die Kampagne mit Texten und Videos auf dem Blog. Bestellen kann man die Sticker auf der Webseite.

Mehr erfahren:

Zum Blog:
blog.politische-meinung.de

Zur Webseite:
freund-der-helfer.de

... machen wir Podcasts

Alle zwei Wochen erscheint der Podcast *Menschenrechte: nachgefragt!* mit einer neuen Folge. Er liefert Hintergrundwissen und lässt kein Menschenrechtsthema aus. Die Gesprächspartnerinnen und -partner sind Expertinnen und Experten auf ihrem Gebiet. Im Jahr 2023 haben wir zudem zwei Live-podcasts veranstaltet, unter anderem mit Katajun Amirpur und Farhad Payar zu den Protesten im Iran.

Mehr erfahren:

Zum Podcast:
„Menschenrechte: nachgefragt!“ |
Podcast auf Spotify
kas.de/menschenrechtePod

... legen wir Reihen auf

In Kooperation mit dem Museum für Werte haben wir in der Videoreihe *Recht ist Erfahrung* unterschiedliche Menschen nach ihrem Verhältnis zum Rechtsstaat gefragt. Jede Geschichte war anders: „Rechtsstaat“ wurde plötzlich sehr konkret. Begleitet wurden die Filme von mehreren Texten im Blog: Günter Krings über die Schwierigkeit, gute Gesetze zu verfassen; Josephine Ballon über Hatespeech im Internet.

Mehr erfahren:

Zur Playlist:
„Recht ist Erfahrung“:
bit.ly/3HlxWwt

WAS SAGT EIGENTLICH UGANDA ZUM SYSTEMKONFLIKT?

— Von Sören Soika und Fabian Wagener

Wüssten Sie es? Wenn nicht, hätte sich 2023 ein Blick in die *Auslandsinformationen*, das Außenpolitikmagazin der Konrad-Adenauer-Stiftung, gelohnt.



Auch Fragen, die weit weg erscheinen, betreffen uns oft stärker, als wir auf den ersten Blick denken mögen. Was um uns herum geschieht, kann früher oder später auch uns berühren. Spätestens der Angriff Russlands auf die Ukraine hat auch hierzulande vielen Menschen klargemacht, dass die Vorstellung von Deutschland und Europa als Insel der Seligen inmitten eines Meeres aus Krisen ein Wunschdenken ist. Es ist wichtig zu wissen, was auf der Welt geschieht – und was anderswo gedacht wird.

Und dennoch: Nach wie vor werden wir von dem, was geschieht, und dem, was gedacht wird, zu oft überrascht. Indien, die größte Demokratie der Welt, unterstützt nicht vorbehaltlos die demokratische Ukraine gegen den russischen Aggressor? Und auch Brasilien tut das nicht – nicht einmal unter dem bei vielen deutschen Medien so wohlgeleiteten Präsidenten Lula da Silva? Weniger Überraschungen, dafür mehr Verständnis von internationalen Zusammenhängen: Dazu wollen wir mit den *Auslandsinformationen* beitragen.

Deshalb haben wir uns 2023 besonders intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Länder außerhalb des politischen „Westens“ auf das blicken, was häufig als Systemkonflikt bezeichnet wird: die Auseinandersetzung zwischen jenen Staaten, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunächst die internationale Politik dominierten, und autoritären Mächten wie Russland und China, die die globale Ordnung zu ihren Gunsten verändern wollen.

Der Titel der Schwerpunktausgabe unserer Zeitschrift, die wir im Sommer 2023 zu dieser Frage veröffentlicht haben, fasst die Erkenntnis zusammen: „Systemkonflikt? Nein danke!“ Kaum ein Staat auf der Welt zeigt die Neigung, sich auf die bei uns oft anzutreffende Deutung von einer Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse – zwischen Demokratie und Autokratie – einzulassen. Moralische Empörung wird daran nichts ändern. Oder, wie es Caroline Kanter, die stellvertretende Leiterin der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, in einem Interview in besagter Ausgabe formuliert: „Wir werden die Welt nicht gegen ihren Willen in zwei Lager teilen und anderen unsere Sichtweise aufzwingen können.“

Was für Indien und Brasilien gilt, gilt auch für viele Länder, von denen man in der Tagespresse in der Regel weniger erfährt, die aber teils über regionalen Einfluss verfügen und ganz sicher über eine Stimme in den Vereinten Nationen. Deshalb stellen wir auch die Länder des Südkaukasus ins Schaufenster – und Uganda. Und um die Frage aus der Überschrift zu beantworten: Auch in Kampala teilt man die Vorstellung von einem „Systemkonflikt“ nicht, wie die Leiterin unseres lokalen Stiftungsbüros in ihrem Artikel erläutert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung sind es, von deren Expertise die *Auslandsinformationen* leben, und diese Expertise wollen wir in verschiedenen Formen zugänglich machen. Seit Langem gibt es für alle, die sich die Zeit für vertiefte Lektüre nehmen wollen, unsere viermal jährlich

in deutscher und englischer Sprache erscheinende Zeitschrift. Wer lieber auf dem Weg zur Arbeit oder beim Hausputz seinen außenpolitischen Horizont erweitern möchte, findet ebenfalls ein passendes Angebot: unseren Podcast *Auslandsinfo Spotlight*.

Wie in unserer Zeitschrift haben wir 2023 auch in unserem Podcast ganz unterschiedliche Themen beleuchtet – Themen, die aktuell die außenpolitische Debatte bestimmen, sowie solche, die aus unserer Sicht Aufmerksamkeit verdienen, diese aber nicht immer in ausreichendem Maße bekommen. Vor welchen Herausforderungen steht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit? Droht in der Arktis mit der Eisschmelze ein Wettlauf der Großmächte um Rohstoffe und Seewege? Wie entwickelt sich die Lage in der Demokratischen Republik Kongo? Und warum sind die Wahlen in Estland auch für uns wichtig? Derlei Fragen haben wir 2023 in unserem Podcast diskutiert. Auch hier spielen die Kolleginnen und Kollegen, die weltweit für die Stiftung im Einsatz sind, die Hauptrolle – nämlich als Interviewpartnerinnen und -partner, die den Hörerinnen und Hörern Einschätzungen aus unterschiedlichen Ländern – von Albanien bis Argentinien, von Moldau bis Japan – bieten.

Wer die Homepage der *Auslandsinformationen* besucht oder unseren Social-Media-Kanälen folgt, wird zudem feststellen, dass die *Auslandsinformationen* über ihre eigenen Inhalte hinaus ein Portal für viele andere Analysen und Veranstaltungen sind, die die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer internationalen Arbeit fast täglich produziert. Diesem riesigen Schatz an Informationen haben wir mit den *Auslandsinformationen* auch 2023 wieder versucht, eine Plattform zu bieten.

Mehr zum Thema:

Auslandsinformationen:
auslandsinformationen.de

Podcast:
kas.de/auslandsinfoPod

FORSCHUNG FÖRDERN

EIN BLICK AUF DIE ARBEIT DER DREI PROMOTIONSKOLLEGS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Mehr als 300 Doktorandinnen und Doktoranden unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Stipendium. Auch inhaltlich bietet die Stiftung Hilfe. Insbesondere durch Angebote zum wissenschaftlichen Austausch unter den Promovierenden sowie mit Expertinnen und Experten. Bestes Beispiel hierfür sind unsere Promotionskollegs. Auch 2023 konnte sich das Zusatzcurriculum sehen lassen.

Das Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“

Gründungsjahr:

Wintersemester 2017/2018

Der Grundgedanke:

Zerfallende Staaten, Terrorismus, Energie- und Umweltkrisen, Flucht und Migration. Die Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind vielfältig. Diese in Gesprächen mit Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern zu analysieren und Beiträge für Lösungsansätze zu entwickeln, ist die Aufgabe des Kollegs.

Anzahl der Promovierenden im Kolleg:

17 Kollegiatinnen und Kollegiaten und 26 Alumni

Leitung des Kollegs:

Ein wissenschaftlicher Beirat unter Leitung von Prof. Dr. Beate Neuss, Profes-

sorin für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz, fordert die Stipendiatinnen und Stipendiaten inhaltlich heraus.

Prof. Dr. Stephan Georg Bierling (Internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Uni Regensburg), Prof. Dr. Nikolaus Werz (vergleichende Regierungslehre an der Uni Rostock) und Prof. Dr. Gunther Hellmann (Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main) formen mit Frau Prof. Dr. Neuss das Curriculum.

Höhepunkte 2023:

Neben zahlreichen Seminaren in Berlin verbrachten die Teilnehmenden des Kollegs eine Woche gemeinsam in Georgien.

„Zum Konzept des Kollegs gehört jährlich eine Exkursion in eine Krisen-

region. Sie soll den Doktorandinnen und Doktoranden durch die Erfahrungen vor Ort und die Gespräche mit den dortigen Akteuren einen Einblick in die Komplexität der Krisen geben. Im Jahr 2023 waren wir in Georgien und ließen uns über den *(un)frosten* Konflikt und die Lage im Kaukasus informieren. Eindrücklich waren auch die Gespräche mit Vertriebenen aus Abchasien an der Demarkationslinie, die noch immer entgegen internationalen Vereinbarungen zulasten Georgiens verschoben wird.“

Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz und Vorsitzende des Kollegs

Geschäftsführer:

Dr. David Khunchukashvili

Das Promotionskolleg „Soziale Marktwirtschaft“

Gründungsjahr: 2010

Der Grundgedanke:

Die Soziale Marktwirtschaft als Grundpfeiler unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerät an den Universitäten immer mehr aus dem Blick. Es gibt nur noch wenige Lehrstühle, die sich mit den Grundlagen der Ordnungspolitik beschäftigen. Um hier einen Gegenpol zu setzen, wurde das Kolleg eingerichtet.

Anzahl der Promovierenden im Kolleg:

20 aktuelle Doktorandinnen und Doktoranden sowie 54 Alumni

Die wichtigsten Themen 2023:

„Global Governance“, „Institutionen, Wirtschaft und Entwicklung“ sowie „Wirtschaftssysteme in Autokratien“ standen auf dem Programm von drei mehrtägigen Treffen.

Höhepunkt 2023:

Während eines von den Kollegiatinnen und Kollegiaten organisierten fünftägigen Seminars in Oxford stand die britische Nationalökonomie im Fokus. Im Expertengespräch „Die Soziale Marktwirtschaft unter sich wandelnden Rahmenbedingungen“ konnten die Promovierenden ihre Dissertationsthemen unter anderem mit dem Schirmherrn Prof. Dr. h. c. mult. Roland Koch, Dr. Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW, und dem Chefvolkswirt der DEKA Bank, Dr. Ulrich Kater, besprechen.

„In diesem Jahr fanden bereits zum sechsten Mal die Expertengespräche zur Sozialen Marktwirtschaft statt. Das Format ist jedes Jahr eine gute und wichtige Gelegenheit für uns, ordnungspolitische Theorien und Erkenntnisse aus der Forschung an der wirtschaftlichen und politischen

Realität zu spiegeln. So können die Kollegiatinnen und Kollegiaten ihre Forschung und auch die Arbeit des gesamten Kollegs präsentieren und bekommen zudem wertvolle Einblicke.“

Dr. Sarah Al Doyaili-Wangler, Referentin für Berufsorientierung und -förderung

Leitung des Kollegs:

Der wissenschaftliche Beirat des Kollegs besteht aus zwölf ordnungswirtschaftlich versierten Professorinnen und Professoren aus ganz Deutschland unter der Leitung von Prof. Dr. Rainer Klump.

Geschäftsführerin:

Dr. Sarah Al Doyaili-Wangler

Das Promotionskolleg „Demokratien in Europa – Transformationen nach 1990“

Gründungsjahr: 2021

Der Grundgedanke:

„Unser Kolleg beschäftigt sich mit den Transformationen von Demokratie in Europa seit der Epochenschwelle von 1990. Es schenkt dabei den Entwicklungen in Ostmitteleuropa besondere Aufmerksamkeit. Zu den Kollegiatinnen und Kollegiaten gehören Promovierende aus den Geschichts-, Politik- und Rechtswissenschaften. Der vergleichende und interdisziplinäre Blick, den wir auch schon auf Exkursionen nach Prag und Budapest geschärft haben, hilft nicht nur, besser zu verstehen, wie unsere östlichen Nachbarn „ticken“; er trägt auch dazu bei, Potenziale und Gefährdungen der

Demokratie in Deutschland genauer zu erkennen.“

Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig und Prof. Dr. Dominik Geppert

Anzahl der Kollegiaten: 9

Leitung des Kollegs:

Prof. Dr. Dominik Geppert, Professor für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam und Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig, Professorin (emerit.) für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Uni Passau leiten das Kolleg und setzen in Abstimmung mit weiteren sechs Professorinnen und Professoren aus ganz Deutschland die Schwerpunktthemen der regelmäßig stattfindenden Kolloquien.

Höhepunkt 2023:

Besonders in den Blick nahmen die Kollegiatinnen und Kollegiaten im vergangenen Jahr Ungarn. Während einer fünftägigen Reise bekamen sie Einblicke in die gesellschaftlichen und politischen Transformationen im postsozialistischen Ungarn.

Geschäftsführer:

Dr. David Khunchukashvili

Mehr zum Thema:

Promotionskollegs:
kas.de/pkse
kas.de/prosoma
kas.de/pkdem

Podcast:
abstract.podigee.io/

GEMEINSAM #GEGEN JUDENHASS

— Von Bogdan Miftakhov und Kristin Wesemann

Nach dem 7. Oktober 2023 und den sehr geringen Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen und Solidaritätsbekundungen für Israel gegen den Terror der Hamas hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dezember die Kampagne #GegenJudenhass initiiert. Die Kampagne konzentriert sich auf Plakate und Social-Media-Inhalte, die verschiedene positive Werte und Haltungen wie Klimaschutz, Patriotismus, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung mit der klaren Positionierung „Und gegen Judenhass“ kombinieren.

Ich bin für
Glaubens-
freiheit.
Und gegen
Judenhass.



Ich bin für
Meinungs-
freiheit.
Und gegen
Judenhass.



Ich bin für
Patriotismus.
Und gegen
Judenhass.



Ich bin für
Klimaschutz.
Und gegen
Judenhass.



Das Judentum gehört zu Deutschland. Wer sich aber die Realität in Deutschland anschaut, käme kaum auf die Idee, dass jüdisches Leben einen festen Platz in unserem Land hat. Jüdinnen und Juden leben hier, aber kaum jemand traut sich (noch), sein Judentum, seine Kultur und seine Religion, die so oft beschworen auch unser Erbe sind, öffentlich zu leben. Auch die nicht nur historisch bedingte Selbstverständlichkeit, Solidarität mit Israel zu bekunden, erweist sich als schwierig, wenn nicht sogar gefährlich und damit unmöglich.

**„Antisemitismus
gibt es nicht
nur an den
gesellschaftlichen
Rändern.“**

Der Hass auf Jüdinnen und Juden äußert sich auch in vielen alltäglichen Kontexten und modernen Bewegungen – oft unbemerkt oder unreflektiert. Der Kampf gegen den Klimawandel, gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und gegen Diskriminierung, aber auch der Einsatz für Glaubens- und Meinungsfreiheit sind wichtige politische und gesellschaftliche Anliegen. Judenhass und Antisemitismus haben hier keinen Platz. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich zusammen mit anderen Akteuren entschieden gegen Judenhass ein und macht mit ihrer Kampagne #GegenJudenhass deutlich, dass Bekenntnis und Einsatz für eine bessere Politik und Gesellschaft immer auch Bekenntnis und Einsatz gegen Antisemitismus brauchen. Mehr denn je gilt, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: Wer für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie ist, ist auch #GegenJudenhass.

KAS

IN

ZAHLEN

1482 Personal insgesamt

Personal Inland

641 (ohne Auszubildende, Sonderurlaub und ATZ Freistellung, SHK-Wiss. HK und FSJler)

64 in den PBFs und Regionalbüros

78 in Sankt Augustin

499 in Berlin

 **Alter: 45 Jahre**
Betriebszugehörigkeit: 10 Jahre

Personal Ausland

113 Entsandte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **12** Davon Trainees **728** Ortskräfte

Seitenaufrufe bei kas.de

3.329.782

Seitenaufrufe

* Seit der Implementierung der DSGVO ist es nur noch möglich, jene Besucherinnen und Besucher zu tracken, die aktiv zustimmen. Die tatsächlichen Seitenaufrufe liegen höher.

Presseaktivitäten

149 **452**

Namensartikel

Interviews

Followerinnen und Follower der Social-Media-Hauptkanäle

78.269

Facebook

44.373

LinkedIn

28.485

Twitter/X

27.336

Instagram

Auslandsbüros und Projekte weltweit



Veröffentlichte Länderberichte

203

Jubiläen unserer weltweiten Arbeit im Jahr 2023

**50
JAHRE**

Auslandsbüro Kenia

- 30 Jahre Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika
- 30 Jahre Auslandsbüro Mongolei
- 30 Jahre Auslandsbüro Vietnam
- 30 Jahre Regionalprogramm Baltische Staaten
- 25 Jahre Auslandsbüro Rumänien
- 10 Jahre Rechtsstaatsprogramm Nahost und Nordafrika
- 10 Jahre Auslandsbüro Libanon

Veranstaltungen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer



Veranstaltungen		Teilnehmerinnen und Teilnehmer
analog	1.339	68.548
digital	282	27.579
hybrid	53	5.516

Forschungs- und Beratungsthemen

Generationen, kritische Infrastruktur, Rüstungsindustrie, Tiefseebergbau, Natur und Wohlstand, Verantwortungsgemeinschaft, Menschenwürde, Genome Editing, Verwaltungsmodernisierung, Familiensplitting, Kitaqualität, Desinformation im Metaverse, wissenschaftliche Politikberatung, De-Dollarisierung, Kunst der Krisenbewältigung, Antisemitismus, europafreundliche Deutsche, kommunale Informationssicherheit, Bioenergie, Migration, Bundeswehr als Arbeitgeber, Arbeitsmarktintegration

Archivmaterialien: Analog und Digital

19.400 laufende Meter
Archivgut

Übernahme von weiteren 23 laufenden Metern an Akten
von Rita Süßmuth

sowie von weiteren 105 laufenden Metern an Akten
von der Konrad-Adenauer-Stiftung

127 TB digitale Daten
im Archiv

29.000 Gesamtzahl der
digitalen Plakate

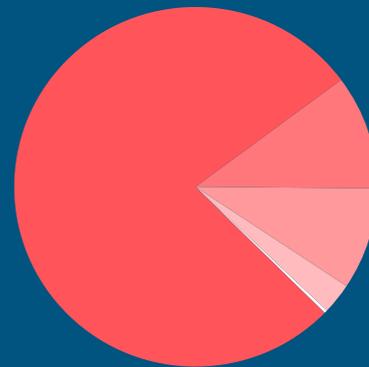
15 Terabyte
digitalisierte Ton-
und Filmmaterialien

Das entspricht einem
Speichervolumen
von **10,9 Millionen**
Disketten.

824.668

digitalisierte Seiten im Schriftgutarchiv

3.316 Stipendiatinnen und
Stipendiaten



2.618 in der
Studienförderung

313 in der
Promotionsförderung

282 in der
Ausländerförderung

94 in der Journalistischen
Nachwuchsförderung

9 in der
Künstlerförderung

17.748 Altstipendiatinnen
und Altstipendiaten (seit 1965)

1.667

Förderinnen und Förderer
des Freundeskreises

PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER 2023



LITERATURPREIS

Lutz Seiler erhielt in Weimar den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Thüringer Schriftsteller öffnete, sagte der Stiftungsvorsitzende Prof. Dr. Norbert Lammert, einen „Raum für Literatur“, wo „Freiheit nötig und möglich“ sei. Auch Prof. Dr. Marion Ackermann, Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, luderte Lutz Seilers Kunst, „Freiheit in Kunsträumen“ zu erobern.

In seiner Dankesrede erzählte Lutz Seiler, wie er den 11. September 2001 auf dem Comer See erlebt hatte, bei der Autorenwerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia. Schreiben sei im Ernstfall oft Erklärungsnot, Literatur aber sei „Hüter der Hoffnung, dass etwas nicht sollte“.

Mehr zum Thema:

[kas.de/de/literaturpreis](https://www.kas.de/de/literaturpreis)



PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Am 24. Oktober 2023 wurde Walter und Christopher Menekes von der MENNEKES Gruppe der Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung in Olpe verliehen. Mit ihm zeichnet die Stiftung „vorbildliche Mittelständler aus, die beispielhaft Innovation, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung verbinden“, heißt es in der Begründung der Jury unter Vorsitz von Hildegard Müller, Präsidentin des VdA Verband der Automobilindustrie. Paul Ziemiak MdB, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, würdigte die Preisträger in seiner Laudatio.

Mehr zum Thema:

[kas.de/de/preis-soziale-marktwirtschaft](https://www.kas.de/de/preis-soziale-marktwirtschaft)

Die Wettbewerbsaufgabe 2022/2023 unter Schirmherrschaft von Prof. Dr. Norbert Lammert fand am Holocaust-Gedenktag mit einer Preisverleihung in Berlin ihren Abschluss. Zum Thema „Antisemitismus – früher und heute“ waren Jugendliche dazu aufgerufen, als Beitrag erstmals einen Instagram-Kanal statt einer Webseite zu gestalten. So setzten sich die jungen Menschen innovativ und mediengerecht gegen das Verblässen der Erinnerungen an Shoah und NS-Diktatur ein, aber auch mit Antisemitismus auseinander. Den Wettbewerb gewann eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus Feuchtswangen, die einen jüdischen Friedhof in den Mittelpunkt ihres Beitrages stellte.

Mehr zum Thema:

denktag.de



DEUTSCHER LOKAL-JOURNALISTENPREIS

In diesem Jahr wurde der Deutsche Lokaljournalistenpreis zum 43. Mal verliehen. Die *Kieler Nachrichten* erhielten für ihre Aktion „Licht zeigen“, mit der sie ein starkes Signal für das Erinnern an den Holocaust und gegen Antisemitismus gesetzt hatten, den 1. Preis. Mit dem 2. Preis wurde Veronika Schreck vom *Main-Echo* für ihre Serie „Retter in Not“ über die schwierigen Arbeitsbedingungen für Rettungskräfte ausgezeichnet. Der 3. Preis ging an Lena Heising vom *Kölner Stadt-Anzeiger*, die für ihren Beitrag „Betäubt, missbraucht, im Stich gelassen“ über einen Missbrauchsskandal in einem Klinikum investigativ recherchiert hatte. Die Volontärinnen und Volontäre der *Märkischen Oderzeitung* und *Lausitzer Rundschau* wurden für das crossmedial umgesetzte Projekt „Alles Nazis in der Provinz? Rechtsextremismus in Brandenburg“ mit dem Sonderpreis für Volontärsprojekte gewürdigt. Für den Wettbewerbsjahrgang 2022 hatte es 313 Einsendungen gegeben, darunter 46 zum Volontärsbewerb. Die Festrede bei der Preisverleihung in Kiel hielt die schleswig-holsteinische Bildungsministerin und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Karin Prien.

Mehr zum Thema:

kas.de/deutscher-lokaljournalistenpreis

2

UNSERE SCHWER- PUNKT- THEMEN

UNSERE SCHWERPUNKT- THEMEN

— Von Julius Elstermann, Bogdan Miftakhov, Sophie Steybe und Kristin Wesemann

Seit 2019 gibt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung Schwerpunktthemen. Die bisherigen Schwerpunktthemen Innovation, Sicherheit sowie Repräsentation und Partizipation haben sich als praktikabel erwiesen. Daher steht fest, dass wir die Schwerpunktthemen im Kern beibehalten und zugleich weiterentwickeln.

Die Schwerpunktthemen lauten: **Freiheit braucht Sicherheit**

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Angriff der Hamas auf Israel führen uns den neuen Wortlaut des Schwerpunktthemas vor Augen: Sowohl die Ukraine als auch Israel stehen als funktionierende Demokratien für Freiheit und werden unentwegt von feindseligen Nachbarn bedroht und angegriffen. Wir müssen diese und unsere freiheitlichen Demokratien gegen diese Aggressionen schützen. Daher beschäftigten wir uns auch 2023 mit der militärischen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, dem Dienstjahr, der Zukunft der NATO und der EU sowie den Auswirkungen des globalen Systemwettbewerbs mit China und Russland in Europa und auf die ganze Welt.

In diesem Zusammenhang stellen russische und chinesische hybride Attacken, wie zum Beispiel Desinformationskampagnen, eine Bedrohung für unsere Demokratie dar. Ein großer

Teil der Bevölkerung ist sich der Gefahr der Desinformation nicht bewusst. Desinformation ist aber kein Zufall – sie ist eine aktive Handlung, der die Menschen ausgesetzt sind. Darauf machte die Kampagne „Desinformation ist kein Zufall“ innerhalb unseres Schwerpunktthemas „Freiheit braucht Sicherheit“ aufmerksam.

Mit der Kampagne wollen wir nicht nur Aufmerksamkeit auf das Thema Desinformation richten, sondern auch zum aktiven Schützen der Demokratie aufrufen. Durch den Einsatz von vier auffälligen Verben, die gleichzeitig Ziele der Desinformation darstellen, soll die Community zum Nachdenken angeregt werden. Der Subclaim „Genau hinterfragen, bewusst informieren“ fordert zur Handlung auf. Die inhaltliche Abfolge endet mit aktivierenden Verben und zeigt, wie man selbst die Auswirkungen von Desinformation beeinflussen kann.

Demokratie braucht Mitwirkung

Deutschland und Europa sind nur handlungsfähig, wenn innere Stärke – wirtschaftlich und gesellschaftlich – gegeben ist. Diese Stärke erwächst aus einer funktionierenden Demokratie mit Parteien, Parlamenten, Rechtsstaat und freien Wahlen. Im Jahr 2023 haben zahlreiche Wahlen stattgefunden: in Polen und Spanien sowie in Bremen, Bayern und Hessen. Sie sind Prüfsteine, auch mit Blick auf die begonnene programmatische und organisatorische Erneuerung der Union als Volkspartei. Das Herz der Demokratie schlägt nur, wenn sich Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen, in Parteien und der Zivilgesellschaft einbringen. Nur dann entwickelt unsere Demokratie die Kraft, sich gegen

Bedrohungen von innen und außen zu wehren.

Wenn die Demokratie wehrhaft und gesund sein möchte, muss die Mitwirkung aus allen Bereichen der Gesellschaft kommen und aus allen Generationen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Rahmen des „Tags der KAS“ daher die Kampagne „Sehen und gesehen werden – Generationen verbindet mehr“ ausgespielt, um das Bewusstsein dafür zu stärken, dass mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Generationen existieren, als landläufig angenommen wird. Es ist nicht unser Alter, das uns definiert, sondern unser individueller Lebensweg und die daraus resultierenden Erfahrungen, Werte und politischen Einstellungen.

Nachhaltigkeit braucht Innovation

Das vormalige Schwerpunktthema Innovation wurde um den Aspekt der Nachhaltigkeit erweitert. Denn die offenen Fragen und neuen Prioritäten mit Blick auf gesellschafts-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Welt- und Bedrohungslagen werden unweigerlich um langfristige globale Herausforderungen ergänzt. Dazu zählen Klimawandel, Gesundheit, Migration, aber auch die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit Europas. Klar ist: Wirksamen Klimaschutz gibt es nur mit innovativen Konzepten von Nachhaltigkeit in allen Bereichen, in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – auch unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Hierbei spielt die Energieversorgung eine besondere Rolle: Wie wird Energie gewonnen? Wie entwickeln sich Preise? Was sind die Auswirkungen für Deutschland als Industriestandort? Damit verbunden

steht die Frage: Wie können wir eine nachhaltige, klimafreundliche Wende vollbringen, ohne auf unseren Wohlstand zu verzichten? Hierzu hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Veranstaltung „Power of Crisis“ organisiert, die wiederum durch die gleichnamige Schwerpunktthemenkampagne flankiert wurde. In der Kampagne wurden junge Start-ups aus dem Energiebereich und deren Ideen für die Energie der Zukunft vorgestellt, auf der Veranstaltung in einem Pitchformat eingebunden und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft vernetzt.

NÄHER GERÜCKT

— Von Rabea Brauer

Für Deutschland ist Japan zu einem der wichtigsten Wertepartner in der Region Asien-Pazifik geworden. Neben dem Willen, die regelbasierte Ordnung zu erhalten, steht für Japan auch der Wunsch nach einer deutlich engeren Zusammenarbeit im Bereich Sicherheitspolitik im Vordergrund.



Vor wenigen Jahren noch wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan gern als „verlässlich“ bezeichnet, mit dem Hinweis, man sei miteinander wie ein altes, lang verheiratetes Ehepaar, welches zwar füreinander da sei, sich aber ansonsten nicht mehr viel zu sagen hätte. Diese Zeiten sind vorbei, wir befinden uns im zweiten Frühling der Beziehung. Zugegeben, es sind externe Faktoren, die beide Nationen näher zusammenbrachten, und nicht in erster Linie der viel zitierte Wertekanon. Der allerdings gibt der vertieften Partnerschaft nun Fundament und Kompass und verhilft der Konrad-Adenauer-Stiftung in Japan zu erhöhter Aufmerksamkeit.

Im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Leitlinien für den Indopazifik 2022 wird das Partnerschaftspotenzial deutlich benannt: Kooperationen sind vorgesehen bei der digitalen Transformation, der Bewältigung des Klimawandels und der Stärkung des Multilateralismus. Die Kommunikation auf hoher Ebene zwischen Japan und Deutschland hat seit der Vorstellung der ersten Indopazifikleitlinien 2020 stark zugenommen. Etabliert sind mittlerweile gemeinsame Militärübungen der Marine und der Luftwaffe, gemeinsame Übungen der Heere sind in Planung. Die Schlagzahl der Besuche auf höchster Regierungsebene sowie aus dem Bundestag hat sich stark erhöht. Der von #KASJapan etablierte interparlamentarische Dialog hat insbesondere am intensivierten Austausch der Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen großen Anteil. Die ersten gemeinsamen Regierungskonsultationen liefen erfolgreich. Die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist konkret formuliert in dem Abkommen über Informationssicherheit (2021) und im Akquisitions- und Cross-Servicing-Abkommen (Japan-Deutschland ACSA). Letzteres befindet sich in formellen Abschlussverhandlungen. Das deutsch-japanische ACSA wäre die wichtigste Grundlage für die institutionelle Stärkung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. Den Bereich Cybersicherheit deckt der deutsch-japanische IKT-Politikdialog mit Fokus auf Forschungs- und Entwicklungsprojekte unter anderem im Bereich 6G ab.

Energiesicherheit ist ein weiterer Kooperationsbereich: Wasserstoff gilt in Japan als Schlüssel, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Die EU und Japan unterzeichneten im Dezember 2022 für Produktion und Handel von klimafreundlichem Wasserstoff eine Kooperationserklärung, bei der es vornehmlich um die Entwicklung von Regeln, Standards und staatlichen Beihilfen geht.

Aus der Notwendigkeit heraus, die ökonomischen Abhängigkeiten von China zu reduzieren, ist in Japan das Schlagwort „Economic Security“ entstanden. Die Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit ist Japans holistische Strategie, die Widerstandsfähigkeit seiner Volkswirtschaft zu stärken. Das Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit (ESPA, 2022) kann jedoch nur mithilfe gleichgesinnter Partnerländer umgesetzt werden. Für Stabilisierung und Diversifizierung der Versorgungsketten braucht es neue Standorte, für den Schutz sensibler und

die Entwicklung neuer Technologien verlässliche Kooperationspartner. Dieses Problem hat auch Deutschland, und so wurden in den Regierungskonsultationen diverse Abkommen besprochen, die sich vor allem auf rechtliche Rahmenbedingungen konzentrieren. „Economic Security“ ist ein integraler Bestandteil zukünftiger Verteidigungs- und Sicherheitskooperationen zwischen beiden Ländern, einschließlich der Möglichkeiten des Schutzes kritischer Infrastrukturen und Handelsrouten sowie der Sicherung der zukünftigen Versorgung mit nachhaltiger Energie.

Japan ist uns nicht nur in seinen Maßnahmen zu Wirtschaftssicherheit weit voraus. Es lohnt sich ebenso der lernende Blick auf die Umsetzung seiner Sicherheitsstrategie und auf den diplomatisch-pragmatischen Umgang mit dem Globalen Süden. Chinas konstante militärische Aufrüstung, die unstete Bündnispartnerschaftspolitik von Donald Trump, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und das mögliche Engagement zur Erhaltung von Taiwans Souveränität haben in dieser Reihenfolge zu einem grundlegenden Richtungswechsel in der japanischen Außen- und Verteidigungspolitik geführt. Diese Neuausrichtung beinhaltet auch die Festigung von Partnerschaften, weswegen Europa, mithin Deutschland, stärker im außenpolitischen Fokus Japans steht. Neben den genannten Kooperationen bleibt Raum für intensiviertes gemeinsames Engagement in der NATO, welches in ein Verbindungsbüro in Tokio münden soll, sowie für den Indo-Pacific Economic Framework (IPEF), der die ordnungsbasierte wirtschaftliche Entwicklung in der Indopazifik-Region voranbringen soll. Es geht um grundlegende Kooperationen der 14 Mitgliedstaaten in den Bereichen Resilienz, Nachhaltigkeit, Inklusion, Wirtschaftswachstum, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit. Japan gehört zu den aktivsten Unterstützern des IPEF, doch weder Europa noch Deutschland haben sich bisher dazu positioniert. Dies wäre vor allem jetzt begrüßenswert, da die USA aus innenpolitischen Gründen ihrer eigenen Initiative gerade den Rücken kehren und die EU nun eine treibende normative Kraft in dieser Region sein könnte und sollte.

Das Regionalprogramm „Soziale Ordnungspolitik in Asien“ der Konrad-Adenauer-Stiftung hat in diesem Jahr eine erste Übersicht zur Umsetzung der vier Pfeiler der Rahmenvereinbarung herausgegeben und damit die erste vollständige Analyse zum IPEF überhaupt zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Japan zielen darauf ab, den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs zu fördern. Neben bilateralen Formaten setzt die Stiftung auch auf einen multilateralen Austausch beispielsweise mit Australien, den USA, Südkorea und Indien.

SICHERHEIT IN EUROPA

NUR MIT EINER STARKEN RÜSTUNGSINDUSTRIE

— Christina Bellmann und Alexander Schuster

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Russland hat mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine spätestens seit dem 24. Februar 2022 die bestehende europäische Friedensordnung aufgelöst. Moskau ist wieder zu einer Bedrohung für ganz Europa geworden. Das führt dazu, dass zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges die Landes- und Bündnisverteidigung wieder oberste Priorität für die Bundeswehr und die NATO-Verbündeten gewonnen hat.

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde in ganz Europa nicht mehr die Notwendigkeit gesehen, große Armeen zu unterhalten. Die Kosten dafür wurden in Erwartung, dass es zu keinem Krieg mehr in Europa kommen würde, gespart und die so frei gewordenen finanziellen Mittel in andere Politikbereiche investiert. Die Bundeswehr und die Armeen unserer europäischen Verbündeten wurden in den 1990er und 2000er Jahren verkleinert und umstrukturiert, mit Blick auf den damals aktuellen Auftrag, terroristische Bedrohungen zu bekämpfen und internationales Krisenmanagement zu betreiben. Das erforderte weniger, dafür aber hauptsächlich sehr mobile und hoch spezialisierte Kräfte.

Die europäischen Staaten stehen jetzt vor der Herausforderung, ihre Armeen wieder kriegstüchtig für die Landes- und Bündnisverteidigung zu machen. Das bedeutet, dass die Streitkräfte ihre Lücken bei Munition und militärischem Gerät schließen sowie personell wieder aufwachsen müssen. Nur so kann eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland und anderen möglichen Gegnern aufgebaut und eine Konfrontation verhindert werden. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene sicherheitspolitische „Zeitenwende“ muss jetzt dringend mit Leben gefüllt werden. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Verteidigungskampf Israels gegen die Hamas zeigen, dass wir neben einer voll ausgestatteten Bundeswehr zusätzliches Gerät und Material zur Verfügung haben müssen, um unsere Partner unterstützen zu können.

Die Rüstungsindustrie als Rückgrat europäischer Sicherheit

Um diese Herausforderung zu bestehen, braucht es eine leistungsfähige deutsche und europäische Rüstungsindustrie. Die Lücken in den Arsenalen der europäischen Armeen sind groß. Eine schnelle Aufrüstung ist jetzt das Gebot der Stunde. Die NATO spielt die wichtigste Rolle dabei, die Prioritäten bei den benötigten Beschaffungsmaßnahmen zu setzen. Das wurde auch von den Teilnehmenden des NATO-Workshops der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia betont. Mithilfe des Verteidigungsplanungsprozesses der NATO werden die künftigen Fähigkeitsanforderungen der einzelnen Bündnisarmeen festgelegt. So können jedem NATO-Partner nationale Anforderungen in Form von Fähigkeitszielen zugeteilt werden. In enger Koordination mit den Instrumenten der EU (wie CDP, CARD, PESCO, EVF) werden Fähigkeitslücken identifiziert und dementsprechende Beschaffungsvorhaben koordiniert.

Um die große Menge an Munition und militärischem Gerät beschaffen zu können, die die Bundeswehr jetzt dringend benötigt, braucht es – neben einem effizienteren Beschaffungswesen der Bundeswehr – eine leistungsstarke deutsche Rüstungsindustrie. Um dieser wichtigen Rolle gerecht zu werden, benötigt die Rüstungsindustrie Planungssicherheit und die Möglichkeit, einfache Rüstungsgüter exportieren zu können. Dazu gehört, dass sie aus der gesellschaftlichen „Schmuddelecke“ geholt wird. Diese zentralen Punkte wurden auch im Rahmen der Veranstal-

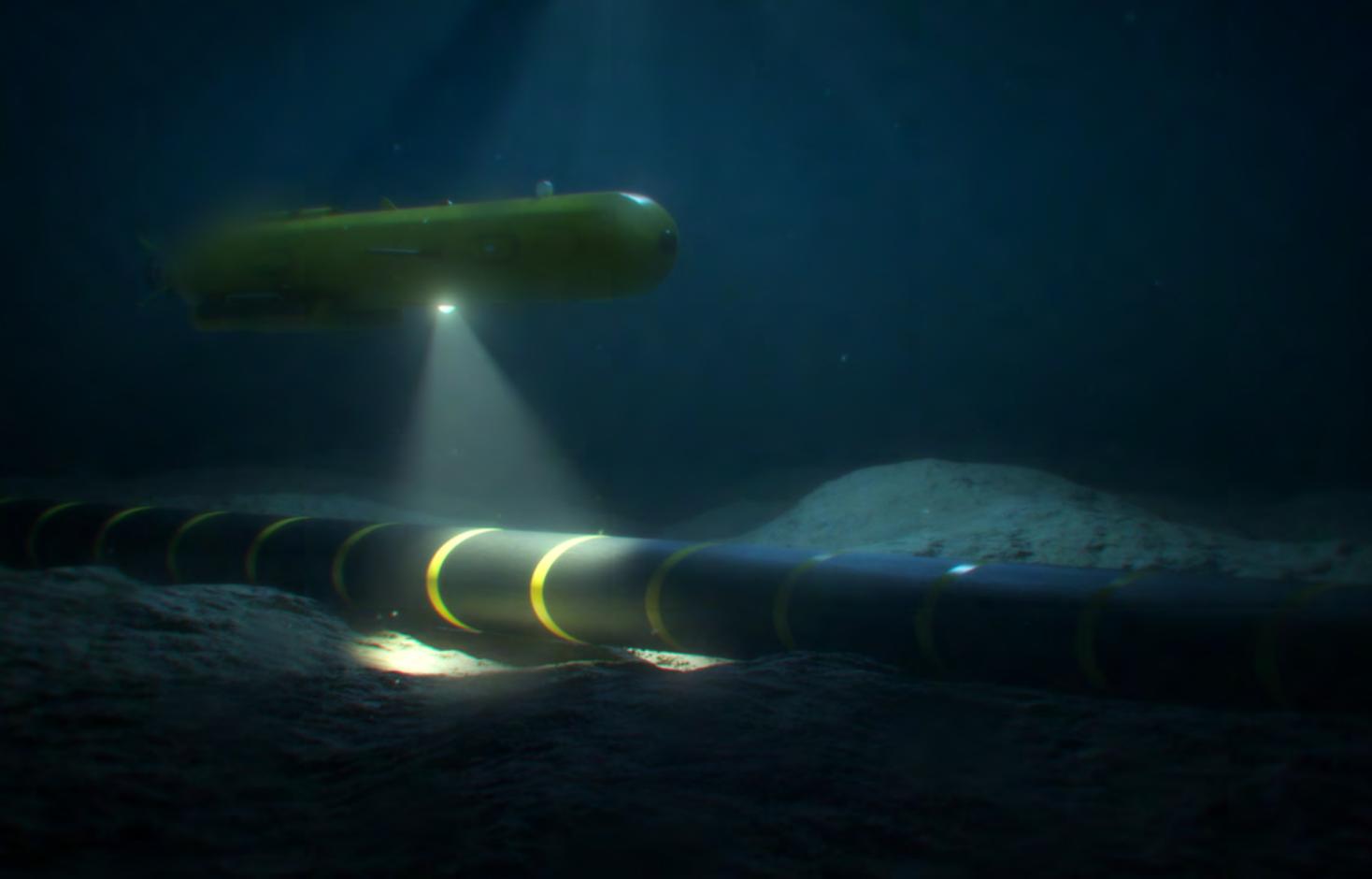
tungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zur europäischen Rüstungskoooperation und dem Beschaffungswesen der Bundeswehr gefordert. Rahmenverträge zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium brächten die nötige Planungssicherheit, damit die Industrie in den Erhalt aber auch Auf- und Ausbau von Produktionslinien investieren kann. Die Möglichkeit, einfache Rüstungsgüter zu exportieren, ist eine Voraussetzung dafür, dass Waffensysteme, die beispielsweise aus Kooperationen mit anderen Ländern entstanden sind, wirtschaftlich erfolgreich sein können. Nur so kann die deutsche Rüstungsindustrie langfristig konkurrenzfähig bleiben.

Die Wehrindustrie hat in weiten Teilen der Bevölkerung kein gutes Ansehen. Das liegt auch daran, dass es von der Regierung versäumt wurde, klar zu kommunizieren, dass die deutsche Rüstungsindustrie ein elementarer Baustein für die deutsche und europäische Sicherheit ist. Die Industrie soll in Zukunft Kapazitäten ausbauen. Dafür braucht sie fähiges Personal. Die Rekrutierung von Fachkräften kann leichter gelingen, wenn die Rüstungsindustrie nicht länger mit Berührungängsten zu kämpfen hat.

Kein europäisches Land kann dabei allein für seine benötigten Rüstungsgüter sorgen. Die Staaten Europas müssen dafür eng zusammenarbeiten. Europäische Rüstungskoooperation ist der Schlüssel für eine gelingende deutsche und europäische „Zeitenwende“. Die gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekte sind nie einfach: Sie sind geprägt von nationalstaatlichen und unterschiedlichen ökonomischen Interessen sowie von interkulturellen Missverständnissen. Das führt dazu, dass diese Projekte viel Zeit, Geld und Nerven kosten. Die europäische Rüstungszusammenarbeit war nie einfach, dennoch ist sie heute wichtiger denn je für unsere europäische Sicherheit. Daher widmet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit unserem französischen Partner „Fondation pour la Recherche Stratégique“ (FRS) mit einem neuen Projekt der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Rüstungsbereich.



Hintergrundgespräch im Dezember in der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Nadine Timm (Krauss-Maffei-Wegmann), Gustav Gressel (ECFR) und Marco Seliger (NZZ).



Unterseekabel als Kritische Infrastruktur und geopolitisches Machtinstrument.

SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR MIT GESAMTGESELLSCHAFTLICHER RESILIENZ GEGEN DEN TOTALAUSFALL

— Von Ferdinand Gehringer und Konstantin Krome

In Zeiten vielfältiger Bedrohungslagen, unter anderem durch vermehrte Extremwetterereignisse oder zunehmende geopolitische Spannungen, ist die Funktionsfähigkeit von Versorgungseinrichtungen mehr denn je gefährdet. Kritische Infrastrukturen werden zur Zielscheibe staatlicher und nicht staatlicher Akteure. Der verstärkte Schutz der Infrastruktur ist daher unerlässlich und kann nur mit gesamtgesellschaftlicher Resilienz gelingen.

Extremwetterereignisse, Pandemien und geopolitische Konflikte: In den vergangenen Jahren haben Krisen zugenommen. Deutschland muss auf diese vielfältigen Herausforderungen reagieren. Dabei ist Kritische Infrastruktur (KRITIS) entweder nicht vorhanden oder nur mangelhaft geschützt. Die Bevölkerung muss daher in ihrer Gesamtheit resilienter werden, insbesondere dort, wo der Staat die KRITIS nur bis zu einem gewissen Grad schützen kann.

Bei KRITIS handelt es sich um Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Für die Funktionsfähigkeit des Staates und das gesellschaftliche Zusammenleben sind diese Einrichtungen essenziell.

Neue und alte Bedrohungen der Kritischen Infrastruktur

In den vergangenen Jahren bedrohten Umweltkatastrophen und hybride Kriegsführung, darunter Cyberangriffe oder physische Sabotageakte, die Kritische Infrastruktur in Deutschland und Europa. Bei der Flutkatastrophe im Ahrtal erwies sich die ausgebliebene Vorwarnung durch Sirenen oder Mobilfunk für viele als tödlich. Die Sprengung der Nord Stream II Pipeline in der Ostsee ist vermutlich der prominenteste Vorfall von Sabotage in der jüngeren Zeit. Aber auch Mehrfachangriffe auf das Glasfasernetz in Frankreich zeigen die Verletzlichkeit europäischer KRITIS auf.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist zudem das Szenario eines zwischenstaatlichen Krieges zurück auf der Tagesordnung. In einem solchen Extremfall wären KRITIS-Standorte militärische Hochwertziele von kinetischen (Marschflugkörper, ballistische Raketen) oder nicht kinetischen Wirkmitteln (Cyberwaffen). Deutschland ist verwundbar und seine Gesellschaft auf größere Ausfallszenarien im Sinne langanhaltender und disruptiver Krisen nicht ausreichend vorbereitet.

Mit dem KRITIS-Dachgesetz wird derzeit eine EU-Regulierung in nationales Recht umgesetzt. Dieses Dachgesetz regelt Pflichten sowie Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für Betreiber Kritischer Infrastruktur. Innerhalb der Bundeswehr wiederum wird an einem „Operationsplan Deutschland“ gearbeitet, der den Schwerpunkt auf die Sicherung und Bewachung verteidigungswichtiger Infra-

struktur legt. Klar ist aber auch: Regulierung ist ungleich Resilienz. Obwohl es einen hundertprozentigen Schutz Kritischer Infrastruktur nicht geben kann, bedarf es dringend eines besseren Schutzes.

Gesamtgesellschaftliche Resilienz als Antwort

Vor diesem Hintergrund verweist der Begriff der gesamtgesellschaftlichen Resilienz auf die Notwendigkeit, dass sich die Bevölkerung als Ganzes auf ebensolche Szenarien vorbereiten muss, in denen der staatliche Schutz nationaler KRITIS versagt. Die Verantwortung hierzu liegt damit bei jeder und jedem Einzelnen. So erfährt vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine die Sensibilisierung der Bevölkerung für praktische Selbsthilfefähigkeiten steigende Relevanz. Dazu zählt die individuelle Bevorratung von Wasser und Nahrungsmitteln sowie langfristig die Breitenausbildung von Ersthelferinnen und Ersthelfern. Der Weg hin zu einer für das Thema Resilienz sensibilisierten Bevölkerung ist jedoch lang. Ein Kernproblem bleibt die fehlende Öffentlichkeit und schlechte Informationslage (beispielsweise über Leuchttürme oder Notstromaggregate in den Kommunen), wie unter anderem auf der Potsdamer Klausur „Innere Sicherheit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung konstatiert wurde. Auch im Rahmen des Cyberdialogs zwischen Deutschland, Israel und den USA wurde deutlich, dass staatliche Institutionen mit Kampagnen das Bewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern für individuelle Krisenvorsorge und -vorbereitung schärfen können.

Gesamtgesellschaftliche Resilienz kann für ausländische Akteure ein abschreckendes Element enthalten. Je geringer die Auswirkung von Störungen und Ausfällen auf die gesellschaftliche und staatliche Funktionsfähigkeit, desto eher könnten Aggressoren zumindest außerhalb eines Konfliktfalles auf hybride Taktiken verzichten. Bis dies für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Gesellschaft jedoch gilt, sind noch einige Schritte zu gehen. Das Undenkbare denken und sich darauf vorbereiten – diese Herausforderung muss nicht nur der Staat, sondern auch die breite Bevölkerung angehen.

IDENTITÄTS- POLITIK GEGEN DIE MITTE

— Von Stefan Stahlberg



Annegret Kramp-Karrenbauer und Omid Nouripour MdB bei der Veranstaltung „Mitte unter Druck?“ im November 2023.

Eine umfangreiche Artikelsammlung informiert über linke und rechte Kulturkämpfe; weitere Impulse lieferte eine Diskussionsrunde, die Auswege aus der gesellschaftlichen Polarisierung suchte.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober rief in Deutschland unterschiedliche Reaktionen hervor. Besonders schockierend waren jubelnde Hamas-Anhängerinnen und -Anhänger. Der hier offen zutage tretende Juden Hass war unerträglich. In der Folge flammten erneut Debatten um Antisemitismus und Rassismus auf. Denn Kritikerinnen und Kritiker, die auf muslimischen Antisemitismus hinwiesen, wurden des Rassismus bezichtigt. Angriffe wie diese verhindern jedoch berechtigte Kritik und erschweren den Kampf gegen tatsächlichen Rassismus und bestehende Diskriminierung. Der Versuch, Politikerinnen und Politiker demokratischer Parteien mit solchen Vorwürfen zu delegitimieren, verringert das Vertrauen in demokratische Institutionen. Die Debatte hat symptomatisch gezeigt, wie die identitätspolitische Polarisierung die Gesellschaft spaltet.

Identitätspolitik gefährdet die Demokratie

Eines steht außer Frage: Rechtsidentitäre haben das Ziel, die Demokratie zu beseitigen. Ihr völkisches Denken, Antisemitismus und Nationalismus sind eine der größten Bedrohungen für die freiheitliche Gesellschaft. Doch auch die sogenannte Wokeness-Bewegung bedroht den Zusammenhalt unserer liberal-demokratischen Gesellschaft. Statt sich für Gleichberechtigung einzelner Menschen einzusetzen, orientiert sie ihr politisches Handeln an der Zugehörigkeit zu einer ethnischen, geschlechtlichen oder kulturellen Einheit und überhöht diese Gruppen gegenüber anderen. Statt beispielsweise Antirassismus einzufordern, der auf eine Gleichbehandlung abzielt, sollen ausgewählte Gruppenidentitäten besonders behandelt werden. Linksidentitäre bekämpfen dadurch antiuniversalistisch den Status quo der pluralistischen westlichen Gesellschaften, die sie als strukturell „oppressiv“, „rassistisch“ und „sexistisch“ wahrnehmen. Eine diskriminierungsfreie Welt, eine Gesellschaft, die beispielsweise Alltagsrassismus bekämpft und Frauen die längst überfällige Gleichstellung ermöglicht, erreichen wir in dieser überhitzten Debattenkultur nicht.

Online-Reader analysiert Ausprägungen und Hintergründe von Identitätspolitik

Identitätspolitik ist ein stark verzweigtes und komplexes Themenfeld mit unterschiedlichen Ausprägungen, Aktionsfeldern und Facetten. Deswegen hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung diesem Thema mit der umfangreichen, breit aufgestellten Publikation *Identitätspolitik – eine gespaltene Gesellschaft?* angenommen. Acht Beiträge untersuchen detailliert die Frage, was Identitätspolitik, Kulturkampf und *Culture Wars* eigentlich ausmachen und wie wir mit unserem historischen Erbe umgehen. Sie analysieren das Verhältnis von Ethnizität und Identität sowie Geschlecht beziehungsweise Gender und Identität –

in der ganzen Bandbreite der politischen Landschaft. Und sie blicken nach Frankreich, Polen und in die USA, in denen die identitätspolitischen Debatten Gemeinsamkeiten und zugleich ganz unterschiedliche Ausprägungen sowie Auswirkungen aufweisen. Die Artikelsammlung erläutert und ordnet ein, die Beiträge beleuchten Hintergründe und Denkmuster. Zudem versuchen die Autorinnen und Autoren eine Position der Mitte sowie Lösungswege für die Gesellschaft zu formulieren – und zeigen erfolgreiche Beispiele auf.

Podiumsdiskussion suchte Auswege aus der identitätspolitischen Polarisierung

Um die Frage über mögliche Auswege aus der identitätspolitischen Polarisierung zu vertiefen, haben wir den Schriftsteller Dr. Simon Strauß, die Ethnologin Prof. Dr. Susanne Schröter, den Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Omid Nouripour, und die ehemalige CDU-Bundesvorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, zu einer Diskussion eingeladen. Sie sprachen in einem offenen, kritischen und teils auch kontroversen Gedankenaustausch darüber, wie die politische Mitte gestärkt werden könnte.

Um die Polarisierung abzuschwächen, empfahl Dr. Simon Strauß der politischen Mitte, sich mit Blick auf Zielkonflikte zwischen staatspolitischem Zentrum und lebensweltlicher Peripherie – beispielsweise in der Migrationspolitik – als Vermittlerin zu behaupten und bereit zu sein, „politische Entscheidungen genau dort zu rechtfertigen, wo sie einschlagen“. Zudem solle die Mitte darauf achten, Normen bestimmter Bewusstseinsgruppen nicht zur Norm für alle zu erklären.

Damit die Politik Vertrauen von den Menschen zurückgewinnt, müsse sie die Funktionalität des Staates garantieren, betonte Omid Nouripour. Annegret Kramp-Karrenbauer bekräftigte das und ergänzte, dass Identitätsfragen oft an der Realität der gesellschaftlichen Mitte vorbeigingen. Stattdessen müsse sich die Politik mit den realen Problemen der Bürgerinnen und Bürger befassen. Auch für Prof. Dr. Susanne Schröter war klar: „Wenn die Menschen sehen, dass sich für sie konkret etwas verbessert, dann wirkt das.“

Mehr zum Thema:

Geschichtsbewusst:
[kas.de/identitaetspolitik](https://www.kas.de/identitaetspolitik)

UNTERWEGS MIT DEM DEMOKRATIE-BUS

IM ZEICHEN VON
„GEMEINSAM.DEMOKRATIE.GESTALTEN.“

— Von Felix Bäuml und Sandra Busch-Janser



Das gegenwärtige Stimmungsbild erinnert uns daran: Demokratie ist ein kostbares Gut, das keineswegs selbstverständlich ist. In einem funktionierenden Gemeinwesen braucht es deshalb vor allem engagierte Demokratinnen und Demokraten, die aktiv mitgestalten.

Für mehr politische Mitgestaltung werben wir nicht nur in unseren Politischen Bildungsforen, sondern seit Oktober 2023 auch wieder mit unserem Demokratie-Bus auf den Straßen und Plätzen in Deutschland. Wir knüpfen damit an unsere Tour von 2019 bis 2021 an – diesmal allerdings mit dem starken Partner FlixBus an unserer Seite. Ist der Demokratie-Bus nicht im Einsatz bei unseren Veranstaltungen und Mitmachaktionen, fährt der Bus mit dem Logo der Stiftung und unserem Motto „Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.“ im Linienverkehr von FlixBus durch die Republik.

Mit der „Demokratiegestalter-Tour“ ergänzen wir die Arbeit der Politischen Bildungsforen, die mit über 1.800 Projekten und Veranstaltungen im Jahr Räume für Begegnung und Dialog schaffen. Trotz dieser vielfältigen Angebote können wir damit immer nur einen Teil der Gesellschaft erreichen. Im Sinne der aufsuchenden politischen Bildung machen wir mit dem Demokratie-Bus einen weiteren Schritt raus aus den geschützten Räumen und auf die Menschen zu, die bisher vielleicht nur wenig Berührungspunkte mit der Politik und ihren Akteurinnen und Akteuren hatten. An Bord hat der Demokratie-Bus nicht nur Informationsmaterial zum Mitnehmen, sondern bringt auch weitere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner mit. In den jeweiligen Regionen werden wir von Partnerorganisationen, aber auch von zahlreichen Abgeordneten der Landes- und Bundesebene unterstützt.

Die „Demokratiegestalter-Tour“ startete am Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2023, in Hamburg. Die Hansestadt war Ausrichter der Einheitsfeier und zwischen Alster und Elbe haben auch wir gefeiert, was uns als Gesellschaft verbindet. Das Bildungsforum Hamburg hatte für den dreitägigen Aufenthalt ein vielfältiges Informationsangebot organisiert: Demokratiegestalter Aaron Henes berichtete von seiner Arbeit bei der Initiative Kids & Welcome e.V., die Kinder mit Fluchterfahrung im Alltag unterstützt und einen sicheren Raum und Möglichkeiten zur Entfaltung bietet. René Schaar, stellvertretender Gleichstellungsbeauftragter und Diversity Manager des NDR, stand als Ansprechpartner für die Themen Toleranz und Wertschätzung zur Verfügung, während Shelly Meyer ihre Erfahrungen als aktives Mitglied der jüdischen Gemeinde in Hamburg teilte. Der Poetry-Slammer Marvin Weinstein eröffnete einen kulturellen Zugang zum Thema Demokratie, während die Bundestagsabgeordnete Franziska Hoppermann durch ihre Einblicke in den Alltag einer Politikerin die unterschiedlichen Perspektiven ergänzte.

Nach dem Auftakt in Hamburg standen 2023 noch weitere Stationen auf dem Programm – Berlin, Schwedt,

Magdeburg, Wilhelmshaven, Pößneck, Greiz, Dresden und Blankenburg.

Auf unseren Stopps haben wir viele Demokratiegestalterinnen und -gestalter kennengelernt. Nicht jedem und jeder ist klar, wie wichtig das persönliche Engagement beispielsweise im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in der Kirchengemeinde ist und dass es zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt. Auf unserem Stopp zur Europa-Rede in Berlin hat der stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Hermann Gröhe MdB, unsere Botschaft deshalb noch einmal unterstrichen: „Wir brauchen euch! Demokratie als Zuschauer, das funktioniert nicht!“

Nach der Winterpause geht die Tour im Frühjahr 2024 weiter. Ein Schwerpunkt wird wieder auf den ostdeutschen Bundesländern liegen, denn wir wollen wissen, was insbesondere dort die Menschen bewegt. Welche Ideen haben sie für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und welche Erfahrungen haben sie gemacht mit politischer Beteiligung und Ehrenamt? Wir suchen das Gespräch, aber wir wollen auch aktiv mit Demokratiegestalterinnen und -gestaltern zusammenarbeiten. Wir wollen ihre Projekte vorstellen, um zum Mitmachen und Nachmachen einzuladen.

Unsere Reise wird uns auch in Zukunft an viele Orte führen, denn die Herausforderungen der Demokratie enden nicht an bestimmten geografischen Grenzen. In jedem Ort und in jeder Begegnung sehen wir die Möglichkeit, den Grundwerten unserer Gesellschaft Ausdruck zu verleihen und die demokratische Idee zu stärken. „Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.“ ist unsere Verpflichtung, die wir mit jeder Etappe unserer Tour bekräftigen. Unsere Reise geht weiter – gemeinsam mit allen, die sich der demokratischen Idee verbunden fühlen.

„LINKE ORGANISATIONEN BILDEN IN LATEINAMERIKA EINE IDEALE EINFLUGSCHNEISE FÜR DEMOKRATIEZERSETZENDE NARRATIVE“



Ein Interview mit
Sebastian Grundberger,
Leiter des Regionalprogramms
Parteiendialog und
Demokratie in Lateinamerika
mit Sitz in Uruguay.

— Geführt von Fabian Wagener

Russische und chinesische Avancen stoßen in Lateinamerika vielerorts auf fruchtbaren Boden. Sebastian Grundberger erläutert im Gespräch, warum das auch auf die Anfälligkeit der politischen Linken für autoritäre Politikentwürfe zurückzuführen ist – und was die demokratische Mitte dagegen tut.

Die zunehmende Rivalität zwischen dem Westen und Staaten wie China und Russland wird häufig als Ausdruck eines „Systemkonflikts“ zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus gedeutet. Spiegelt sich dies in Lateinamerika wider?

Die Antwort ist ein klares Ja. So fällt auf, dass freiheitlich ausgerichtete Staaten mit festen demokratischen Institutionen wie etwa Uruguay, Costa Rica oder Chile in ihrer Außenpolitik eher dem Westen zuneigen, während autoritäre und diktatorische Regime des Kontinents, allen voran Kuba, Venezuela und Nicaragua, eine Vorliebe für autoritäre Partner zeigen. Neben China und Russland ist dies auch der Iran. Es gibt in Lateinamerika auch viele, die der Illusion anhängen, man könne mit beiden Seiten gute Beziehungen halten und sie gar zum eigenen Vorteil gegeneinander ausspielen. Es herrscht viel Unverständnis und auch schlicht mangelndes Wissen über geopolitische Komplexitäten.

Im Zuge des Angriffs Russlands auf die Ukraine übernehmen besonders linke Kräfte in Lateinamerika russische Narrative. Auch den Positionen Chinas wird oft unkritisch begegnet. Ist die lateinamerikanische Linke besonders anfällig für autoritäre Avancen?

Auch hier ein klares Ja. Es gibt zwei historische Reflexe, die dies zumindest teilweise erklären. Zum einen führt die lange und bewegte sowie teils kontroverse Geschichte mit den USA bei manchen dazu, Aussagen, die gegenüber den USA kritisch sind und antiimperialistisch klingen, recht kritiklos zu übernehmen. Zudem gibt es die historische Bindung mancher lateinamerikanischen Länder, etwa Mexiko und Brasilien, an die Blockfreien-Bewegung sowie die fast schon symbiotische historische Verbindung der kubanischen Diktatur mit der Sowjetunion. Beides findet auch heute in antiwestlichen Diskursen der politischen Linken eine gewisse Fortführung. Manche linken Staatshäupter übernehmen nicht nur russische und chinesische Narrative, sondern positionieren sich auch gegen Israel. Ein Beispiel ist der kolumbianische Präsident Gustavo Petro, der das israelische Vorgehen in Gaza mit dem Holocaust verglich und regelmäßig von einem israelischen „Völkermord“ spricht.

Ein wichtiger Akteur der lateinamerikanischen Linken ist das sogenannte „Foro de São Paulo“. Was hat es damit auf sich?

Das „Foro de São Paulo“, eine 1990 vom heutigen Präsidenten Brasiliens Lula da Silva gemeinsam mit dem kubanischen Diktator Fidel Castro gegründete Gruppe von Parteien und Bewegungen, ist nur ein Beispiel einer ganzen „rosa Galaxie“ an linken Organisationen, Gruppierungen und Bewegungen. Sie verbinden demokratisch legitimierte Politikerinnen und Politiker sozialdemokratischer Tradition mit Vertreterinnen und Vertretern linksautoritärer Regime zu gut organisierten Netzwerken im Kampf gegen angeblichen „Neoliberalismus“ und „US-Imperialismus“ sowie zur Verteidigung der autoritären Regime Lateinamerikas. Hier sollten auch die „Grupo de Puebla“, die aus dem

„Die Staaten Lateinamerikas müssen ernst genommen werden.“

Umfeld von US-Senator Bernie Sanders mitbegründete „Progressive International“ und der Akademikerverband CLACSO erwähnt werden. Diese und andere linke Institutionen und Organisationen bilden in Lateinamerika eine ideale Einflugschneise für russische und chinesische, antiwestliche, antisemitische und demokratiezersetzende Narrative. Ausdruck dafür sind die formellen oder informellen Kooperationen dieser Akteure mit russischen Staatsmedien oder die Teilnahme chinesischer Vertreterinnen und Vertreter bei ihren Treffen. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, wenn Lula etwa sagt, dass Putin und Selenskyj gleichermaßen Verantwortung für den Krieg in der Ukraine tragen.

Im Oktober 2023 war die Konrad-Adenauer-Stiftung Mitorganisatorin eines neu ins Leben gerufenen Formats, des sogenannten „Foro América Libre“ in Mexiko-Stadt. Welche Ziele verfolgt dieses Format?

Das „Foro América Libre“ ist der Versuch, die politische Mitte des Kontinents hinter einer gemeinsamen Agenda der Freiheit und der Demokratie zu vereinen. Es spannt ein Dach, unter dem sich Parteiorganisationen, Parteien, Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Akademikerinnen und Akademiker versammeln können, um ein klares Signal zu senden, dass die autoritäre Linke nicht die Mehrheit der Menschen in Lateinamerika vertritt. Das Medienecho in ganz Lateinamerika war ausgezeichnet. Herausgestellt wurde beispielsweise das klare Signal der Unterstützung für die Ukraine und Israel, das aus Mexiko-Stadt kam. Man hat den Eindruck, dass viele darauf gewartet haben, dass den linksautoritären Netzwerken endlich etwas aus der politischen Mitte entgegengesetzt wird.

Was können Deutschland und Europa tun, damit sie von lateinamerikanischen Staaten stärker als derzeit als attraktive Kooperationspartner wahrgenommen werden?

Die Staaten Lateinamerikas müssen ernst genommen werden und jenseits der Betonung gemeinsamer Werte konkrete Angebote erhalten. Es schadet dem Ansehen Europas massiv, wenn etwa mit dem EU-Mercosur-Abkommen ein Pakt infrage gestellt wird, der 20 Jahre verhandelt wurde und der den größten Wirtschaftsraum der Welt schaffen würde. Es gibt Stimmen in den Mercosur-Staaten, die aus Enttäuschung über das europäische Zögern entsprechende Abkommen mit China fordern. In Zeiten, in denen die Diversifizierung von Lieferketten und von Energieträgern für Europa lebenswichtig ist, braucht es Lateinamerika dringender denn je.

THE POWER OF CRISIS: ENERGIE DER ZUKUNFT

RUF NACH MEHR FREIRAUM FÜR INNOVATION

— Von Lukas Lingenthal und Martin Schebesta

Am 26. Januar 2023 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Konferenz unter dem Titel „The Power of Crisis: Energie der Zukunft“ auf den EUREF-Campus in Berlin ein. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik kamen, um über eine nachhaltige und resiliente Energieversorgung zu diskutieren.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, ordnete zu Beginn den Anlass für die Energiekonferenz ein. Die viel zitierte „Zeitenwende“ nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine bringe eine ausgeprägte und nachhaltige Veränderung gewohnter Verhältnisse nicht nur im Bereich der Sicherheit, sondern auch im Bereich Energie mit sich. Die Energieversorgung sei in Deutschland lange Zeit kein Thema gewesen, über das sich ernsthaft Sorgen gemacht wurde. Mit den Meldungen zu möglichen Versorgungsengpässen und den Preissteigerungen im Energiesektor habe sich diese Wahrnehmung schlagartig geändert. Die Aufgabe, die es zu bewältigen gebe, sei nicht weniger als eine Energieversorgung für die Zukunft zu gewährleisten, die Versorgungssicherheit, Kosten und Einflüsse auf das Klima gleichermaßen berücksichtige.

In einem einführenden Vortrag gab der Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph Schmidt, Impulse für die weiteren Diskussionen des Tages. Er definierte zwei übergreifende Aufgaben: Auf globaler Ebene gehe es um die Defossilisierung ohne Entwicklungsblockaden, auf nationaler Ebene um die Defossilisierung ohne Deindustrialisierung. Ohne politische Eingriffe und Rahmensetzung sei es nicht möglich, die dafür nötige Energiewende zu schaffen. Es müsse ein bewusster Umstieg auf Energieträger erfolgen, die in eine klimaneutrale Zukunft führen. Als erfolgreiches Beispiel nannte Schmidt eine CO₂-Bepreisung, was zu einer marktgelenkten Energiewende führe, denn der Staat könne nicht alles dirigieren. Es müsse ebenso Offenheit für Experimente, für Forschung und Entwicklung geben.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war eine energiepolitische Grundsatzrede des CDU-Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Friedrich Merz. Er unterstrich die Beschlüsse der CDU-Klausurtagung in Weimar, die Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimapolitik als eine Einheit versteht. Es gehe darum, mit Politik die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um innovative Lösungen zu ermöglichen und nicht darum, mit Verboten Handlungsräume einzuschränken. Insgesamt betrachtet könne sich die Leistung Deutschlands für den Klimaschutz in den vergangenen drei Jahrzehnten sehr gut sehen lassen. Man habe bei stetig wachsender Wirtschaftsleistung den CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent gesenkt. Doch klar sei auch, dass trotz dieses Erfolgs das Tempo in Richtung Klimaneutralität noch einmal um ein Vielfaches erhöht werden müsse. Dazu brauche es unter anderem ein Mindset, das innovative Lösungen hervorbringe.

Mit Blick auf vorhandene innovative Lösungen bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz kurze Schlaglichter auf einige junge Unternehmen und deren Ideen geboten. In fünfminütigen Pitches präsentierten sich vier Start-ups:

Decarbon1ze

entwickelt intelligente Lösungen für Stromzähler, damit der Energieverbrauch von individuellen Geräten gemessen und abgerechnet werden kann, was die gezielte Steuerung von Stromflüssen durch tarifliche Anreize für kleine elektrische Anlagen ermöglicht.

Hydro2x

arbeitet an einer KI-gesteuerten Prognose von Überproduktionen erneuerbarer Energie, die dann effizient in grünen Wasserstoff umgewandelt werden kann und nicht abgeregelt werden muss.

UCANEO

arbeitet an einer Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf kleiner Fläche.

Shit2Power

will Klärschlamm nutzen, um Energie zu erzeugen und damit gleichzeitig das Transport- und Lagerproblem von Klärschlamm lösen.

Paneldiskussionen dienten im Laufe des Konferenztages der Vertiefung konkreter Fragen, wie etwa der nach grünem Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Grundtenor war, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und der Aufbau der erforderlichen Infrastruktur für das Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, essenziell seien.

Auch Rohstoffe für die Mobilität der Zukunft wurden auf einem Panel diskutiert. Dabei wurde die Rolle des Recyclings von Metallen hervorgehoben, insbesondere mit Blick auf die Bestandteile von Batterien. Doch auch elektrischer Strom als Rohstoff für die Mobilität der Zukunft sowie klimaneutrale Kraftstoffe wurden erörtert.

Ein weiteres Panel widmete sich heimischen Energiepotenzialen und nahm dabei Schiefergas in den Fokus. Zwar gab es eine Stimme, die die Gefahren des Frackings fachlich einordnete und darauf verwies, dass eine Bohrgenehmigung bei absehbaren Risiken ohnehin nicht erteilt werde. Insofern seien genehmigte Bohrungen risikoarm und zu befürworten. Die Mehrheit der auf dem Panel vertretenen Stimmen betonte jedoch, dass ganz abgesehen von den Risiken eine zeitlich und wirtschaftlich sinnvolle Förderung in Deutschland ohnehin nicht erreichbar sei.

In der Paneldiskussion zum Energiemarkt der Zukunft kam ein klarer Appell an mehr und schnellere Digitalisierung des Stromnetzes sowie an den Hochlauf einer Wasserstoff-Infrastruktur zum Tragen. Lösungsansätze für eine saubere, bezahlbare und sichere Energie der Zukunft seien vielerorts erkennbar. Politik und Wirtschaft sollten idealerweise gemeinsam an deren Umsetzung arbeiten.

SUMMER SCHOOL AUF NORDERNEY

**INSELN IM KLIMAWANDEL — EINE GANZ
BESONDERE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE
HERAUSFORDERUNG**

— Von Muriel Schmitz



Meeresrauschen und Möwengeschrei begleiteten uns auf Norderney, einer malerischen Insel in der Nordsee. Diese wird nicht nur von Touristinnen und Touristen aufgrund ihrer Naturschönheit geschätzt, sondern auch von engagierten Einheimischen, die sich intensiv mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz auseinandersetzen.

Die Norderneyerinnen und Norderneyer erkannten früh die entscheidende Bedeutung des Umwelterhalts für die jetzige und zukünftige Generationen. Mit der heutigen Generation waren wir im Rahmen einer Summer School unterwegs – einer Gruppe von engagierten Jugendlichen aus verschiedenen Schulformen aus Nordrhein-Westfalen – und das trotz der Sommerferien. Allesamt vereint das große Interesse, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Aber hier erwarteten die Jugendlichen keine trockenen Vorträge, sondern praxisnahes Lernen in dem einzigartigen Lebensraum des niedersächsischen Wattenmeers, vermittelt insbesondere durch unseren Vertrauensdozenten und Altstipendiaten Prof. Dr. Hans-Joachim Fuchs, Geografie-Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Das Wattenmeer beherbergt über 10.000 Tier- und Pflanzenarten und ist die größte Sandwattfläche der Welt. Die UNESCO erklärte es 2009 aufgrund seiner herausragenden biologischen und geologischen Prozesse sowie seiner großen Biodiversität zum Weltnaturerbe. Trotzdem ist dieses einzigartige Weltnaturerbe verschiedenen Belastungen ausgesetzt, wie dem Klimawandel, dem Tourismus und der wirtschaftlichen Nutzung der Umgebung. Zu deren Schutz versucht man den ökologischen Fußabdruck durch konsequente Nutzung erneuerbarer Energien, wie Windenergieanlagen vor der Küste und Solarmodulen auf Gebäudedächern, zu minimieren. Elektrofahrzeuge und Fahrräder sind weit verbreitet; auch während unseres Seminars nutzten wir Fahrräder, um uns auf der Insel zu bewegen. Das Engagement in Naturschutzprojekten ist groß: Dünenrenaturierung, Überwachung von Seevogelbrutgebieten bis zur Aufzucht von Seerobben. Auch wir wollten das Bewusstsein für den Umweltschutz schärfen und die Jugendlichen möglichst umfänglich für die Herausforderungen von Klimaveränderungen und ihre ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen sowie die komplexe Wechselwirkung sensibilisieren. Wissenschaftler wie Prof. Dr. Fuchs spielen eine Schlüsselrolle in der Erforschung der Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels sowie bei der Entwicklung von Lösungen. Sie vertiefen das Verständnis für den Klimawandel und fördern informierte Entscheidungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene.

Ein weiterer wichtiger Baustein war die Befragung von lokalen Landwirtinnen und Landwirten sowie Fischereibetrieben auf der Insel und dem benachbarten Festland in Norddeich und Norden. Durch den Dialog mit verschiedenen Akteuren strebten wir an, unterschiedliche Perspektiven zu verstehen und gemeinsam an Lösungsansätzen zu

arbeiten. Interviews mit Insulanerinnen und Insulanern zeigten, wie sensibel die Themen Klimawandelfolgen und Klimaschutz wahrgenommen werden. Umfragen unter Touristinnen und Touristen fokussierten auf deren Klima- und Umweltbewusstsein während des Inselbesuchs. Die Befragten zeigten großes Interesse und baten oft um Erklärungen zu wissenschaftlichen und klimapolitischen Sachverhalten. Teilnehmende, die bei den ausführlichen Fachvorträgen aufmerksam zu Ursachen, Prognosen, Auswirkungen sowie Strategien zu Klimaschutz und Klimaanpassung zugehört hatten, konnten sich als Juniorexpertinnen und -experten beweisen. Die Jugendlichen berichteten abends freudig über ihre Erfahrungen.

Eine Wattwanderung ermöglichte den Jugendlichen Einblicke in die Komplexität des Ökosystems und thematisierte die Auswirkungen des Tourismus auf die Insel. Mit 500.000 Erholungssuchenden pro Jahr und nur 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern stellt dies eine große kommunalpolitische Herausforderung dar, besonders in Bezug auf die limitierte Wasserversorgung aus der insel-eigenen Süßwasserlinse. Hierzu wurden die beiden Inselwasserwerke besucht. Die Jugendlichen verwendeten diverse Klimamessgeräte, um vor Ort quantitative Erkenntnisse zu Hitze und Klimaanpassung zu gewinnen, darunter Temperaturen von verschiedenen Oberflächen (Aufheizungseffekte, Wärmebelastung), Windgeschwindigkeit und Luftfeuchtigkeit. Die Insel bot verschiedene Szenarien, von städtischem Umfeld über Sandstrände bis hin zu Wäldern in Form von Transektprofilinien. Die Zusammenarbeit von Studierenden mit Schülerinnen und Schülern war spannend, auch die Möglichkeit, spürbare Folgen des Klimawandels wie Küstenzerstörung durch häufigere Sturmfluten vor Ort zu sehen. Die Jugendlichen erlebten das vulnerable Inselökosystem intensiv, entwickelten kreative Ideen und innovative Lösungsansätze. Die Teilnehmenden beschrieben die Erfahrung als großartig, betonten die gemeinsame Verantwortung für den Klimaschutz und hoben die Bedeutung von Bildung und Sensibilisierung hervor. Die erworbenen wissenschaftlichen Kenntnisse über natürliche und anthropogene Ursachen ermöglichen es, fundiert in der öffentlichen Klimadebatte zu argumentieren und die Dringlichkeit von Klimaschutz und Klimaanpassung zu kommunizieren.



WANDEL DURCH HANDEL IN DER INTERNATIONALEN KLIMAPOLITIK

— Von Anja Berretta

Der Wandel hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft ist integrativer Bestandteil der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik, um die Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens zur Reduzierung der globalen Erderwärmung erfüllen zu können. Gleichzeitig könnte der künftige CO₂-Grenzausgleichsmechanismus eine klimafreundliche Industrialisierung auf dem afrikanischen Kontinent begünstigen.

Anstrengungen zur Eindämmung des globalen Klimawandels umfassen längst alle Politikfelder, auch die Wirtschafts- und Handelspolitik. Dank des internationalen Handels sind emissionsarme Technologien und erneuerbare Energien heute wesentlich preisgünstiger als bei ihrer Markteinführung, und auf globaler Ebene werden weiterhin verschiedene Mechanismen und Instrumente diskutiert, welche Marktanreize für den Umbau hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft liefern sollen. Aber wie können diese Instrumente in afrikanischen Ländern genutzt werden, wo es weniger um den Umbau bestehender Produktionskapazitäten geht als um eine klimafreundliche Industrialisierung? Und wie kann die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungspartnern und Ländern in Subsahara-Afrika gestärkt werden, ohne den Anschein zu erwecken, nachhaltige Handelspolitik führe zu neuen Formen des (Klima-)protektionismus?

Diese Fragen wurden bei der Konferenz „Energie, Handel und Klima“ diskutiert, welche in diesem Format zum zweiten Mal im Juli 2023 in Maputo, Mosambik stattfand. Im Mittelpunkt der Diskussion mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Privatsektor, der Politik und Thinktanks stand der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM, Carbon Border Adjustment Mechanism), der von der Europäischen Union zum 1. Oktober 2023 eingeführt wurde. CBAM ist ein Bestandteil des European Green Deals, der verabschiedet wurde, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens auf europäischer Ebene einzuhalten. Der CBAM sieht vor, dass bei der Einfuhr von bestimmten Produkten in die EU eine CO₂-Abgabe fällig wird. Damit soll sichergestellt werden, dass Hersteller innerhalb der EU mit höheren Klimastandards keinen Wettbewerbsnachteil erleiden oder dass emissionsarme Produkte nicht durch billigere Waren ersetzt werden, deren Produktion viele Emissionen (GHG) freigesetzt hat.

Importeure von Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Düngemitteln, Elektrizität und Wasserstoff müssen zunächst in einer Übergangsphase das Volumen der GHG deklarieren, welches während der Produktion außerhalb der EU angefallen ist. Ab 2026 ist geplant, dass für die angefallenen GHG bei Einfuhr in die EU Zertifikate gekauft werden müssen.

Während der Diskussion wies Linus Mofor von der afrikanischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen aus Äthiopien darauf hin, dass CBAM neue Marktchancen für die Länder des südlichen Afrikas schaffen könnte, indem finanzielle Anreize für den Handel mit klimafreundlich produzierten Waren aus Afrika in die EU geschaffen würden. Gleichzeitig könnten neue Anreize für klimafreundliche Investitionen sowie die Entwicklung neuer Industrien und Technologien auf dem Kontinent geschaffen werden, was wiederum für neue Arbeitsplätze sorgen und den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft erleichtern würde.

Allerdings wurde ebenfalls deutlich, dass die afrikanischen Länder mögliche Auswirkungen auf die aktuellen Handelsbeziehungen mit Europa noch nicht vollumfänglich absehen können und folglich die Einführung von CBAM

nicht nur positiv gesehen wird. Gabriele Manguela vom Zentrum für Demokratie und Entwicklung aus Mosambik gab zu bedenken, dass aktuell bestehende Produktionskapazitäten in Afrika relativ kohlenstoffintensiv seien und Mosambik der Grenzausgleich besonders hart treffe. Theoretisch könnten die Kosten für Aluminiumexporte in die EU um 39 Prozent erhöht werden, was einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts des südafrikanischen Landes zur Folge hätte, berichtete Manguela.

Während der afrikanische Markt für europäische Produkte keine hohe Relevanz hat, ist die EU hingegen ein wichtiger Exportmarkt für Afrika und es entfallen beispielsweise 26 Prozent der afrikanischen Düngemittelausfuhren auf die EU. Durch die schwache Diversifizierung der afrikanischen Volkswirtschaften könnten einzelne Länder einen größeren Wettbewerbsschock erleiden als in anderen Weltregionen. Darüber hinaus wird die Etablierung von Kontrollinstanzen und Behörden, welche die GHG von Produkten ausweisen müssen, Kapazitäten und Kosten fordern, was die Wettbewerbsfähigkeit kurz- bis mittelfristig weiter verringern könnte.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass mehrere Länder die Einführung des CBAM skeptisch betrachten und diesen als Handelshemmnis empfinden. Die Konferenz „Energie, Handel und Klima“ der Konrad-Adenauer-Stiftung bot die Gelegenheit, die genannten Probleme offen und ehrlich zu diskutieren und Lösungsvorschläge aufzuzeigen: Damit der CBAM auch in Afrika eine positive Wirkung entfalten kann, ist es wichtig, dass afrikanische Partner stärker als bisher in einen Dialog über die möglichen mittelbaren und unmittelbaren, kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen des CBAM einbezogen werden. Die EU muss zudem sicherstellen, dass die betroffenen Akteure den Mechanismus verstehen und anwenden können. Dies beinhaltet Kapazitäts- und Wissenstransfer.

Afrikanische Länder haben sich zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens verpflichtet und ein eigenes Interesse daran, klimaschonende, neue Technologien zu verwenden. Die Erlöse aus dem CBAM könnten auch verwendet werden, afrikanische Volkswirtschaften bei diesem Unterfangen zu unterstützen. Jenseits von CBAM sollten Entwicklungspartner dazu bereit sein, über alternative und innovative Preismechanismen für Kohlenstoff nachzudenken, die im afrikanischen Kontext ebenfalls anwendbar sind.

3

FELLOW- SHIP 2023

„EUROPA MACHT MIR HOFFNUNG – UND DASS ES JETZT ÜBERHAUPT STAATLICHE ABKOMMEN GIBT“

Ein Interview mit der Meeresforscherin Prof. Dr. Antje Boetius über die Auswirkungen des Klimawandels in der Arktis und die nächsten Schritte zu mehr Klimaschutz.

— Geführt von Fabian Wagener



© Alfred-Wegener-Institut / Kerstin Rolfes

Das Fellowship der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgt das Ziel, eine Persönlichkeit mit ihrem Blick von außen in die Arbeit der Stiftung einzubinden. Erstmals bekleidete diese Rolle der Soziologe Prof. Dr. Armin Nassehi als Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung 2020/2021. Auf ihn folgte der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz und frühere Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen Prof. Dr. Christoph Heusgen.

Für das Fellowship 2022/2023 begleitete die Meeresforscherin und Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrums für Polar- und Meeresforschung Prof. Dr. Antje Boetius die Arbeit der Stiftung, mit einem Schwerpunkt auf Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung.

Frau Boetius, den Klimadaten zufolge stieg die Temperatur in der Arktis in den letzten 40 Jahren deutlich stärker als im weltweiten Durchschnitt. Sie haben in einem Interview mit den *Auslandsinformationen* zu Beginn Ihres Fellowships in der Konrad-Adenauer-Stiftung gesagt, man könne den Klimawandel in der Arktis mit bloßem Auge sehen. Was kann man da sehen?

Seit 30 Jahren erforsche ich die Folgen der Erwärmung rund um den Nordpol bis in die Tiefsee – bin also für diese Region „Augenzeugin“ des Wandels. Auf meiner ersten Arktisexpedition 1993 war das Meereis im Durchschnitt drei bis vier Meter dick und überlebte mehrere Sommer. Heute ist das mehrjährige Eis fast verschwunden, das neu gebildete Wintereis schafft es auf circa einen Meter Dicke, bis es im Sommer wieder schmilzt. Es ist jetzt also schon eine andere Arktis geworden – und wir sind erst bei 1,2 Grad globaler Erwärmung. Auch in der Antarktis sehen wir derzeit Rekorde beim Meereisschwund. Das Meereis ist ein wesentlicher Indikator des Zustands des Planeten, der zeigt, wie stark der Klimawandel schon gewirkt hat. Wir alle können heute übrigens einfach per Satellitenfernerkundung über Apps und Infoportale erfassen, wie weltweit die Gletscher zurückgehen, der Permafrost taut, die Küsten erodieren, das Meereis schwindet.

Was man aber nicht so einfach aus dem All sehen kann, sind die Folgen für das Leben – daher ist unsere Forschung so wichtig: Wir zeich-

nen die Veränderungen unter dem Eis bis in die Tiefsee auf. Und wir bringen die Erkenntnis in die gesellschaftliche Beratung ein, dass die Klimakrise ganze Netzwerke des Lebens gefährdet sowie für immer mehr Menschen eine Bedrohung ist und zum Verlust von Wohlstand und Freiheit führt.

Wenn Sie sich die Folgen des Klimawandels in der Arktis vor Augen führen, was erwarten Sie vor diesem Hintergrund von politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern? Was muss getan werden, um dem Klimawandel erfolgreich entgegenzutreten?

Kurz gesagt: Es müssen die politisch beschlossenen Pariser Klimaziele von deutlich unter 2 °C bis Ende des Jahrhunderts umgesetzt werden, zusammen mit den ebenso beschlossenen Zielen für den Schutz der Natur – auch weil die Natur einfach besser und günstiger CO₂ wieder aus der Atmosphäre holen kann als alle unsere technischen Lösungen. Die Europäische Union hat dazu einen großen Plan geschmiedet. Der Plan „Fit for 55“ besagt, dass wir die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen, um aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen auszusteigen und viel schneller auf regenerative Energien setzen sowie auf den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Der Emissionshandel, die CO₂-Bepreisung und Investitionen in Infrastrukturen in allen Sektoren, die uns Menschen betreffen, helfen uns, Energie einzusparen und die CO₂-Emission zu verringern. Zwar reicht dieser Plan



noch nicht, um die zunehmend schädlichen Rückkopplungsmechanismen einer wärmeren Erde auszuschalten – dafür müssten wir deutlich schneller global Klimaneutralität erreichen. Aber der europäische Plan trägt immerhin dazu bei, den Rahmen sozioökonomischer Entwicklung so zu setzen, dass mehr Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger mitmachen können, und dass auch die nötigen Investitionen in nachhaltige Technologien folgen, also auch Innovationsräume entstehen und nicht abgewürgt werden. Wir brauchen ihn auch, um die Anpassung hinzubekommen. Denn durch das Schmelzen der Kryosphäre, also des Vorkommens von Eis auf der Erde, kommen große Herausforderungen auf die Menschen zu. Um die zu vermeiden, hätten wir es schaffen müssen, bis Ende des Jahrhunderts bei 1,5° Celsius durchschnittlicher Erderwärmung zu bleiben.

Jetzt haben Sie 2 Grad und 1,5 Grad Erderwärmung angesprochen. Inwiefern unterscheidet sich die Arktis in einem globalen Plus-1,5-Grad-Szenario von der Arktis in einem globalen Plus-2-Grad-Szenario?

Die Wissenschaft hat auf verschiedenen Wegen ausgerechnet, was dieses halbe Grad globaler Erderwärmung mit Klima und Natur macht und wo es uns Menschen direkt betrifft in unserem Leben. Für das arktische Meereis kommt dabei heraus, dass wir vielleicht alle 40 Jahre einen eisfreien Sommer in der Arktis hätten, wenn wir die 1,5 Grad halten könnten. Wenn wir aber über zwei Grad kommen, würde das zu einem eisfreien Sommer alle vier bis fünf Jahre führen, schon ab Mitte des Jahrhunderts. Das bedeutet den unwiederbringlichen Verlust von arktischem Leben, denn so vieles ist an das Meereis gebunden – Algen, Fische, Krebse, Robben und Wale –, auch menschliche Kulturen wie die der Inuit. Es bedeutet aber auch den Verlust der Gletscher an Land, in den Bergregionen und damit den Verlust der Wasserversorgung für Milliarden von Menschen. Es bedeutet einen langfristigen Meeresspiegelanstieg, der viele Menschen vertreiben wird und der es sehr teuer macht, eine Anpassung mit Deichen und Umsiedlungen zu erreichen. Das kann ja niemand wollen, und doch: 1,5° Celsius halten bedeutet, dass die Akkumulation von CO₂ in der Atmosphäre aus den aktuellen globalen Emissionen von circa 40 Gigatonnen pro Jahr schon in wenigen Jahren enden müsste. Aktuell sieht es nicht so aus, als würden wir das in diesem Jahrhundert schaffen.

Wenn Sie jetzt auf die schwerwiegenden Konsequenzen und Folgen verweisen: Was sind Dinge, die Ihnen Hoffnung machen, dass wir diese Menschheitsaufgabe tatsächlich meistern?

Mir macht Hoffnung, dass es jetzt überhaupt internationale staatliche Abkommen gibt, sowohl für das Klima als auch für die Biodiversität und den Meeresschutz. Das ist das erste Mal in der Geschichte der Menschheit. Und wir sind die erste Generation, die erleben wird, dass der Verbrauch fossiler Energie nicht steigen, sondern sinken wird, weil andere Energieformen günstiger werden. Vielleicht sind wir auch noch die erste Generation, die einen weltweit wirksamen Schutz von Meeren und Urwäldern miterlebt. Hoffnung macht mir also, dass nun supranational der Rahmen gebaut ist für den Schutz unserer globalen Gemeingüter, und dass immer mehr Nationen das auch gesetzlich verankern. Beim Umsetzen der Ziele gibt es noch viele Probleme, nämlich dass ein riesiger Teil der Menschheit überhaupt noch gar nicht an die Ressourcen herangekommen ist, die wir in Europa und Nordamerika seit Langem verbrauchen. Wir haben eine große Ungleichheit auf der Erde und die braucht Lösungen. Und auch bei uns in Deutschland: Umfragen zeigen ja, welche großen Mehrheiten wirksamer Klimaschutz hinter sich versammelt – er braucht aber die faire Beteiligung. Es darf nicht dazu führen, dass die, die den kleinsten ökologischen Fußabdruck haben, die größten Belastungen tragen. Mir macht also Hoffnung, wenn staatliche Abkommen zum Klimaschutz mit wirtschaftlichem und sozialem Wandel einhergehen. Dazu gehört, dass wir im europäischen Raum offensichtlich einen starken Zusammenhalt haben, den wir weiter pflegen müssen, und dass in China und Indien zunehmend die regenerativen Energien zur Erfolgsgeschichte werden, mit deutlich schnelleren Wachstumsraten. Das macht doch Mut – trotz der schlechten Nachrichten aus der Welt des Eises im Jahr 2023.

Mehr zum Thema:

KAS Fellowship:
kas.de/de/kas-fellowship

Podcast-Interview mit Prof. Dr. Antje Boetius:
bit.ly/3SATGVX

4

BERICHT AUS DEN HAUPTTAB- TEILUNGEN



GESCHICHTSBEWUSST — DAS NEUE PUBLIC- HISTORY-PORTAL DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG

— Von Christine Bach und Stefan Stahlberg

Fachlich fundiert und verständlich formuliert: Mit regelmäßigen Beiträgen zu aktuellen Themen und zeithistorischen Debatten fördern wir auf dem neuen Portal den öffentlichen Diskurs und das Geschichtsbewusstsein.

„Ohne das Wissen um die totalitäre Versuchung, ohne die Erinnerung an Schuld und moralisches Versagen sowie an die beispiellosen Schrecken, die daraus erwachsen, lässt sich die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht verstehen.“

Helmut Kohl bei der feierlichen Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland am 14. Juni 1994 in Bonn.

Helmut Kohl, selbst Historiker, wusste um die Bedeutung von Geschichte für die Identität von Nationen. Neben Heinrich Krone und Bruno Heck zählte Kohl zu den Initiatoren des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, das 1976 seine Arbeit aufnahm. „Geschichtsbewusst“, das neue Public-History-Portal, das die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 2023 gestartet hat, ist das jüngste „Kind“ des Archivs und dem Auftrag verpflichtet, die Werte der Christlichen Demokratie immer wieder in Erinnerung zu rufen und lebendig zu halten. Dies geschieht auf dem Weg der Beschäftigung mit historischen Ereignissen und den historischen Hintergründen aktueller Entwicklungen. Mit der Etablierung der multimedialen Onlineplattform reagieren wir nicht zuletzt auf die vielfältigen nationalen und internationalen Krisen der letzten Jahre, die stets mit einem großen Bedürfnis nach historischer Analyse und Aufklärung einhergingen. Denn um Ereignisse und Entwicklungen politisch einzuordnen und um in der Gegenwart sinnvolle und wertgebundene Positionen sowie Lösungsansätze zu entwickeln, ist die Beschäftigung mit der Geschichte nötiger denn je.

Vier Schwerpunkte waren es, die wir 2023 auf „Geschichtsbewusst“ in den Fokus gestellt haben. Neben der Krise der Weimarer Republik vor 100 Jahren und den

historischen Aspekten von Identitätspolitik war dies die Erinnerung an *den* positiven Bezugspunkt der deutschen Freiheitsgeschichte, die Revolution 1848/49. Damals erfasste eine von Frankreich ausgehende revolutionäre Welle die Staaten Europas und führte in den deutschen Ländern dazu, dass das sogenannte Paulskirchenparlament im Mai 1848 zusammentrat und die erste gesamtdeutsche Verfassung erarbeitete. In den Monaten von Mai 1848 bis Mai 1849 wurden in der Frankfurter Paulskirche die Grundlagen für die parlamentarische Kultur geschaffen, wie sie bis heute in der Bundesrepublik praktiziert werden. Besonders groß war der Einfluss der Paulskirche, so die Historikerin Prof. Dr. Monika Wienfort in einem Essay, auf die deutsche Verfassungsgeschichte, denn „mit seinem Grundrechtskatalog“ bezog sich das 1849 verkündete Grundgesetz auf universelle Menschenrechte und die Tradition der Frankfurter Nationalversammlung. In einem Video zeigen wir, wie es dazu kam, dass die Farben der Paulskirche Schwarz-Rot-Gold waren und was dies mit der deutschen Nationalbewegung und der heutigen Flagge der Bundesrepublik Deutschland zu tun hat.

Historische Aspekte von Antisemitismus und die Erinnerung an den Holocaust haben wir im Herbst 2023 nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel in den Mittelpunkt unserer Arbeit gerückt. Ein Ziel dabei ist auch die Vernetzung und Kooperation mit Institutionen sowie Autorinnen und Autoren, die unsere Arbeit mit ihrer Expertise bereichern und die im öffentlichen Diskurs für Werte einstehen, die wir teilen. Wenige Tage nach dem 7. Oktober kam es so zu einer Zusammenarbeit mit dem Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn, der insistiert, dass Deutsche und Jüdinnen und Juden aus der gemeinsamen Geschichte zwar jeweils die für sie vermeintlich „richtigen“ Schlüsse gezogen haben, dass diese Konsequenzen aus der Vergangenheit heute jedoch ein Hindernis bei der gegenseitigen Verständigung sind. Den Forschungsstand zu den Novemberpogromen 1938 im Deutschen Reich erläuterte anlässlich des 85. Jahrestags der Ereignisse Prof. Dr. Andrea Löw vom Zentrum für Holocaustforschung des Instituts für Zeitgeschichte. Mit den Beiträgen und Analysen zu den Themen „Antisemitismus und Erinnerung an den Holocaust“ auf „Geschichtsbewusst“ wollen wir den Gedanken der historischen Verantwortung Deutschlands für Israel und jüdisches Leben stärken und dies auch im kommenden Jahr weiter tun.

Mehr zum Thema:

Geschichtsbewusst:
kas.de/geschichtsbewusst

Woher die Farben der deutschen Flagge kommen:
bit.ly/3u6CXMf

ZWISCHEN ERNST UND HUMOR

KONRAD ADENAUER IM SPIEGEL DER KARIKATUREN

— Geführt von Christiane Stahr



Ein Interview mit
Matthias Krüger,
Referent
Medienanalyse
und -archiv.



Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) hat 2018/2019 eine größere Sammlung zeitgenössischer Adenauer-Karikaturen des Künstlers Wilhelm Hartung erworben, der von 1957 bis 1975 für die Tageszeitung *Die Welt* tätig war. Nun ist daraus der Bildband *Adenauer-Karikaturen von Wilhelm Hartung* entstanden.

Im Interview beleuchtet Matthias Krüger, Bearbeiter des Bandes und Referent der Abteilung Medienanalyse und -archiv, die Qualitäten dieses außergewöhnlichen Bestandes.

Was zeichnet Ihrer Meinung nach, Herr Krüger, den besonderen Stil von Hartungs Karikaturen aus?

Für mich ist Wilhelm Hartung ein auch in künstlerischer Hinsicht herausragender Zeichner, der einen unverwechselbaren Stil entwickelt hat. Eine Karikatur von ihm erkennt man auf den ersten Blick – auch ohne Signatur! Sein Strich wirkt heiter und beschwingt, die dargestellten Szenen haben zumeist etwas Idyllisches, fast wie bei Wilhelm Busch, einem seiner Vorbilder. Die scheinbare Beschaulichkeit seiner Zeichnungen verdeckt gleichwohl nicht die mitunter harte politische Aussage dahinter. Konrad Adenauer als Objekt seiner Karikaturen behandelte Hartung dabei stets mit augenzwinkernder Verehrung. Böartige Kritik an dessen Person wird man bei ihm vergebens suchen.

Auf einer Karikatur sieht man Adenauer, wie er sich auf einen Besuch beim „russischen Bären“ vorbereitet, auf einer anderen, wie er als erschöpfter Hürdenläufer auf dem Siegerpodest sitzt und mit sorgenvoller Miene an Europa (als Jungfrau auf dem Stier) denkt. Hat Sie diese Aktualität – angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine oder der europäischen Zerrissenheit in verschiedenen Fragen – überrascht?

Ehrlich gesagt ja, aber auch gefreut. Ernst Maria Lang, von 1947 bis 2003 Karikaturist bei der *Süddeutschen Zeitung*, hat die politische Karikatur einmal als „amüsante Konzentration des Tagesgeschehens“ charakterisiert. Aus dieser Definition folgt freilich auch: Wenn Karikaturen viele Jahrzehnte nach ihrer Entstehung noch einmal veröffentlicht werden, dann sind sie für das heutige Publikum nicht mehr so ohne Weiteres verständlich. In jedem Fall bedürfen sie der Erklärung und der historischen Einordnung. Was für ein Glück, wenn zumindest einzelne Zeichnungen unter veränderten politischen Voraussetzungen plötzlich wieder aktuell werden! Ein Bundeskanzler in Gestalt von Rotkäppchen, das im dunklen Wald mit seinem NATO-Körbchen und einer Flasche „Wehrmut“ für die hilfsbedürftige Großmutter auf den „bösen russischen Wolf“ trifft, funktioniert als Karikatur sicherlich auch mit Blick auf die 2022 verkündete „Zeitenwende“. Darüber hinaus kann die neue Aktualität dieser Darstellung dahingehend gedeutet werden, dass sich die damals zielstrebig verfolgte Politik Adenauers einer konsequenten Westbindung Deutschlands letztlich als der

richtige Weg erwiesen hat, und belegt daher im Nachhinein dessen staatsmännische Weitsicht.

Adenauer hatte eine gute, zumeist entspannte Beziehung zu seinen Karikaturisten, die von gegenseitiger persönlicher Wertschätzung geprägt war. Vor seinem Rücktritt als Bundeskanzler lud er am 2. Oktober 1963 sogar fünf von ihnen ins Palais Schaumburg ein und saß ihnen während der Vorbereitungen zu einer Fernsehaufzeichnung Modell. Denken Sie, dass so etwas heutzutage überhaupt noch möglich wäre?

Ich glaube nicht. Zwei Gründe fallen mir dafür ein. Zum einen hat sich der Stellenwert der Karikatur insofern stark verändert, als sie in Politik und Medien erkennbar an Bedeutung eingebüßt hat. Dass eine Karikatur auf der ersten Seite einer Tageszeitung abgedruckt wird, kommt so gut wie nicht mehr vor. Festangestellte Hauszeichner gehören der Vergangenheit an. Vielfach sind die gezeichneten Kommentare sogar ganz gestrichen worden. Bei Leserinnen und Lesern, bei Social Media, bei Ausstellungen und Preisverleihungen sind Karikaturen indes nach wie vor sehr beliebt. Doch scheint die persönliche Nähe der Zeichnerinnen und Zeichner zur Politik beziehungsweise zu den von ihnen karikierten Persönlichkeiten verschwunden.

Zum anderen sind Porträtsitzungen von Politikerinnen und Politikern für Karikaturen heute eingedenk der täglichen Bilderflut insbesondere aus dem Internet wohl auch nicht mehr nötig. Vorlagen sind gleichsam überall und jederzeit verfügbar, was wiederum den Zeichnerinnen und Zeichnern hilft, Distanz zu wahren und ihre Kritik ebenso treffsicher wie gnadenlos mit Stift, Feder und Tablet ins Bild zu setzen.

Im Übrigen ist nur für Konrad Adenauer als Bundeskanzler (einmalig) belegt, dass er einigen Karikaturisten Modell gesessen hat. Wie wichtig ihm die Darstellung seiner Person und Politik in der Karikatur war, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung alle kritischen Grafiken von ihm sammelte, eine Auswahl davon in seine tägliche Pressemappe legte und ihm auch in den Urlaub nachschickte.

Mehr zum Thema:

kas.de/publikation-adenauer-karikaturen

CHANGEN- ZEIT 2023

EIN JAHR DES ENGAGEMENTS UND DER GEMEINSCHAFT

— Von Natalie Klauser und Carolin Unger



Die „ChancenZeit“-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung ermöglichte eine neue Form des jugendlichen Engagements und politischen Dialogs in ganz Deutschland. In „World-Cafés“ und „Landeshauptstadtforen“ entfalteten sich lebendige Diskussionen über den Vorschlag eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres.

In der alten Lokhalle in Mainz war auf den ersten Blick klar, worum es gehen sollte. Eine der ersten Diskussionsveranstaltungen der „ChancenZeit“-Kampagne 2023 beeindruckte mit großer Bühne neben einem Rettungswagen des Deutschen Roten Kreuzes. Hier trafen junge Menschen auf erfahrene Politikerinnen und Politiker, wie die ehemalige CDU-Bundesvorsitzende und Verteidigungsministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer, um intensiv über ein Thema zu diskutieren, das in der deutschen Gesellschaft aktuell viel Aufmerksamkeit erregt – die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres. In 13 Bundesländern brachte die Konrad-Adenauer-Stiftung bei insgesamt 36 Veranstaltungen knapp 2.000 Menschen zusammen, um ergebnisoffen zu diskutieren, wie vor allem Jugendliche in ganz Deutschland zum Dienst für die Gesellschaft stehen.

In vielen Städten Deutschlands entstanden Dialogräume in Form von politischen „Landeshauptstadtforen“ und offenen „World-Cafés“. Die Jugendherberge in Düsseldorf verwandelte sich ebenso in ein Diskussionszentrum wie der Festsaal des Stadtmuseums in Dresden. Bundesweit wurden lebhaftes Gespräche über die Zukunft von Freiwilligendiensten, Bundeswehr und gesellschaftlichem Zusammenhalt geführt. Die interaktiven „World-Café“-Formate ermöglichten es vor allem jungen Menschen, ihre Ideen und Meinungen auszutauschen. Auf diese Weise entstand ein tieferes gegenseitiges Verständnis für die verschiedenen Perspektiven und die Bedeutung eines Gesellschaftsjahres. Die Meinungen der jungen Menschen wurden durch eine anonyme Stimmabfrage im Anschluss an jedes „World-Café“ festgehalten.

Die „Landeshauptstadtforen“ fanden in den Landeshauptstädten statt. An ihnen wirkten eine Vielzahl von Vertreterinnen und Vertretern der Bundeswehr, Politik, Wissenschaft, FSJ-Einsatzstellen und ehemalige FSJlerinnen und FSJler mit. Diese Podiumsveranstaltungen, bei denen auch interessierte Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung teilten, ermöglichten es, das Thema Gesellschaftsjahr aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und eine offene sowie kritische Debatte zu führen. Ein besonderer Fokus der Diskussionen lag auf der Zugänglichkeit der Freiwilligendienste und den Möglichkeiten, bestehende Infrastrukturen auszubauen. Ebenso entbrannten lebhaftes Diskussionen darüber, ob ein Gesellschaftsjahr freiwillig oder verpflichtend sein sollte. Als zentrale Ergebnisse der Kampagne wurden die folgenden Erkenntnisse gewonnen:

Bewusstsein und Zugänglichkeit: Die Kampagne zeigte, dass viele Jugendliche sich der Möglichkeiten von Freiwilligendiensten nicht bewusst sind. Es wurde die Notwendigkeit betont, mehr Informationen in Schulen bereitzustellen und insbesondere sozial und finanziell schlechter gestellten Jugendlichen Zugang zu diesen Angeboten zu verschaffen.

Positive Aufnahme des Begriffs: Der „ChancenZeit“-Begriff fand Anklang bei Jugendlichen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Freiwilligendienstpraxis sowie der Bundeswehr, da er den individuellen Mehrwert und die Entwicklungsmöglichkeiten im Dienst an der Gesellschaft betont.

Freiwilligkeit versus Verpflichtung: Die Meinungen zur Verpflichtung waren geteilt. Die Bedeutung des Dienstes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die persönliche Entwicklung junger Menschen wurden hervorgehoben.

Umsetzungs- und Finanzierungsfragen: Diskutiert wurden auch die Finanzierung und die rechtlichen Hürden eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes. Die Notwendigkeit einer besseren Vergütung und zusätzlicher Unterstützung für die Dienstleistenden wurde hervorgehoben.

Der JugendpolitikTag beim „Tag der KAS“ war ein weiteres Highlight der Kampagne. Jugendliche aus ganz Deutschland kamen zusammen, um mit prominenten Gästinnen und Gästen wie Friedrich Merz, Dr. Carsten Linnemann und Wiebke Hönicke (alias Wiebke Herzchen, Bundeswehr-Influencerin) über ihre Erfahrungen und Ideen zu sprechen. Dieses Ereignis war ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Jugendliche mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den Austausch treten und an der politischen Diskussion mitwirken können.

Die „ChancenZeit“-Kampagne zeichnete sich durch ihre abteilungsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Konrad-Adenauer-Stiftung aus. Diese Kooperation ermöglichte eine interdisziplinäre Herangehensweise an das Thema und die Einbeziehung verschiedener Ideen und Expertisen in die Umsetzung der Kampagne.

Mehr zum Thema:

ChancenZeit:
kas.de/chancenzeit



RELAUNCH ADENAUER CAMPUS

— Von Friederike Aps

Der Adenauer Campus hat eine neue Webseite. Die Lerninhalte werden mit neuen Ansätzen und einer zielgruppengerechteren Gestaltung dargestellt. Im Mittelpunkt stehen innovative Lernformate. Besonders interaktiv und spannend ist der „Fake Hunter“ – ein digitaler Escape Room zum Thema Fake News.

Fake News: Dieses Thema ist aktueller denn je und wird auch in den Klassenräumen der Republik intensiv diskutiert. Aus diesem Grund hat der Adenauer Campus, die digitale Lernplattform der Konrad-Adenauer-Stiftung, ein digitales Lernspiel zu diesem Thema herausgebracht. Das Spiel ist ein virtueller Trainingsraum, in dem Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Stationen lernen können, wie man Fake News erkennt. Dadurch nähern sie sich spielerisch dem Thema. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlüpfen im Spiel in die Rolle eines Fake Hunters. Wenn sie es schaffen, die Fakes erfolgreich zu jagen, erhalten sie als Belohnung die „Rüstung der Wahrheit“ – ein 3D-Modell in den Farben des Adenauer Campus. Die Rüstung können sich Nutzerinnen und Nutzer via Smartphone in ihre Umgebung stellen. Auf diese Weise kommen Schülerinnen und Schüler auf interaktive Weise mit Augmented-Reality-Elementen in Berührung.

Für den Relaunch der Webseite im Jahr 2023 hat sich der Adenauer Campus intensiv mit den Zielgruppen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie politisch Interessierte auseinandergesetzt und deren Bedarfe analysiert. Dahingehend wurde ein neuer Ansatz für die Lernmodule entwickelt und die Marke „Adenauer Campus“ mit einer eigenen, frischen und modernen Farbgebung gestärkt. Besonders wichtig war dabei ein klares, übersichtliches Design, das die Inhalte unterstreicht. Der Adenauer Campus hat sich zum Ziel gesetzt, mit den spezifischen Inhalten direkt auf die jeweilige Zielgruppe einzugehen. Aus diesem Grund wird die Seite in die drei Bereiche Lernen, Lehren und Politik gestalten unterteilt.

Statt großer Themenmodule will der Adenauer Campus sich konkreter am Unterricht orientieren und seine Inhalte, gebündelt in übersichtlichen Themenverbänden, darstellen. Dies macht die Angebote für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer relevanter und anwendbarer. Auf den Übersichtsseiten werden deshalb die Lernziele der Module verdeutlicht. Folgende spannende Module gibt es bereits:

Das **Modul Soziale Marktwirtschaft** wurde umfassend überarbeitet und bietet viele interaktive Formate zum Vertiefen der Inhalte und Anschauungsmaterial für Schülerinnen und Schüler sowie Unterrichtsentwürfe für Lehrkräfte. Hierbei docken die interaktiven Übungen an aktuelle und praxisnahe Themen an. Eine visuelle Aufbereitung hilft, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen.

Ebenfalls für den Unterricht spannend sind die **virtuellen Stadtrundgänge** in Berlin auf dem Adenauer Campus. Hier haben Interessierte die Möglichkeit, sich mit dem historischen Berlin auseinanderzusetzen. Lehrkräfte können dies im Unterricht einbinden, um dieses Thema visuell zu verdeutlichen. Die Tour zum Thema Kalter Krieg zeigt beispielsweise, an welchen Orten Spionageaktionen in Berlin stattfanden oder betrachtet Architektur im Kontext des Kalten Krieges.

Eines der Kernmodule des Adenauer Campus ist das **DDR-Tutorium**, das sich auch auf der Webseite mit neuem Bildmaterial wiederfindet. Unser Ziel für 2024 ist, das Thema noch greifbarer zu machen und Schülerinnen und Schülern näherzubringen sowie noch passgenauer auf die Bedarfe für den Unterricht einzugehen. In diesem Sinne wird der Adenauer Campus viele weitere Themen aufbereiten und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen sowie digital-innovative Projekte verwirklichen.

Im Bereich „Politik gestalten“ findet man den **Politsnack – der Kampagnenblog** im neuen Design. Hier lernen engagierte Politikerinnen und Politiker in Blogbeiträgen und Videointerviews, wie sie ihre politischen Anliegen effizienter kommunizieren können.

Mehr zum Thema:

Adenauer Campus:
adenauercampus.de/





DIE REPUBLIK MOLDAU: ENTSCHLOSSEN AUF KURS IN DIE EUROPÄISCHE UNION

— Von Katja Plate

Im November 2023 empfahl die EU-Kommission die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die EU-Integration des Landes bereits seit mehr als 15 Jahren.

2007 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Länderbüro Rumänien begonnen, erste Bildungs- und Beratungsveranstaltungen in der Republik Moldau durchzuführen. 2009 startete die Stiftung ein eigenes Programm für die Republik Moldau und eröffnete ein Büro in Chişinău. Der jeweilige Leiter des Länderbüros Rumänien verantwortete auch die Arbeit in der Republik Moldau. Im April 2023 übernahm mit Dr. Brigitta Triebel erstmals eine eigens für die Republik Moldau entsandte Auslandsmitarbeiterin den Staffelposten. Warum?

Der Annäherungsprozess der Republik Moldau an die EU war zunächst von schwierigen Rahmenbedingungen und problematischen politischen Akteuren geprägt. Wichtig war hier das Format der Östlichen Partnerschaft. Im Juni 2014 unterzeichneten die Republik Moldau und die EU ein Assoziierungsabkommen, das seit Juli 2016 in vollem Umfang in Kraft ist. Die vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) war integraler Bestandteil des Abkommens. So wurden Zölle gesenkt, Zollverfahren effizienter gemacht und der Handel durch die Angleichung moldauischer Rechtsvorschriften an die der EU gestärkt.

Nachdem 2020 mit Maia Sandu eine klar proeuropäische Präsidentin gewählt wurde und in den Parlamentswahlen von 2021 die proeuropäische PAS-Partei die absolute Mehrheit errang, war absehbar, dass sich die Annäherung an die EU deutlich intensivieren und beschleunigen würde. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die daraus resultierende Befürchtung, dass Russland auch die internationalen Grenzen der Republik Moldau nicht respektieren würde, führte dazu, dass die Republik Moldau bereits Anfang März 2022 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft einreichte. Bereits im Juni desselben Jahres wurde dem Land der Status eines EU-Beitrittskandidaten verliehen. Die Republik Moldau hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 der EU beizutreten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Republik Moldau mit voller Kraft auf ihrem Weg in die Europäische Union. Der Beitritt liegt sowohl im Interesse der Republik Moldau als auch im Interesse der EU. Für das kleine Land im Süden Osteuropas bringt eine EU-Mitgliedschaft mehr Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand. Die EU kann der Republik Moldau helfen, die notwendige Reformagenda umzusetzen, die Korruption zu bekämpfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern sowie die Energieversorgung weiter zu diversifizieren und für die Bürgerinnen und Bürger erschwinglicher zu gestalten. Die EU kann auch einen wesentlichen Beitrag zur friedlichen Reintegration der Region Transnistrien leisten, die seit 1992 unter russischer Kontrolle steht.

Für die EU hingegen bietet die EU-Mitgliedschaft der Republik Moldau die Chance, ihre Werte, Normen und Interessen in Osteuropa zu festigen – gerade in einem Moment, in dem diese Werte, Normen und Interessen von der Russischen Föderation durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine negiert und missachtet werden. Auch die geografische Lage der Republik Moldau muss in Betracht gezogen werden: Würde sich dort wieder russischer

Einfluss verfestigen, wären Instabilität und eine hybride Bedrohung der europäischen Grenzen zu befürchten. Dies kann nicht im strategischen EU-Interesse sein.

Schätzungen zufolge verfügt bereits ungefähr die Hälfte der circa 2,5 Millionen moldauischen Bürgerinnen und Bürger über eine rumänische Doppelstaatsangehörigkeit und profitiert damit von der Freizügigkeit in der EU. Es ist daher im Falle eines Beitritts nicht mit starken Migrationseffekten zu rechnen. Stattdessen kann die EU im Rahmen des Beitrittsprozesses Unsicherheitsfaktoren im Bereich Korruption sowie des Menschen-, Waffen- und Drogenhandels besser kontrollieren und auch in den Bereichen Handel, Energie, Umwelt und Bildung regulierend wirken.

Die aktuelle Regierung zeigt eine sehr hohe Reformbereitschaft. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt diese nach Kräften mit Beraterinnen und Beratern, nationaler und internationaler Expertise sowie Studien und Umfragen. Aber auch Dialogprogramme, Fachkonferenzen, Workshops und Seminare fördern den EU-Beitrittsprozess. Doch es bleibt viel zu tun: Die Republik Moldau hat noch einen weiten Weg zu gehen, um beitragsbereit zu werden. Und die EU muss fit sein für ihre nächste Erweiterungsrunde. Wichtig ist jedoch: Die Republik Moldau ist ein Land mit europäischen Wurzeln, Werten und Ambitionen. Wie die moldauische Präsidentin Maia Sandu bei einer proeuropäischen Kundgebung in Chişinău im Mai 2023 sagte: „Unser Platz ist in der EU.“



Der Ministerpräsident der Republik Moldau, Dorin Recean, besuchte im September 2023 die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin und traf Prof. Dr. Norbert Lammert.

„WAS IM SAHEL PASSIERT, BETRIFFT UNS UNMITTELBAR“



Ein Interview mit Ulf Laessing,
dem Leiter des Regionalprogramms Sahel
der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Mali.

— Geführt von Fabian Wagener

Im Sahel fallen Regierungen wie Dominosteine, während sich Dschihadisten ausbreiten. Droht nach dem jüngsten Putsch in Niger nun endgültig Chaos in der Region?

Im Juli 2023 putschte in Niger das Militär. Es war ein weiterer Staatsstreich in der Sahelregion – nach Putschen in Mali und Burkina Faso in den Jahren zuvor. Niger war ein wichtiges Land für die hiesige Entwicklungszusammenarbeit und galt als zentraler Akteur für die Stabilisierung der Region. Gleitet der Sahel nun ins völlige Chaos ab? Der Putsch gegen Präsident Bazoum war ein Schock für Europa – Niger hatte dank westlicher Kooperationen anders als Mali und Burkina Faso Fortschritte bei der Bekämpfung von Dschihadisten gemacht. Seit dem Putsch hat sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert, da die Militärs damit beschäftigt sind, ihre Macht zu sichern. Dschihadisten werden dies ausnutzen, um die gesamte Sahelregion weiter zu destabilisieren.

Was sind die Ursachen für die verheerende Lage in der Region?

Die Regierungen im Sahel sind außerhalb der größeren Städte kaum präsent und nicht in der Lage, ihren Bevölkerungen grundlegende Dienstleistungen oder Perspektiven anzubieten. Ethnische Spannungen, Landnutzungskonflikte und Korruption verschärfen diese Situation weiter. Dazu kommt, dass die Eliten keinen politischen Willen zeigen, zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Länder beizutragen.

Welche Rolle spielen dschihadistische Gruppierungen mit Blick auf die Instabilität im Sahel?

Dschihadisten füllen das Vakuum eines kaum vorhandenen Staates. Sie wollen eine islamische Gesetzgebung einführen und bauen Parallelgesellschaften auf. So setzen sie zum Beispiel Gerichte auf Basis islamischer Gesetze ein, die drastische Strafen verhängen – die Regeln sind hier aber im Gegensatz zu staatlichen Gerichten in Mali klarer, wo der gewinnt, der am meisten Bestechungsgeld zahlt. Sie bieten auch Schutz gegen Übergriffe von staatlichen Sicherheitskräften. Viele Menschen wollen nichts mit der radikalen Religionsauslegung zu tun haben, akzeptieren diese aber als das kleinere Übel im Vergleich zu einem korrupten, abwesenden oder gewaltsam auftretenden Staat.

Warum gelingt es nicht, den dschihadistischen Terrorismus einzudämmen?

Dschihadisten haben viel Zulauf, weil Armut und Korruption weit verbreitet sind. Dazu kommt das weltweit schnellste Bevölkerungswachstum, das für immer mehr Verteilungskämpfe sorgt. Wegen der Instabilität gehen immer weniger Kinder zur Schule, es wächst eine ganze Generation junger Menschen ohne Perspektiven heran. Daher helfen auch rein militärische Lösungen nicht. Solange es Armut und Verzweiflung gibt, werden radikale Gruppen keine Probleme haben, Anhängerinnen und Anhänger zu rekrutieren.

Wie groß ist der Einfluss Russlands im Sahel?

Russland bietet seit Langem eine militärische Zusammenarbeit an, von Waffenlieferungen bis hin zu Verträgen mit Söldnern – Moskau kontrolliert etwa 50 Prozent des

„Dschihadisten füllen das Vakuum eines kaum vorhandenen Staates.“

Waffengeschäfts in Afrika. Neu ist eine massive Desinformationskampagne, um Frankreich und den Westen zu diskreditieren und sich selbst als den vermeintlich verlässlicheren Partner anzubieten. Viele Menschen fallen mangels Qualitätsmedien auf diese Narrative herein. Die Europäer haben zu lange den Fehler gemacht, diese Strategie Russlands zu ignorieren, die den Sahel vor allem als geopolitisches Spielfeld sieht.

Können Deutschland und Europa etwas tun, um die Situation in der Region zu stabilisieren?

Europa sollte weiter im Sahel engagiert bleiben und auch mit Militärregierungen wie in Niger reden. Was im Sahel passiert, betrifft uns unmittelbar – die Hauptmigrationsroute zum Mittelmeer führt durch die Region. Deutschland sollte sich von Frankreich emanzipieren, das bislang die EU-Politik in der Region dominiert hat, jetzt aber zu unbeliebt ist, um weiterhin eine Rolle zu spielen. Ich treffe andauernd Menschen, die mir sagen, sie hoffen auf eine Führungsrolle Berlins. Wenn Europa sich zurückzieht, wird Russland dies ausnutzen. Und wir müssen gegen die russische Desinformation vorgehen.

Sie sind ein viel gefragter Gesprächspartner in den Medien. Würden Sie das als Ihr Hauptaufgabenfeld betrachten? Oder anders gefragt: Wie definieren Sie Ihre Rolle als Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Sahelregion?

Ein Mehrwert des Programms liegt sicher darin, unsere politischen Netzwerke sowie die Öffentlichkeit über den Sahelkonflikt zu informieren. Ich gebe regelmäßig Interviews für deutsche und ausländische Medien, vom *Tagesspiegel* bis zur *New York Times*. Darüber hinaus werde ich für Briefings angefragt, als Sachverständiger im Bundestag, für NATO-Botschaften oder Führungskräfte der Deutschen Bank.

Die Projektarbeit leidet unter den sich verschlechternden Rahmenbedingungen. Trotzdem machen viele Veranstaltungen Sinn, wie etwa der Maghreb-Sahel-Dialog. Beide Regionen sind eng miteinander verbunden, es gibt aber kaum Austausch. Dazu ist die Konrad-Adenauer-Stiftung häufig die einzige Stiftung, die in Ländern wie dem Tschad oder Burkina Faso mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet.

DER GEORGISCHE GEIST UND DIE EUROPÄISCHE IDEE

EIN STIPENDIAT UND EINE STIPENDIATIN ÜBER DIE PERSPEKTIVEN GEORGIENS MIT BLICK AUF DIE EU

— Geführt von Marcus Schoft

Zehntausende feiern in Georgien und schwenken Europafahnen. So die Meldung im Dezember, nachdem die Staats- und Regierungschefs der EU das Land zum Beitrittskandidaten gemacht haben.

Doch was bedeutet dieser Schritt für den Kaukasusstaat? Das Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ bereiste im Sommer 2023 Georgien. Mario Schäfer, Kollegiat im Promotionskolleg, und die Promotionsstipendiatin Nino Apciauri über das Land, die Leute und ihre Hoffnungen.



Die Georgierin Nino Apciauri ist Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und promoviert in Deutschland.



Mario Schäfer ist Stipendiat im Promotionskolleg.

Lieber Mario, als Stipendiat im Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ haben Sie im vergangenen Jahr Georgien bereist. Wie lief die Reise ab und welche Begegnungen haben Sie gemacht?

Es war eine spannende Erfahrung, vor allem durch die Begegnung mit den vielen Menschen vor Ort. Das Auslandsbüro organisierte ein vielseitiges Programm. Wir sprachen mit vielen Expertinnen und Experten, sei es von der NATO, von der Bundeswehr oder auch mit dem deutschen Botschafter. Eine Sur-Place-Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung führte uns durch die Gassen der Altstadt von Tbilissi. Im georgischen Parlament spürten wir der georgischen Geschichte nach und konnten einen Hauch der georgischen Sowjetzeit erhaschen. Dort sprachen wir mit einer Vertreterin der „Reformgruppe“ zu den aktuellen Herausforderungen Georgiens. Auch ein Besuch der Demarkationslinie zu Südossetien gehörte zu unserem Programm sowie viele weitere Treffen, die ich hier gar nicht alle aufzählen kann.

Wie haben Sie das Land wahrgenommen?

Georgien präsentierte sich als unabhängiger Staat, dessen enge Beziehungen zu Russland weiterwirken. Die Bevölkerung spricht neben Georgisch tendenziell mehr Russisch als Englisch, auch wenn der Wandel gerade durch die jüngeren Generationen bereits einzieht. Die Präsenz der europäischen Idee in Form von Flaggen, Graffiti und Bauwerken mit europäischen Emblemen drückt sich im gesamten Stadtgebiet von Tbilissi aus. Die Zivilbevölkerung engagiert sich bei groben Verstößen gegen die europäische Orientierung oder die demokratische Entwicklung des Landes. Nicht vergessen werden sollte hier, dass die Bevölkerung außerhalb des Zentrums über politische Beziehungen deutlich unbestimmter ist.

Liebe Nino, Sie sind seit sechs Jahren in Deutschland. Wie wird Georgien hier in Deutschland wahrgenommen?

Richtig, ich bin seit 2017 in Heidelberg. Die Tatsache, dass ich als orthodoxe Christin an der Fakultät für Evangelische Theologie promoviere, hat die Suche nach meinem eigenen Ort in der neuen Gesellschaft deutlich geprägt. Meine Herkunft und die orthodox-christliche Tradition wurden in den Gesprächen immer in Verbindung miteinander thematisiert.

Die westliche Kultur weiß leider wenig über das orthodoxe Christentum oder über Georgien. Die Menschen haben oft mythologisierte Vorurteile über das orthodoxe Christentum. Und wenn es um Georgien geht, sind die westlichen Kenntnisse noch sehr von den sowjetischen Assoziationen geprägt. Viele denken, dass die georgische Sprache ähnlich der russischen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben sogar ein eigenes Alphabet. Ich sehe vor allem meine Generation in der Verantwortung: Wir müssen uns darum kümmern, den georgischen Geist unserer europäischen Familie näherzubringen.

Was heißt es für Sie, Georgierin zu sein?

Mir als Georgierin sind vor allem drei Identitätsmerkmale bewusst: die Sprache, der Glaube und das eigene Land. Diese Merkmale sind im Bewusstsein des georgischen Volkes auch generell tief verankert. Sie prägen unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft seit dem ersten Jahrtausend. Und sind damit auch ganz unabhängig von den russischen Traditionen zu sehen.

Mit Blick auf die EU betone ich immer wieder, dass vor allem das christliche Selbstverständnis ein klares Argument für die europäische Integration ist. Wir Georgierinnen und Georgier streben seit jeher nach Freiheit, mit einer opferbereiten Verteidigung des orthodoxen Christentums und der damit verbundenen Nächstenliebe. Genau dieses Streben sollte für die EU eine klare Botschaft sein.

Lieber Mario, wie haben Sie die Georgierinnen und Georgier wahrgenommen?

Ich kann diesen Eindruck nur bestätigen. Die Georgierinnen und Georgier waren uns gegenüber außerordentlich aufgeschlossen. Sie lieben es, ihr Land und ihre Kultur zu zeigen. Sie schwärmen von den Bergen, dem Wein und dem pazifistischen Selbstverständnis des Landes. Georgierinnen und Georgier zeigen sich stolz als Bewohnerinnen und Bewohner der Kaukasusrepublik. Zugleich bezeugen sie eine große Demut, da sie um ihren Status als kleines Land in der Welt wissen. Beeindruckt hat mich auch, wie viele Georgierinnen und Georgier sich mit der Ukraine solidarisieren. An jeder Straßenecke weisen Graffiti darauf hin: Ukraine = Georgien.

Liebe Nino, was wünschen Sie sich für die Zukunft Ihres Landes?

Diese Frage habe ich auch in meinem Freundeskreis gestellt. Wir waren uns in dem Wunsch einig, dass wir uns als europäische Kultur darstellen und dass wir als solche gehört und verstanden werden wollen. Ein weiteres Thema, das wir nicht vergessen dürfen, ist die russische Okkupation der georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali. Die Gebiete sind schon seit dem Zerfall der Sowjetunion zu Werkzeugen im russischen Machtkampf geworden. Der allererste Wunsch jeder Georgierin beziehungsweise jedes Georgiers ist die friedliche Lösung dieses Konflikts und die Befreiung sowohl der georgischen Regionen von der russischen Okkupation als auch des georgischen Geistes von den gruseligen Erfahrungen der Abhängigkeit und russischen Gewalt.

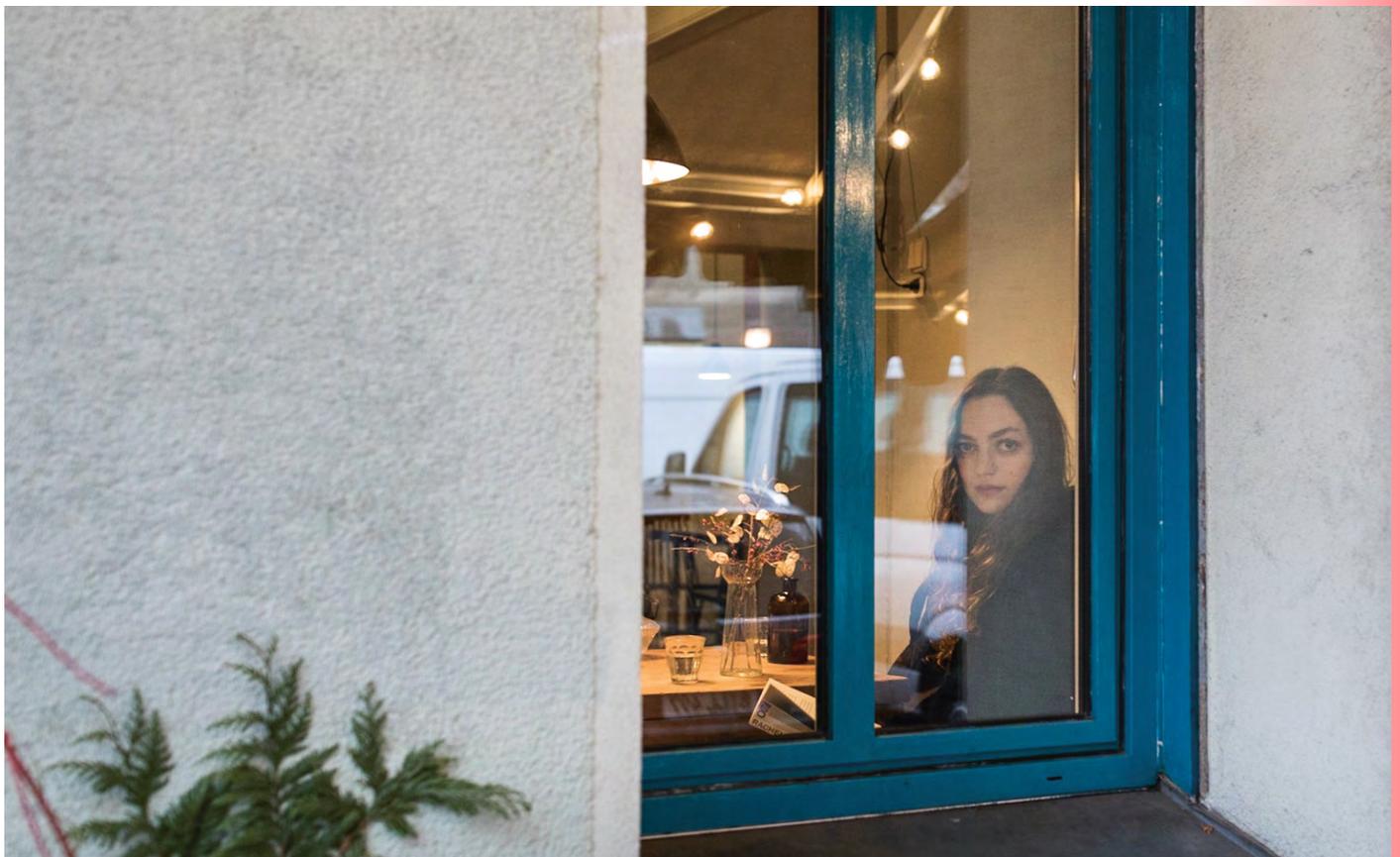
Lieber Mario, was empfehlen Sie Menschen, die Georgien bereisen möchten?

Das Land ist wahnsinnig vielseitig. Das Wichtigste ist aber wohl, sich Zeit zu nehmen. Während nämlich die landschaftliche Schönheit unmittelbar verzaubert, erschließen sich viele der Besonderheiten Georgiens erst bei tiefergehender Betrachtung. Meist hilft dabei, mit den Georgierinnen und Georgiern das ein oder andere Glas des wohlschmeckenden georgischen Weines zu kosten.

„ES GIBT KEIN UNPOLITISCHES SCHREIBEN“

—Geführt von Michael Braun und Hans-Jörg Clement

Die jüdische Autorin und EHF-2010-Stipendiatin Dana Vowinckel über die Veröffentlichung ihres ersten Romans *Gewässer im Ziplock*, ihr Schaffen und die Inspirationen durch israelische und palästinensische Schriftstellerinnen und Schriftsteller.



Autorin Dana Vowinckel.

Liebe Dana, wie war dein Jahr 2023?

Vor allem: voll. Voll mit schönen Dingen, voll aber auch mit Schmerz. Voll mit Zugfahrten, voll mit Sprüngen ins kalte Wasser, voll aber auch mit Entsetzen. Voll mit schönen Nachrichten für mich und schrecklichen in der Welt, ein schmerzhafter Widerspruch. Und voll mit Buchstaben, das war wohl das Schönste!

Die Veröffentlichung deines ersten Romans war sicherlich ein besonderes Ereignis. Hauptfigur des Romans ist die fünfzehnjährige Margarita. Du erzählst, wie sie unterschiedliche Formen jüdischen Lebens kennenlernt.

Was macht die – mit den Worten des Romans – „starke jüdische Identität“ dieser jungen Frau aus?

Lustig, dass es gerade dieses Zitat ins Interview geschafft hat, denn sobald Avi, Margaritas israelischer Vater, das sagt, macht sich ihre amerikanische Mutter darüber lustig. Und auch ich finde den Begriff „Identität“ zwar wichtig, aber auch schwierig. Ich glaube, Margaritas Identität ist vor allem Verwirrung und Überforderung – im Hinblick auf ihr Jüdin-Sein, aber auch auf alles andere. Ich finde, die Frage könnte vielmehr sein: Warum muss dieses Kind-fast-Erwachsene überhaupt wissen, wer sie sein will? Warum ist es für Jüdinnen und Juden quasi eine Voraussetzung, auf eine bestimmte Art jüdisch zu sein? Das Tolle an Literatur ist für mich, dass sie Widersprüche nicht nur aushalten muss, sondern aus ihnen besteht. Das Tolle an meiner zähen, sturen Margarita ist für mich, wie sie Widersprüche aushält, vielleicht mehr als manche Erwachsenen.

Der Roman erzählt die Geschichte jüdischen Lebens in drei Generationen. Dabei spielen jüdische Rituale und Feste eine große Rolle. Wie hast du zu diesen „Judaika ohne Beipackzettel“, wie es in einer Rezension heißt, recherchiert?

Naja, zum Glück ist mir das alles ja nicht völlig neu. Ich habe jahrelang jüdischen Religionsunterricht bekommen. Ein großer Teil der Recherche waren Gespräche mit Freundinnen und Freunden, Synagogenmusik auf YouTube hören und Lektüre (unter anderem Bücher wie *To Pray as a Jew*, eine Anleitung zum Gebet), vor allem aber Gebetbücher und die Heilige Schrift wälzen. Die Begriffe wirken auf die Leserinnen und Leser vielleicht völlig fremd, aber mir sind sie vertraut. Ich bin eher überrascht, wie viel ich darüber spreche, dass es Fremdwörter im Text gibt. Ich kenne ja auch nicht jedes Wort in den Büchern von Thomas Mann.

„Nein, es gab das Unpolitische nicht“, heißt es am Ende deines Romans. Gefragt nach deinem Arbeitsansatz, erklärst du in deiner Bewerbung an uns: Deine Arbeit sei es, dieses Leben in Deutschland, das so unendlich viel beobachtet, begutachtet, bewertet wird, in Worte zu fassen. Geschichten zu finden über die Fassungslosigkeit, über die Verlorenheit und über die Schönheit jüdischen Lebens in Deutschland. Der 7. Oktober hat auch hier viel verändert. Welche Rolle kann in dieser entsetzlichen

Brutalität und Menschenverachtung Kultur – Sprache! – überhaupt noch spielen?

Ich glaube, es gibt kein unpolitisches Schreiben. Jeder Satz über Menschen ist ein Satz über Menschen in ihrem sozialen Kontext, und der geht nun mal auch immer mit einer gesellschaftlichen Position einher. Das heißt ja nicht, dass Schreiben ein Programm haben muss. Es heißt nur, dass Literatur nicht in einem Vakuum entsteht. Und auch jetzt hat sich der gesellschaftliche Kontext natürlich verändert, und ich betrachte es als Schriftstellerin auch als meine Aufgabe, darüber nachzudenken, inwiefern. Natürlich hat es mir in den letzten Monaten oft die Sprache verschlagen, ich bin ja erst mal Mensch und dann Autorin. Als Mensch und als Bürgerin der deutschen Gesellschaft (denn das bin ich, Bürgerin, nicht Mitbürgerin) habe ich ein Recht auf Schutz. Dieser Schutz soll gewährleistet werden, damit ich mein Leben in Frieden führen kann. Dieser Schutz soll gelten, wenn ich als Privatperson in die Synagoge gehe, um Teil meiner Gemeinschaft sein zu können. Dort finde ich trotz allem eine Schönheit. Jüdisches Leben ist nicht nur Schmerz, und es ist mir wichtig, das immer wieder zu betonen. Es findet auch nicht nur in Synagogen statt. Bücher sind meine Rettung gerade. Ich bin so dankbar, dass es eine Vielzahl von israelischen und palästinensischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern gibt, die mir jeden Tag mit ihren Büchern helfen, zu verstehen. Und auch deutschsprachige Bücher der letzten Jahre, die mich immer wieder trösten, die immer wieder helfen, nicht zu verhärten.

Aber all die Bibliophilie hilft natürlich wenig, wenn Molotowcocktails auf Synagogen fliegen, das ist mir klar. Bücher sind keine Impfungen gegen Menschenhass.

Würdest du deinen Roman heute, nach dem 7. Oktober, anders schreiben?

Ja, jede Seite. Aber Margarita, Avi und Marsha gäbe es trotzdem. Hoffentlich.

Zu unser aller Freude bist du 2023 auch Else-Heiliger-Fonds-2010-Stipendiatin geworden. In deiner Bewerbung sagst du, literarisches Schreiben sei gemäß aller Warnungen einsam. Brauchst du diese Einsamkeit zur Inspiration?

Und auch zu meiner großen Freude! Was ich noch nicht wusste, als ich mich beworben habe: Es wird plötzlich sehr uneinsam, wenn ein Buch dann erscheint, jedenfalls hatte ich dieses Glück! Im Moment spreche ich mit so vielen Leuten über mein Buch, dass ich nur verwundert staunen kann, dass es dabei tatsächlich um das geht, was ich einmal geschrieben habe. Und ich glaube, dass das ein bisschen süchtig macht, dieses Gefühl. Und gleichzeitig freue ich mich gerade auf wenig mehr als auf ein paar Stunden ohne eine einzige E-Mail am Schreibtisch, nur ich und mein neues Manuskript.

Mehr zum Thema:

Dana Vowinkel auf Instagram:
bit.ly/49hcwCa

SEHEN UND GESEHEN WERDEN

GENERATIONEN VERBINDET MEHR

— Von Martina Kaiser



Unter dieser Überschrift ist die Konrad-Adenauer-Stiftung dieses Jahr mit einer Kampagne an die Öffentlichkeit gegangen, um dem vielerorts vorherrschenden Diskurs über einen Generationenkonflikt mit einer positiven Botschaft zu begegnen. Generationen verbindet mehr, als man auf den ersten Blick vermutet. Dies hat unsere sozial- und gesellschaftspolitische Analyse- und Beratungsarbeit zu diesem Thema gezeigt.

Der demografische Wandel in Deutschland ist eine der zentralen Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Während heute jede zweite Person in Deutschland älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre ist, sinkt die Zahl der jüngeren Menschen. In der Folge geraten unsere sozialen Sicherungssysteme zunehmend unter Druck und es fehlt an Nachwuchskräften auf dem Arbeitsmarkt. Der demografische Wandel hat jedoch nicht nur volkswirtschaftliche und sozialpolitische Konsequenzen, sondern auch Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Rente, Bildung, Klimawandel: Viele aktuelle Herausforderungen unserer Zeit werden von den Mitgliedern der verschiedenen Generationen unterschiedlich bewertet. Bei einigen Themen scheinen sich ältere und jüngere Menschen teilweise unversöhnlich gegenüberzustehen. Manchmal ist gar von einem Generationenkonflikt die Rede, aber: stimmt das eigentlich? Und wenn ja, wie kann eine Brücke zwischen den unterschiedlichen Generationen geschlagen werden?

Diesen und anderen Fragen ist die Konrad-Adenauer-Stiftung 2023 – nicht nur bei ihrem diesjährigen „Tag der KAS“ am 7. September – nachgegangen. Unter der Überschrift „Sehen und gesehen werden – Generationen verbindet mehr“ – hat die Stiftung in der zweiten Jahreshälfte eine Kampagne gestartet, mit der sie aktuelle Diskussionen über – vermeintliche oder wirkliche – Konflikte zwischen den Generationen aufgegriffen hat. Ziel der Kampagne war es, dem öffentlich vorherrschenden Diskurs über einen Generationenkonflikt eine positive Botschaft entgegenzusetzen und auf diese Weise einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu leisten. Inhaltlich basierte die Kampagne auf Ergebnissen unserer sozial- und gesellschaftspolitischen Analyse- und Beratungsarbeit, mit denen wir die Kampagneninhalte untermauert haben.

Gemeinsam mit unserer Kommunikationsagentur haben wir ein Kampagnendesign entwickelt, das schon durch seine Bildsprache auf die Kernbotschaft hinweist: Das Schlüsselbild zeigte eine Vielzahl von Augen, die zu Menschen unterschiedlichen Alters gehören und für die Vielfalt von Individuen in einer Gesellschaft und die damit einhergehende Meinungspluralität stehen.

„Sehen und gesehen werden“ – dieser Claim bedeutet, dass in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft jede Generation mit ihren Anliegen wahrgenommen werden muss und im Sinne der Generationengerechtigkeit

die Bedürfnisse anderer Generationen gesehen und respektiert werden müssen. Der Kampagnenuntertitel „Generationen verbindet mehr“ weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Generationen mehr miteinander verbindet, als man auf den ersten Blick vermutet und als der teilweise vorherrschende Diskurs, bei dem jüngere Menschen den Älteren Versäumnisse vorwerfen oder die ältere Generation jüngere Menschen als „verweicht und wenig leistungsorientiert“ beschimpft, suggeriert. Zwar gibt es intergenerationelle Konfliktthemen, aber diese fußen nicht zwangsläufig auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Altersgruppe, sondern basieren auf unterschiedlichen Interessenlagen.

Um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen, waren wir mit der Kampagne im analogen wie im digitalen Raum unterwegs. An drei Standorten in Berlin hingen großformatige Plakate, auf denen Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Altersgruppen Passantinnen und Passanten mit Botschaften zum Thema Bildung („Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten.“), Rente („Für eine Rentenpolitik, die niemanden zurücklässt.“), Digitalisierung („Digitalisierung für alle zugänglich und verständlich gestalten.“) und Werte („Unser Alter bestimmt nicht über Werte, Ängste oder politische Einstellungen.“) konfrontierten. Auch bei diesen thematischen Motiven waren Augen, die mittels Fotomontage in jeweils andere Gesichter eingesetzt wurden, und die sprachliche Anspielung auf die visuelle Wahrnehmung anderer Perspektiven („Siehst Du das auch?“) die zentrale Bildsprache.

In Berlin, Köln und Hamburg wurden jeweils 10.000 City-Cards mit unseren Kampagnenmotiven in verschiedenen Ausführungen verteilt, von denen über 97 Prozent entnommen wurden. Und auch beim „Tag der KAS“, der 2023 unter demselben Motto stand, haben wir die Kampagneninhalte einfließen lassen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu eingeladen, sich an digitalen Stationen mit Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu Generationenkonflikten zu beschäftigen. Im digitalen Raum haben wir verschiedene Kommunikationsplattformen wie kas.de, GoogleAds, Instagram, Facebook, LinkedIn, TikTok und X (ehemals Twitter) mit unserer Kampagne bespielt und auf einer neuen Themenseite auf kas.de auf die Kampagne und ihre Botschaften aufmerksam gemacht.

STAATS- MODERNI- SIERUNG

DEMOKRATIE EFFEKTIV GESTALTEN

— Von Marcel Schepp

Die Konrad-Adenauer-Stiftung befasst sich seit 2021 intensiv mit dem Thema Staatsmodernisierung. Anstoß gab das Thesenpapier der gleichnamigen Expertenkommission mit zehn Vorschlägen für eine Staatsreform, die bis heute als ein maßgeblicher Beitrag für die fachlichen Debatten gelten.

„Wie öffentliche Verwaltung funktioniert, ist schlicht nicht mehr zeitgemäß.“

Deutschland braucht eine große Staatsreform, so die Überzeugung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zu viele Bürgerinnen und Bürger verlieren Vertrauen in einen Staat, der ihnen vieles abverlangt, aber immer weniger effektiv zu leisten vermag. So zumindest ein gängiger Eindruck, der sich nicht zuletzt auch in einem steigenden Zuspruch für populistische und antidemokratische Kräfte Bahn bricht.

Der Staat muss funktionieren; das Vertrauen in ihn mit jeder Verwaltungsleistung bezeugen. Dieser Auffassung fühlen sich Staatsbedienstete aller Ebenen zu großen Teilen verpflichtet, nur sind sie oftmals in rigiden Strukturen und obsoleten Prozessen gebunden, die eine allzu gern verordnete Agilität und Resilienz auf Floskeln reduzieren. Wie öffentliche Verwaltung funktioniert, ist schlicht nicht mehr zeitgemäß.

Um sich damit auseinanderzusetzen, kamen im Mai 2023 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden im Rahmen der „Fachtagung Staatsreform“ in Berlin zusammen. Anspruch war es, Staatsmodernisierung wieder auf die politische Agenda in Berlin zu setzen und den Dialog darüber überparteilich und übersektoral zu führen. Eingeladen waren sowohl Abgeordnete der CDU als auch von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen auf Bundes- und Landesebene sowie eines Arbeitnehmersverbandes, aus der Wissenschaft, dem Bundestag und den Bundesministerien.

Ergebnis der Tagung war, dass die folgenden Unterschiede in der Herangehensweise an Staatsmodernisierung zu konstatieren sind: „der große Wurf“ (CDU, Bündnis 90/Die Grünen) versus „kleine Schritte“ (FDP, Digital-Services), Zentralisierung der IT-Infrastruktur (CDU) versus Dezentralität (FDP) sowie Struktur- (CDU, dbb) versus Prozessreformen (Wissenschaft). Diese Differenzierung wurde positiv aufgenommen. Einige der Teilnehmenden äußerten schon unmittelbar danach ihr Interesse, an Folgeveranstaltungen teilzunehmen.

Um Staatsmodernisierung auch für ein breiteres Fachpublikum aufzuschließen, kooperierte die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem erstmals mit dem Creative Bureaucracy Festival, das am 15. Juni 2023 in Berlin stattfand. Als Projektpartnerin organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung den Background Table „Staatsmodernisierung für die Demokratie von morgen“, der sich an eine ähnliche, wenngleich breitere Zielgruppe als die Fachtagung richtete. Ergebnis war auch hier, dass hinsichtlich des Bedarfs Einigkeit bestehe, Staatsmodernisierung bislang jedoch an einer konsequenten Umsetzung im Gleichklang scheitere.

Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Veranstaltungen sowie der Beobachtung der fachlichen wie öffentlichen Diskurse der letzten drei Jahre veröffentlichte die Hauptabteilung Analyse und Beratung im August 2023 die Publikation *Prinzipien der Verwaltungsmodernisierung*. Diese enthält ein Plädoyer, Staatsmodernisierung als normative Debatte über Staatsorganisation zu begreifen und diese über die Prinzipien Strukturveränderung, Prozessvereinfachung und Wirkungskontrolle zu hebeln. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist davon überzeugt, dass nur ein effektiver Staat legitim Demokratie leisten kann.

Im kommenden Jahr wird sich die Konrad-Adenauer-Stiftung der Aufgabe widmen, die Auseinandersetzung mit Staatsmodernisierung unter anderem mit Staatsbediensteten, Vertreterinnen und Vertretern eines breiteren Fachpublikums sowie der Länder und Kommunen, aber auch mit Akteuren des internationalen Partnernetzwerks der Konrad-Adenauer-Stiftung zu intensivieren. Ziel ist es, Staatsmodernisierung als für ein Funktionieren unserer Demokratie grundlegendes Politikfeld zu etablieren.

Mehr zum Thema:

Publikation *Prinzipien der Verwaltungsmodernisierung*
[kas.de/verwaltungsmodernisierung](https://www.kas.de/verwaltungsmodernisierung)

Publikation *Für einen handlungsfähigen deutschen Staat*
[kas.de/handlungsfaeig](https://www.kas.de/handlungsfaeig)

Creative Bureaucracy Festival:
creativebureaucracy.org/de/

5

BESONDERE JAHRES- TAGE

75 JAHRE ISRAEL

IM RÜCKBLICK EIN TRAUMATISCHES GEDÄCHTNISJAHR UND EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

— Von Christian Koecke



„Eine gefährdete Erfolgsgeschichte“, so könnte das unausgesprochene Motto aller Überlegungen und Konzepte zum Israeljahr 2023 in der Politischen Bildung der Stiftung umschrieben werden – als es 2022 geplant wurde. Es kam anders, dramatisch anders für Israel und damit indirekt auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Herausforderungen“ hat es immer gegeben für den Staat Israel. Ein wenig Hoffnung kam zuletzt auf, als der jüdische Staat mit vier arabischen Staaten, vor allem den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, Kooperationsvereinbarungen geschlossen hat. Aus diesen „Abraham-Abkommen“ sollte mittelfristig eine israelisch-arabische Übereinkunft erwachsen.

Doch das Jubiläumsjahr wurde schon bald von etwas überschattet, mit dem man am wenigsten gerechnet hatte: Kurz vor Jahresbeginn wurde die bisher am weitesten rechts stehende und religiöse Regierung Netanjahu VI vereidigt, die in kürzester Zeit mit einer solchen Wucht die staatsrechtliche Balance Israels auszuhebeln versuchte, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung durch monatelange Großdemonstrationen zur Wehr setzte. Ausgerechnet in die Hochzeit dieser Massenproteste fiel nun das 75-jährige Staatsjubiläum. Ein Jubiläum soll Einheit erwirken, hier aber geschah genau das Gegenteil: Alles, was diese Regierung anpackte, spaltete das Land. Man sprach nun von zwei Israels, die unversöhnlich nebeneinanderstehen: das europäisch geprägte, eher säkulare, liberale Israel mit dem weltoffenen Tel Aviv als symbolischem Zentrum und das eher nahöstlich-russisch grundierte, religiöse Israel mit Jerusalem als Bezugspunkt.

Vor diesem Hintergrund stand die Politische Bildung vor der Aufgabe, 75 Jahre Israel nicht mehr nur als die ewige Wiederkehr der gleichen (gleichwohl wichtigen) Themen – Aufarbeitung des Holocausts und Palästina-Konflikt – zu betrachten. Das moderne, technikaffine, digitalisierte, hippe Israel sollte ebenfalls in den Blick genommen werden, verkörpert durch die Glitzerfassaden von Downtown Tel Aviv, den Start-ups in den hippen Vierteln Neve Tzedek und Florentin, im Körperkult des hochhausumstandenen Strandlebens am Mittelmeer.

Und tatsächlich. Ein Seminar in Cadenabbia im April trug den Titel „75 Jahre Israel – Zwischen Hightech, gesellschaftlicher Teilhabe und Nahostkonflikt“. Typisch auch ein Onlineseminar des PBF Saarland „Die ‚Start-up-Nation‘ Israel. Was können wir von Israel lernen?“ im selben Monat oder „Von Herzl zu Hightech“ in Südbaden im März 2023.

Die größeren Events im Jubiläumsjahr waren aber auch eine Zusammenschau aller Aspekte der israelisch-jüdischen Geschichte, des Nahostkonflikts, der Shoah und der deutsch-israelischen Beziehungen. Schon zum traditionellen Jahresauftakt der Stiftung auf dem Petersberg bei Bonn, anlässlich des Geburtstags von Konrad Adenauer, wurden alle Themen ausgelegt, die beide Länder verbinden, aber auch trennen. Als früher Höhepunkt des Jahres kam der israelische Botschafter Ron Prosor und traf dort mit dem Stiftungsvorsitzenden, Prof. Dr. Norbert Lammert sowie Prof. Dr. Jürgen Rüttgers zusammen. Prosors Rede, sein Witz, seine umfängliche Perspektive, seine in Charme verpackte Direktheit schlugen das Publikum in den Bann.

Und wen wollten wir damit ansprechen? Es zeigte sich im Jubiläumsjahr, dass vor allem Schülerinnen und Schüler mit Begeisterung über Israel sprachen und zuhörten. Zwei Jugendpolitiktage widmeten sich der Thematik, einer

in Mecklenburg-Vorpommern, einer in den Räumen der Synagogengemeinde Köln. Ängstliche Naturen mögen Sorge gehabt haben, ob arabisch- oder türkischstämmige Jugendliche dort bereit wären, vor zwei großen israelischen Flaggen das Tagesprogramm zu absolvieren. Es kam anders. Ein Zeitzugengespräch, ein Gespräch mit dem Kölner Rabbiner Bruker, israelisches Essen am Mittag, israelische Tänze am Nachmittag – alles inspirierte die Jugendlichen, besonders die migrantischen, die sich von levantinischer Lebenslust anstecken ließen. (Denn, ich glaube, das Langweiligste für sie sind „korrekte Almans“, aber das ist ein anderes Thema.)

Und dann kam der 7. Oktober. Der Blick auf Israel ist seitdem ein anderer. Innerhalb weniger Tage begegnete die Stiftung den vielen Fragen und Ängsten mit Digitalveranstaltungen und der Expertise unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Auslandsbüros: Schalten zu Beatrice Gorawantschy, der Büroleiterin in Jerusalem, und Steven Hoefner in Ramallah machten den Anfang, gefolgt von einer dreiteiligen Reihe mit Perspektiven darauf, wie in Paris und Brüssel, Amman und Beirut, Washington und Genf auf das schreckliche Geschehen des Massakers und des verheerenden Gazakrieges geschaut wird. Eine Israel-Woche in Brandenburg – durchgeführt in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – war eigentlich geplant unter dem Titel „75 Jahre Staatsgründung – Israel zwischen Tradition und Moderne“, wurde aus aktuellem Anlass aber umgewidmet zu „75 Jahre Israel – Überlebenskampf in einer feindlichen Umwelt“. Bei Schul- und Abendveranstaltungen in sechs Städten sprachen die Teilnehmenden vor allem über die Einordnung der schrecklichen Ereignisse in Israel und diskutierten über Antisemitismus und Antisraelismus in Deutschland.

Ein dramatischer Befund ist: Sowohl die vielzitierte „arabische Straße“ in den muslimischen Ländern als auch die westliche Avantgarde von Jugendprotest und neuem islamischen Selbstbewusstsein, zum Beispiel an einigen Universitäten der USA oder in den Pariser Banlieues, zeigen wenig bis gar kein Verständnis für die klassische westliche Solidarität mit dem Staat Israel.

Wir wollten 75 Jahre Staatsgründung feiern und müssen nun erkennen, wie gefährdet der gesellschaftliche Konsens der Solidarität mit Israel ist. Mit unseren Maßnahmen unterstützen wir die jüdischen Gemeinden in Deutschland und zeigen, dass das „Nie wieder“ hier und jetzt unseren besonderen Einsatz erfordert.



VOM KRISENJAHR 1923 INS 21. JAHRHUNDERT BEDROHUNG UND SELBSTBEHAUPTUNG DER LIBERALEN DEMOKRATIE

— Von Kathrin Zehender

Die Krisen der Gegenwart mögen ein Grund dafür sein, dass sich die Geschichtswissenschaft derzeit in besonderer Intensität mit den Herausforderungen befasst, die die Weimarer Republik vor 100 Jahren zu bewältigen hatte. Mit verschiedenen Veranstaltungen und Publikationen erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung an das „Krisenjahr 1923“.

Dass Bonn respektive Berlin nicht Weimar ist, gilt zwar nach wie vor, und doch wird in jüngster Zeit wieder häufiger an „Weimarer Verhältnisse“ erinnert. Dabei markierten die Besetzung des Ruhrgebiets, die Hyperinflation, die separatistischen Bestrebungen sowie die links- und rechtsextremistischen Angriffe auf die Republik gerade nicht das Ende der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie. Vielmehr bewältigten die zentralen politischen Akteure die existenziellen Herausforderungen des Krisenjahres 1923 und leiteten damit eine Phase relativer politischer und wirtschaftlicher Stabilität der Republik ein.

Die außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Aspekte des Krisenjahres 1923 sowie aktuelle Herausforderungen für die liberale Demokratie wurden im Rahmen einer zweitägigen Konferenz erörtert, die die Stiftung im Frühjahr 2023 gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin veranstaltete.

1923: existenzielle Krisen für die Demokratie

Den Folgen des Ersten Weltkrieges und den Bürden für die junge Republik widmete sich das erste Konferenzpanel. Die Republik habe das Trauma des Krieges nicht heilen können, denn „Weimar war ein Kind des Krieges“, wie es Prof. Dr. Gerd Krumeich formulierte. Die Ruhrbesetzung, die Dr. Karl-Peter Ellerbrock genauer beleuchtete, hinterließ einen immensen finanziellen und politischen Schaden. Separatisten im Rheinland und in der Pfalz, die versuchten, autonome Republiken einzurichten, hätten erst durch die Folgen der Ruhrkrise Auftrieb erhalten, so Dr. Holger Löttel in seinen Ausführungen.

Dr. Desiderius Meier, der über liberale Konzeptionen in der Weimarer Republik sprach, betonte, wie sehr die wirtschaftliche und soziale Misere der Nachkriegszeit den Rückhalt der Bevölkerung für die liberale Demokratie erschütterte. Von diesen Verwerfungen profitierten Republikfeinde, darunter auch Adolf Hitler und die NSDAP, resümierte Dr. Volker Stalman. Eine besondere Bedrohung für die Republik stellte zudem die Kommunistische Partei dar, wie Prof. Dr. Eckhard Jesse in seinen Ausführungen darlegte. Die Hyperinflation, mit der sich Prof. Dr. Johannes Bähr befasste, war 1923 der „Kulminationspunkt einer Entwicklung“, die bereits mit Kriegsbeginn 1914 begonnen und schon 1922 das Geld massiv entwertet hatte.

Innere und äußere Bedrohungen für die liberale Demokratie im 21. Jahrhundert

Aktuelle innere und äußere Bedrohungen für die liberale Demokratie wurden im Rahmen der Abendveranstaltung mit Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio diskutiert. In seiner Einführung erinnerte Prof. Dr. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, an das Jahr 1923: „Dass das ‚Krisenjahr‘ zum ‚Krisenbewältigungsjahr‘ wurde, war in erster Linie den Leistungen politischer Persönlichkeiten wie Gustav Stresemann zu verdanken.“

Udo Di Fabio skizzierte in seiner Keynote das Modell der liberalen Demokratie anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und ging dabei auf neue geopolitische Bedrohungslagen – in erster Linie durch den Angriff Russlands auf die Ukraine – in einer sich abzeichnenden multipolaren Machtkonkurrenz ein. Dabei stellte er die Frage, ob das wirtschaftliche, technologische und ideelle Gewicht des Westens ausreiche, um sich gegen diese äußeren Bedrohungen behaupten zu können. Mit Blick auf innere Bedrohungslagen der Demokratie beleuchtete Di Fabio die Fragmentierung öffentlicher Meinungsräume, den Verlust institutioneller und lebensweltlicher Bindungskräfte und die Spaltung der Gesellschaft. Für die Erneuerung der pluralen und liberalen Demokratie und ihre künftige Selbstbehauptung sei eine neue, lebendige Zivilgesellschaft zentral.

„Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert, in dem sich das Schicksal der Freiheit entscheidet“

„Die Zukunft der liberalen Demokratie im 21. Jahrhundert wird gut sein, wenn wir das wollen. Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert, in dem sich das Schicksal der Freiheit entscheidet“, resümierte Di Fabio. Im Anschluss diskutierte er mit Dr. Katja Leikert MdB (CDU) und Linda Teuteberg MdB (FDP) sowie dem Historiker Prof. Dr. Dominik Geppert und der Ökonomin und Publizistin Prof. Dr. Karen Horn über die Möglichkeiten und Grenzen historischer Vergleiche, aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen sowie die Freiheit als zentralen Wert unserer Verfassung.

Prof. Dr. Nobert Lammert, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, resümierte zum Abschluss des Abends: „Der Blick auf ‚1923‘ und die Selbstauflösung der ersten deutschen Demokratie zehn Jahre später führen vor Augen, dass existenzielle Herausforderungen ökonomisch, politisch und sozial immer wieder neu begriffen und überwunden werden müssen.“

Mehr zum Thema:

Veranstaltungsbericht:
kas.de/liberale-demokratie

Geschichtsbewusst:
kas.de/historische-schwerpunktthemen

SEHNSUCHT NACH FREIHEIT

70. JAHRESTAG DES VOLKSAUFTANDS IN DER DDR AM 17. JUNI 1953

— Von Felix Franke und Joachim Klose

„Du, lass Dich nicht verhärten, in dieser harten Zeit“ – mit dieser Liedzeile ermutigte Wolf Biermann früher die Menschen in der DDR und am Vorabend des 17. Juni 2023 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR. „Erste Schritte, die damals scheinbar erfolglos schienen, sind heute wichtiger als je zuvor. [...] Freiheitskämpfe brauchen Unterstützung, wenn sie stattfinden und nicht erst später“, eröffnete Prof. Dr. Norbert Lammert den Abend, und Friedrich Merz erinnerte an den großen Mut der Aufständischen, deren Motto lautete: „Wir wollen freie Menschen sein!“

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gab dem Thema eine ungeahnte Aktualität und löste im kulturellen Gedächtnis Assoziationen aus. So war der Volksaufstand 1953 die erste große Bewegung gegen die sowjetische Fremdherrschaft in Mittel- und Osteuropa nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Russische Panzer wurden zum Sinnbild der Unterdrückung.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung bot das Jubiläum Anlass, ein „Jahr der Erinnerungskultur“ von Juni 2022 bis Juni 2023 zu gestalten. In mehr als 80 Veranstaltungen wurde in ganz Deutschland dem Widerstand und Ringen um Freiheit gedacht. Die Angebote waren vielfältig und boten „Geschichte zum Anfassen“. Ob Buchlesungen an Originalschauplätzen, eine Radtour durch Berlin, Podcasts, ein Dokumentarfilm oder Zeitzeugenprojekte, vereint hat alle Aktivitäten das gemeinsame Logo „Freiheit! – 17. Juni 1953“ und die Themenseite auf der Webseite der Konrad-Adenauer-Stiftung. Besondere Höhepunkte fanden rund um den 17. Juni 2023 statt. Veranstaltungen wie „Aufstehen für die Freiheit“ in Leuna und „Sehnsucht nach Freiheit“ in der Akademie der Stiftung in Berlin zogen hochkarätige Gästinnen und Gäste an. Den Abschluss bildete eine Gedenkveranstaltung am Potsdamer Platz in Berlin. Umrahmt von sechs Postermobilen, die durch historische Bilder den Aufstand veranschaulichten und den gesamten Tag durch die Stadt fuhren, setzten sie ein eindrucksvolles Ausrufezeichen. Der Jahrestag zeige, so der Berliner Bürgermeister und Senator für Finanzen, Stefan Evers, dass Freiheit nicht selbstverständlich sei und dass das Erbe des 17. Juni in unseren Händen liege. Gerade deshalb denke man an diesem Tag auch besonders an jene, die heute für ihre Freiheit kämpften. Abschließend trugen Schülerinnen und Schüler Auszüge aus Zeitzeugenberichten vom 17. Juni 1953 sowie Namen der Opfer des SED-Regimes vor, um uns mit persönlichen Erfahrungen, dem Widerstand und dem Leid der Menschen von damals zu verbinden und daran zu erinnern, welchen Preis viele für Freiheit und Demokratie zahlten.

So war es ein Anliegen, auch junge Menschen in das Gedenken mit einzubeziehen: Zehn Stipendiatinnen und Stipendiaten der Journalistischen Nachwuchsförderung entwickelten das Projekt *Geschichte(n) aus Dresden – eine Podcastreihe zum 17. Juni*. Ziel war es, die Ereignisse des 17. Juni 1953 erlebbar zu machen und besonders junge Menschen anzusprechen. Ein Podcast schien das zeitgemäße Medium zu sein. Er ist auf Spotify abrufbar und besitzt eine große Reichweite. Das Projekt sollte aber mehr als nur ein weiterer Podcast werden. So bekamen die Teilnehmenden die Aufgabe, Geschichten über den 17. Juni zu erzählen, die in dieser Form noch nie erzählt worden sind. In Kooperation mit dem PBF Sachsen entstanden zwölf Podcastfolgen, die den politischen und gesellschaftlichen Aufruhr in Dresden dokumentierten. Beispielsweise am Postplatz, auf dem am 17. Juni 1953 sowjetische Panzer anrückten, Warnschüsse abgaben und schließlich die Demonstration von Tausenden Menschen niederschlugen. Heute erinnert nur eine alte Panzerkette an diesen schicksalhaften Tag.

Oder über den Aufstand im Sachsenwerk, wo sich die ersten Streikenden in Dresden versammelten und die Protestbewegung in die restliche Stadt trugen. Oder über die vielen Frauen, die sich dem Streik anschlossen und über die bislang kaum berichtet worden ist. Wesentlich für „das Erlebarmachen“ war der Bezug zu den historischen Orten. So wurden große, kreisrunde Aufkleber, die neben Informationen zum Projekt einen QR-Code enthielten, an allen Orten in der Stadt aufgeklebt, an denen die Ereignisse stattfanden. Durch Abscannen des QR-Codes mit dem Smartphone konnte die jeweilige Podcastfolge vor Ort angehört werden.

Mit den Aktivitäten zum 70. Jahrestag des Volksaufstands am 17. Juni 1953 stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung einmal mehr unter Beweis, dass die Erinnerung an die DDR-Diktatur zu ihrem „Markenkern“ gehört. Die Projekte zum 17. Juni 1953 dienten aber nicht nur der Erinnerung, sondern waren ein Appell an die Gegenwart. Der Kampf für Freiheit und Demokratie ist eine stete Aufgabe. Er mahnt uns, in schwierigen Zeiten nicht zu verhärten und die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Die Erinnerung an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 trägt dazu bei, die Grundlagen einer freien und gerechten Gesellschaft zu festigen und vor den Gefahren autoritärer Regime zu warnen.

Mehr zum Thema:

Der 17. Juni 1953. Themenseite auf der Webseite der Konrad-Adenauer-Stiftung: [kas.de/de/der-17-juni-1953](https://www.kas.de/de/der-17-juni-1953)



Geschichte(n) aus Dresden.

6

**NAMEN,
DATEN,
FAKTEN**

VERMÖGENSRECHNUNG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022

Aktiva	31.12.2022	31.12.2021
	€	Tsd. €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände, gel. Anzahlungen	602.794,00	852
Sachanlagen	48.201.774,39	50.015
Finanzanlagen	17.342,08	17
B. Sondervermögen	6.187.376,38	6.639
C. Umlaufvermögen		
Vorräte	55.133,54	59
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	3.050.260,91	3.145
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	25.530.323,90	43.879
D. Rechnungsabgrenzungsposten	345.302,06	316
Bilanzsumme	83.990.307,26	104.922
Passiva		
A. Eigene Mittel	5.145.867,32	5.408
B. Rücklagen	2.342.193,69	2.380
C. Zweckgebundene Fonds	1.786.417,13	1.911
D. Zuschüsse zur Anlagenfinanzierung	48.609.687,05	50.669
E. Andere Verbindlichkeiten	21.306.388,29	19.288
F. Rechnungsabgrenzungsposten	4.799.753,78	25.266
Bilanzsumme	83.990.307,26	104.922

Dieser Jahresabschluss wurde von der BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bescheinigt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. veröffentlicht ihre
Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung
sowie den vollständigen Text der Bescheinigung der
Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung
sowie im elektronischen Bundesanzeiger im Internet
(ebundesanzeiger.de).

ERTRAGS-/AUFWANDSRECHNUNG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022, vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Zuwendungen und Zuschüsse	2022	2021
	€	Tsd. €
Zuwendungen des Bundes	215.540.173,97	214.036
Zuwendungen der Länder und Kommunen	3.434.614,35	3.417
Sonstige Zuwendungen	5.116.457,33	5.292
	224.091.245,65	222.745
Erträge aus Fonds	220.816,40	234
Spenden	270.300,24	155
Teilnehmergebühren	1.125.589,35	414
Andere Einnahmen	1.041.041,02	978
Projektausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	130.386.716,54	127.228
Nationale Maßnahmen	34.245.124,90	32.584
	164.631.841,44	159.812
Ausgaben Fonds	607.954,61	186
Personalausgaben	47.497.281,17	47.042
Sächliche Verwaltungsausgaben	12.142.862,65	12.554
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	1.221.870,11	4.116
Zuwendungen an andere Stiftungen	997.000,00	967
Übrige Ausgaben	71.719,42	60
Abschreibungen auf Sachanlagen	2.969,00	3
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	-424.505,74	-214
Entnahmen aus Rücklagen	772.201,74	864
Einstellungen in Rücklagen	347.696,00	633
Ergebnis der Vermögensrechnung	0,00	17

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung der vorstehenden Jahresrechnung noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2022:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

Stand	31.12.2022	31.12.2021
Mitarbeitende Inland	662	663
Mitarbeitende Ausland (ohne Ortskräfte)	115	115
insgesamt	777	778
nachrichtlich: Auszubildende	12	14

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landesparteiorgane oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 23 Mitgliedern* (22 Mitglieder, 1 Ehrevorsitzender) sind:

- 3** Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 2** Mitglieder des Bundesparteiorgans
- 20** ohne o. a. Führungsfunktion

* Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

GESAMTÜBERSICHT

der zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben

Einnahmen	2024 (Soll)*	2023 (Soll)
	Tsd. €	Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
Bund	216.745	218.646
Länder	3.261	3.385
Sonstige	5.162	7.125
	225.168	229.156
Fonds / Spenden	205	237
Teilnehmergebühren	957	967
Sonstige Einnahmen	519	1.006
Einnahmen Gesamt	226.849	231.366
Ausgaben		
Projektausgaben		
Förderung von Studierenden und Graduierten	27.189	27.839
Tagungen und Seminare	6.862	7.395
Internationale Zusammenarbeit	118.010	119.092
Forschungsprojekte	668	784
Förderung von Kunst und Kultur	501	503
Sonstige Projektausgaben	2.826	3.111
	156.056	158.724
Personalausgaben (Inland)	48.500	47.814
Sächliche Verwaltungsausgaben		
Geschäftsbedarf	5.351	5.640
Gebäudeaufwand	4.443	4.739
Sonstige Verwaltungsausgaben	3.483	2.807
	13.277	13.186
Übrige Ausgaben	7.485	8.975
Ausgaben für Investitionen	1.531	2.667
Ausgaben Gesamt	226.849	231.366

* Haushalt 2023, Stand vom 25. November 2022

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STAATLICHEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

[kas.de/gemeinsame_erklaerung](https://www.kas.de/gemeinsame_erklaerung)

VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E. V.



Vorsitzender
Prof. Dr. Norbert Lammert
Bundestagspräsident a. D.



Generalsekretär
Michael Thielen



Ehrenvorsitzender
Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.



Schatzmeister
Dr. Christoph Brand



Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott
Professorin für Politik und
Wirtschaft Japans an der FU Berlin
Vizepräsidentin der FU Berlin



Stellvertretender Vorsitzender
Hermann Gröhe MdB
Bundesminister a. D.
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
stellvertretender Vorsitzender



Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Tamara Zieschang
Ministerin für Inneres und
Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Dieter Althaus

Ministerpräsident a. D.
Vizepräsident Governmental
Affairs MAGNA Europa

Dr. Felor Badenberg

Senatorin für Justiz und Verbraucher-
schutz in Berlin

Tanja Gönner

Hauptgeschäftsführerin des
Bundesverbands der
Deutschen Industrie

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Präsidiumsvorsitzender
der Stiftung Haus der Geschichte
Nordrhein-Westfalen

Volker Kauder

Vorsitzender des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung

Annegret Kramp-Karrenbauer

Bundesministerin der
Verteidigung a. D.

Armin Laschet MdB

Ministerpräsident a. D.

David McAllister MdEP

Ministerpräsident a. D.
von Niedersachsen
Vorsitzender des Ausschusses
für Auswärtige Angelegenheiten
des Europäischen Parlaments
Vizepräsident der Europäischen
Volkspartei

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands
und Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Hildegard Müller

Staatsministerin a. D.
Präsidentin des Verbandes der
Automobilindustrie

Dr. Jan Redmann MdL

Landesvorsitzender der CDU
Brandenburg
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag Brandenburg

Prof. Dr. Andreas Rödder

Professor für Neueste Geschichte an
der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz

Dr. Wolfgang Schüssel

Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

Präsident der Kunststiftung NRW

Prof. Dr. Birgitta Wolff

Professorin für Allgemeine BWL,
Rektorin der Bergischen Universität
Wuppertal

Ständige Gäste

Thorsten Frei MdB

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Christoph Hoppe

Bundesgeschäftsführer der CDU
Deutschlands

Dr. Carsten Linnemann MdB

Generalsekretär der CDU

Anton Pfeifer

Staatsminister a. D.

Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen
Parlaments a. D.,
Beauftragter der Konrad-Adenauer-
Stiftung e. V. für Europäische
Angelegenheiten

Christina Stumpp MdB

Stellvertretende Generalsekretärin der
CDU Deutschlands

MITGLIEDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E. V.

Prof. Dr. Marion Ackermann

Generaldirektorin der Staatlichen
Kunstsammlungen Dresden

Dr. Patrick Adenauer

Unternehmer

Prof. Dr. Erik Bertram

Head of Design Operations and User
Insights, BTP Experience, SAP SE

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott

Stellvertretende Vorsitzende
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Christoph Brand

Schatzmeister
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Heike Brehmer MdB

Stellvertretende Vorsitzende
im Bundesvorstand
der Kommunalpolitischen Vereinigung
der CDU/CSU Deutschlands (KPV)

Ralph Brinkhaus MdB

Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion a. D.

Daniel Caspary MdEP

Vorsitzender der
deutschen CDU/CSU-Gruppe
im EU-Parlament

Emine Demirbüken-Wegner

Staatssekretärin a. D.
Bezirksbürgermeisterin von
Berlin-Reinickendorf

Karina Dörk

Landrätin im Landkreis Uckermark

Burkard Dregger

Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Ehemaliger Vorsitzender
der CDU-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld

Professor für Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik an der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
Direktor des Walter Eucken Instituts

Prof. Dr. Stephan Frucht

Künstlerischer Leiter des
Siemens Arts Program

Michael Gahler MdEP

Vorstandsmitglied
der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Tanja Gönner

Hauptgeschäftsführerin
des Bundesverbands
der Deutschen Industrie

Hermann Gröhe MdB

Bundesminister a. D.,
stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
stellvertretender Vorsitzender
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniel Günther

Ministerpräsident von
Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Stefan W. Hell

Direktor am Max-Planck-Institut
für biophysikalische Chemie Göttingen

Franziska Hoppermann MdB

Landesvorsitzende
der Frauen Union Hamburg

Eckart von Klaeden

Staatsminister a. D.,
Leiter des Bereichs External Affairs
bei der Mercedes-Benz Group AG

Julia Klöckner MdB

Bundesministerin für Ernährung und
Landwirtschaft a. D.

Prof. Dr. Marianne Kneuer

Professorin für Politische Systeme
und Systemvergleich an
der Technischen Universität Dresden

Prof. Roland Koch

Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender
der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.

Michael Kretschmer

Ministerpräsident
des Freistaates Sachsen

Prof. Dr. Norbert Lammert

Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.,
Präsident des Deutschen
Bundestages a. D.

Armin Laschet MdB

Ministerpräsident a. D.

Christine Lieberknecht

Ministerpräsidentin a. D.

Yvonne Magwas MdB

Vizepräsidentin des Deutschen
Bundestages

David James McAllister MdEP

Ministerpräsident a. D.,
Vorsitzender des Ausschusses
für Auswärtige Angelegenheiten
des Europäischen Parlaments

Friedrich Merz MdB

Bundesvorsitzender der CDU
Vorsitzender der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion

Herta Müller

Schriftstellerin

Hildegard Müller

Staatsministerin a. D.,
Präsidentin des Verbandes
der Automobilindustrie

Prof. Dr. Beate Neuss

Emeritierte Professorin für Politikwissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Angelika Nußberger

Internationale Richterin am Verfassungsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina, Direktorin des Instituts für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln

Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen Parlaments a. D., Beauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. für Europäische Angelegenheiten

Ronald Pofalla

Bundesminister a. D. Geschäftsführer Gröner Group GmbH

Karin Prien

Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein

Dr. Jan Redmann MdL

CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg

Katherina Reiche

Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG

Herbert Reul

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Norbert Röttgen MdB

Bundesminister a. D.

Nadine Schön MdB

stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland (ZdJ)

Jens Spahn MdB

Bundesminister für Gesundheit a. D.

Dr. Peter Tauber

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Dr. Johannes von Thadden

Vorsitzender der Geschäftsführung von Airbus Poland

Marlehn Thieme

Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe e. V., Vorsitzende des ZDF-Fernsehrates

Prof. Sebastian Turner

Medienunternehmer

Octavian Ursu

Oberbürgermeister von Görlitz

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D., Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Mario Voigt MdL

Vorsitzender der thüringischen CDU-Landtagsfraktion Landesvorsitzender der CDU Thüringen

Klaus Welle

Generalsekretär des Europäischen Parlaments a. D.

Eva Welskop-Deffaa

Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes (DCV)

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB

Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags Vorsitzende der Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. (CSP)

Paul Ziemiak MdB

Generalsekretär der CDU NRW

Dr. Tamara Zieschang

Stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Stand: 31. Dezember 2023

KURATORIUM DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E. V.

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hat am 11. Juni 1999 erstmals ein Kuratorium berufen. Dieses Gremium unterstützt und begleitet die Arbeit der Stiftung in beratender Funktion. Seine Aufgabe ist es insbesondere, wie ein Seismograf auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen.

In einer Zeit großer Umbrüche, des steten Wandels und der fortschreitenden Prozesse der Globalisierung ist Orientierung wichtiger denn je. Die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Medien und Kultur erfordern eine weitsichtige und richtungsweisende, vor allem frühzeitige Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Politik, denen die Konrad-Adenauer-Stiftung sich stellen will. Dem Kuratorium gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an. Dr. Wolfgang Schüssel ist der Vorsitzende dieses Gremiums. Bei der Zusammensetzung des Gremiums hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Wert darauf gelegt, die unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft mit einzubeziehen. Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung von Impulsen und Anregungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.



Dr. Wolfgang Schüssel
Vorsitzender des Kuratoriums
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.

MITGLIEDER DES KURATORIUMS

Prof. Dr. Michael Baumann

Vorstandsvorsitzender und wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ)

Cemile Giousouf

Leiterin der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie Vertreterin des Präsidenten der bpb

Prof. Monika Grütters MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien a. D.

Elke Hannack

stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Markus Hartmann

Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln, Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW)

Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen Kommission a. D., Premierminister Luxemburgs a. D.

Bernhard Kaster

Bürgermeister a. D., ehem. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Paul Kirchhof

Bundesverfassungsrichter a. D.

Charlotte Knobloch

Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R.

Anna Kreye

Leiterin des Ministerbüros für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Ronan Le Gleut

Mitglied des französischen Senats

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Staatssekretärin a. D.

Klaus Mertes SJ

Superior der Jesuitenkommunität in Berlin-Charlottenburg

Prof. Dr. Armin Nassehi

Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2020-21 Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Sönke Neitzel

Professor für Militärgeschichte/ Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Professorin für Praktische Theologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Aygül Özkan

Ministerin a. D., Geschäftsführerin Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)

Sarna Röser

Bundesvorsitzende DIE JUNGEN UNTERNEHMER, Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG

Dr. Stephan Schaede

Regionalbischof für den Sprengel Lüneburg

Stephan Schambach

Unternehmer

Dr. Klaus Schüller

ehem. Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands

Dr. Steven E. Sokol

Präsident des American Council on Germany

Jaromir Sokolowski

Staatssekretär im Kanzleramt des Präsidenten der Republik Polen a. D.

Armin Staigis

Brigadegeneral a. D. ehem. Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)

Kim Thy Tong

Mitglied des Bundesvorstands der Jungen CDA
Büroleitung Nachhaltigkeit und Umwelt bei der Deutschen Bahn

Sir Peter James Torry

Britischer Botschafter a. D.

Annette Widmann-Mauz MdB

Staatsministerin a. D., Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Christian Wulff

Bundespräsident a. D.

Stand: 31. Dezember 2023

GREMIEN DER BEGABTENFÖRDERUNG

Sprecherrat der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott
Vorsitzende
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Stefanos Fasoulas
Universität Stuttgart

Prof. Dr. Isabelle-Christine Panreck
Katholische Hochschule NRW

Prof. Dr. Reza Asghari
Technische Universität Braunschweig

Gewählte Mitglieder im Vorstand der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (ASeV)

Matthias Wilkes
Vorsitzender

Dr. Heinrich Schimpf
Schatzmeister

Thies Johannes Albert

Dr. Alexander Bode

Dr. Jürgen Bubeck

Dr. Annette Dorn-Baltes
kooptiert

Dr. Dietrich-W. Dorn

Emilie A. Höslinger
kooptiert

Maike Mewes

Gunter Smits

Stipendiatenbeirat

Nicolas Bachmann

Cara Bettendorf

Julian Jentzsch

Raphael Ronge

Rebekka Schwend

Xenia Steinbrecher

Hilfs- und Sozialfonds e. V.

Dr. Bernd Langhein
Vorsitzender

FAST WIEDER NORMALITÄT DER FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

— Von Christine Wagner

2023 zog nach der Coronapandemie wieder Normalität in die Angebote für den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ein.

Der 1999 gegründete Freundeskreis ist ein Verein, der die Leistungsfähigkeit der Stiftung und die hohe Qualität ihres Angebots langfristig sichert und all jenen eine Heimat bietet, die von den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers überzeugt sind, sich als ihre Botschafterinnen und Botschafter verstehen und auf dieser Basis ihren Teil zur Zukunft der Gesellschaft leisten.

Die Förderinnen und Förderer schätzen, dass sie sich bei exklusiven Veranstaltungen treffen, miteinander austauschen, Freundschaften schließen und mit hochrangigen Referentinnen und Referenten diskutieren können.

2023 konnten die Seminare im Kloster Banz und in Cadenabbia sowie die politischen Bildungsreisen nach Budapest, Umbrien, Belgien und den Niederlanden sowie nach Albanien stattfinden sowie drei Exkursionen der Hermann-Ehlers-Stiftung.

Der virtuelle politische Stammtisch via Zoom wurde fortgesetzt. Acht Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung berichteten über die Lage in ihrem Land. Am 26. Oktober 2023 konnte auch zum ersten Mal wieder der Berliner Politische Stammtisch im Gaffel Haus stattfinden. Als Gast sprach Jan Senkyr, Referent Außen- und Sicherheitspolitik, über „Sicherheit im Indopazifik“.

Ebenso fand die regionale Reihe „Freundeskreis trifft Politik“ in Hamburg, Stuttgart und Erfurt statt.

Mehr zum Thema:

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
kas.de/freundeskreis
facebook.com/kas.freundeskreis



Der Freundeskreis 2023 in Albanien.



DIE VILLA LA COLLINA IN CADENABBIA

TAGUNGS- UND URLAUBSORT MIT GESCHICHTE

— Von Heiner Enterich

Im Jahr 2023 lockten 68 Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung mehr als 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt in Konrad Adenauers ehemalige Sommerresidenz am Comer See. Zur politischen Bildung fanden zahlreiche, durch die Stiftung organisierte Seminare in Cadenabbia statt. Sie befassten sich neben dem klassischen Seminarthema „Auf den Spuren Konrad Adenauers“ unter anderem mit den Themen „Extremismus, Terrorismus und innere Sicherheit“, „Staatsmodernisierung“, „Agenda 2030; Nachhaltigkeit ganzheitlich global und lokal denken“, „Bundeswehr der Zukunft“ und „Demokratie im digitalen Zeitalter“.

In der Villa La Collina fanden zudem zahlreiche internationale Konferenzen statt. Thematische Schwerpunkte waren der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Politisierung von Religion, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur sowie die europäisch-afrikanischen Beziehungen. Im Herbst kamen traditionell wieder zahlreiche Schriftstellerinnen und Schriftsteller zur Autorenwerkstatt zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese Arbeiten mit Kritikerinnen und Kritikern, Germanistinnen und Germanisten sowie Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Auch war die Villa La Collina

wieder Treffpunkt von bildenden Künstlerinnen und Künstlern, die durch den Else-Heiliger-Fonds der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert werden. Über die Grenzen der Kultursparten hinweg diskutierten sie gemeinsam mit Autorinnen und Autoren, Komponistinnen und Komponisten, Galeristinnen und Galeristen sowie Museumsdirektorinnen und -direktoren über gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen. Als europäische Begegnungsstätte, als Kreativwerkstatt für Literatinnen und Literaten sowie Künstlerinnen und Künstler und nicht zuletzt als Tagungsstätte ist die Villa La Collina ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Außerhalb der Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung steht die Villa La Collina von März bis November auch für Gastveranstaltungen und Urlaubsaufenthalte offen.

Geschäftsführer: Heiner Enterich
Kontakt: cadenabbia@villalacollina.it
villalacollina.com

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Klingelhöferstr. 23

10785 Berlin

T +49 30 269 96-0

zentrale@kas.de

Redaktion:

Nora Kalweit, Jochen Blind (V. i. S. d. P.)

Lektorat:

Nora Kalweit, Fabian Olbrich, Katrin Weiden

Bildnachweise:

S. 8: (oben) © KAS/Juliane Liebers, (unten) © KAS; S. 10/11: © KAS/Anika Nowak; S. 13: © KAS; S. 14: © Paetrick Schmidt; S. 19: © HoY; S. 24: (links) © Heike Steinweg, (rechts) © Ulf Dahl/KN; S. 25: (links) © KAS/Anika Nowak, (rechts) © KAS/Anika Nowak; S. 30: © picture alliance/dpa/Kay Nietfeld; S. 33: © KAS; S. 34: © Jesper, stock.adobe.com; S. 36: © KAS/Marie-Lisa Noltenius; S. 38: © KAS; S. 40: © KAS; S. 44: © stock.adobe.com/pankow; S. 46: © picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Brian Inganga; S. 50: © Alfred-Wegener-Institut / Kerstin Rolfes; S. 52: © Alfred-Wegener-Institut / Ragnar Axelsson, Ilulissat Grönland Juli 2022; S. 56: © KAS; S. 58: (links) © KAS; (Karikatur rechts) „Wenn der große Sowjet-Bär doch ein kleiner Teddy wär“ © KAS/Wilhelm Hartung, S. 60: © KAS; S. 62: © Unsplash/Lucrezia Carnelos (@ciabattespugnose); S. 63: © Unsplash/Yiran Ding (@yiranding), S. 64: © stock.adobe.com/pelinoleg; S. 65: © KAS; S. 66: © KAS; S. 68: (oben und unten) © KAS; S. 70: © Nadja Wohlleben; S. 72: © HoY; S. 78: © KAS; S. 80: © Ullstein bild – Roger-Viollet/Albert Harlingue; S. 83: © KAS; S. 90: © KAS; S. 94: © KAS; S. 97: © Dr. Kathrin Menzel; S. 98: © KAS; beigelegte Karten mit Material von Vecteezy.com

Gestaltung und Satz: KALUZA+ SCHMID Studio, Berlin

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Printed in Germany.

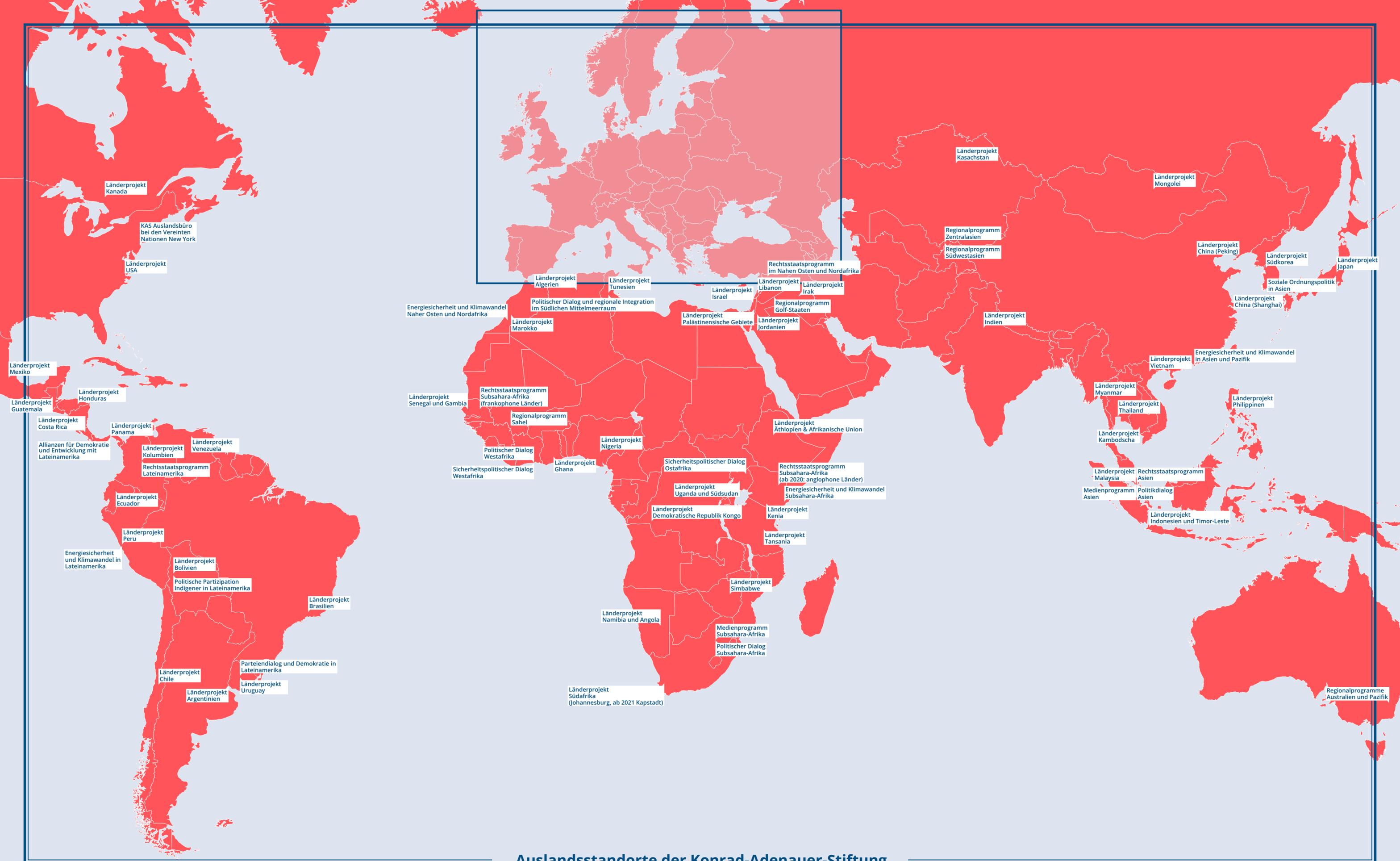
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder –helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



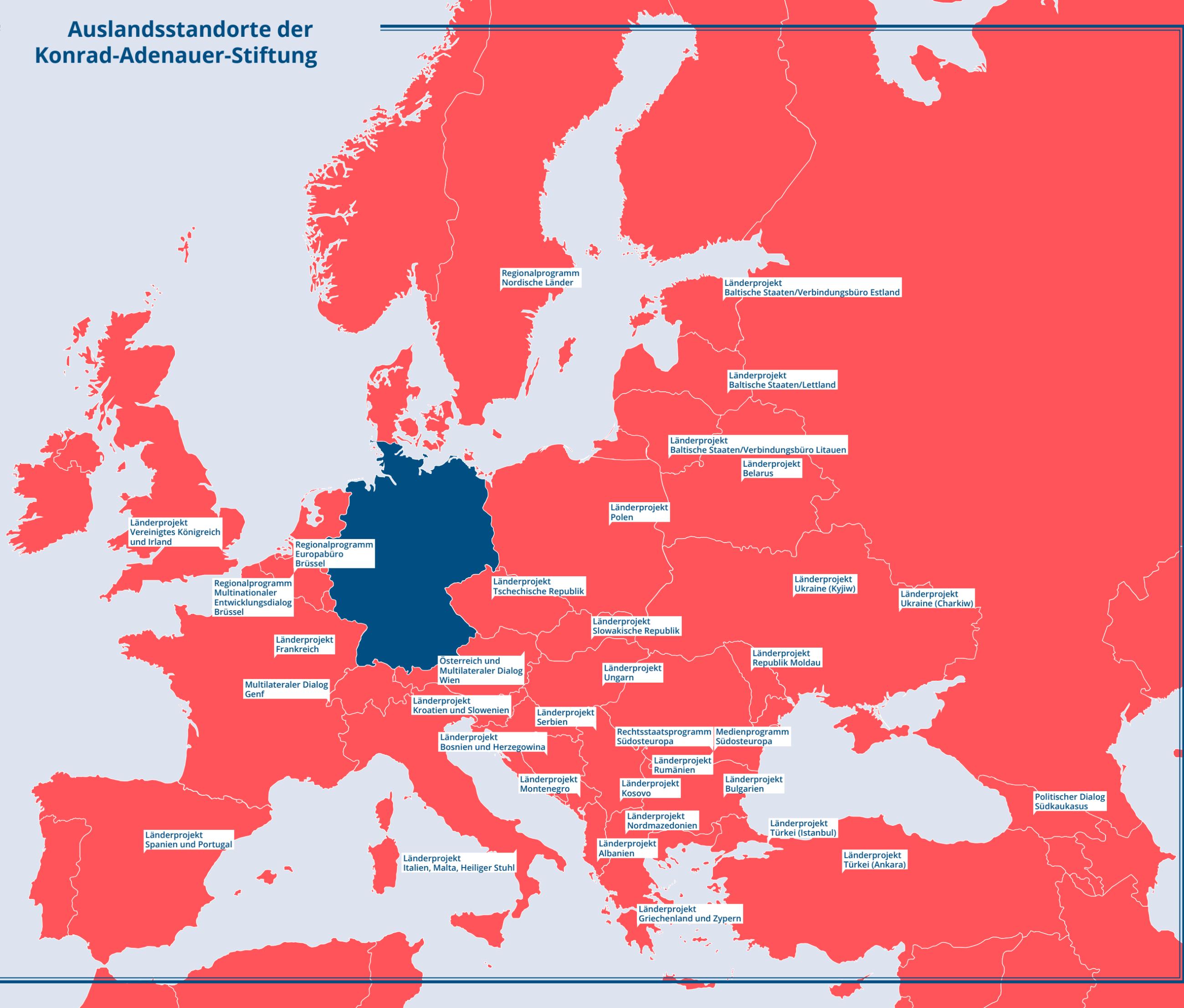
Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN: 978-3-98574-211-0



Auslandsstandorte der Konrad-Adenauer-Stiftung

Auslandsstandorte der Konrad-Adenauer-Stiftung



Inlandsstandorte der Konrad-Adenauer-Stiftung



***PBF**
Politisches Bildungsforum